



Aufbruch Ost

Die Wirtschaftsentwicklung in den östlichen Ländern

2. September 2009

Die **Wirtschaft** der östlichen Bundesländer ist in den letzten fünf Jahren durch einen fortgesetzten Strukturwandel geprägt gewesen. Ein innovativer Mittelstand ist zum Wachstumsmotor geworden, so manche Dienstleistung ebenfalls.

Auch auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage bis Anfang 2009 deutlich. Gleichwohl blieb die Arbeitslosigkeit auf fast doppelt so hohem Niveau wie im Westen. Zudem fehlen knapp zwei Millionen Arbeitsplätze.

Mittelfristig wird **Arbeit der knappe Faktor** für die Mehrung des Wohlstands in den mittelständischen Wirtschaftsstrukturen der östlichen Bundesländer werden.

Die **Finanz- und Wirtschaftskrise** trifft einige Unternehmen sehr hart. Strukturelle Verwerfungen drohen trotz erheblicher Anstrengungen der Bundesländer und der Wirtschaft selbst.

Die **öffentlichen Finanzen** wurden mit harten Personalmaßnahmen in allen neuen Ländern konsolidiert. Der auf den Länderhaushalten lastende Druck wird sich jedoch in den nächsten Jahren weiter erhöhen.

www.
dbresearch.de

Autoren

Klaus-Günter Deutsch
+49 30 3407-3682
klaus.deutsch@db.com

Sascha Brok
+49 30 3407-4259
sascha.brok@db.com

Editor

Barbara Böttcher

Publikationsassistentz

Angelika Greiner, Sabine Kaiser

Deutsche Bank Research
Frankfurt am Main
Deutschland

Internet: www.dbresearch.de

E-Mail: marketing.dbr@db.com

Fax: +49 69 910-31877

DB Research Management

Norbert Walter



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Wie steht's um Deutschlands Osten?	3
Die Wirtschaftsentwicklung, 2004-2009.....	4
Länderentwicklungen	9
<i>Berlin</i>	9
<i>Brandenburg</i>	12
<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	16
<i>Sachsen-Anhalt</i>	21
<i>Sachsen</i>	28
<i>Thüringen</i>	31
Öffentliche Finanzen	36
Ausblick	44
Literaturverzeichnis.....	48

Abkürzungen der Bundesländer:

Baden-Württemberg	BW
Bayern	BY
Berlin	BE
Brandenburg	BB
Bremen	HB
Hamburg	HH
Hessen	HE
Mecklenburg-Vorpommern	MV
Niedersachsen	NI
Nordrhein-Westfalen	NE
Rheinland-Pfalz	RP
Saarland	SL
Sachsen	SN
Sachsen-Anhalt	ST
Schleswig-Holstein	SH
Thüringen	TH

Die Verfasser möchten sich an dieser Stelle bei über 30 Politikern, Landesbeamten, IHK-Mitarbeitern, Unternehmensleitern und -mitarbeitern, Wissenschaftlern und zahlreichen Kollegen für wertvolle Gespräche zur Wirtschaftslage in den sechs östlichen Bundesländern bedanken. Ohne diese sehr konkreten Einblicke in das Wirtschaftsgeschehen wäre diese Studie kaum möglich gewesen.



Wie steht's um Deutschlands Osten?

Der rasche Weg zur Einheit...

Herbst 1989: Montagsdemonstrationen in Leipzig, Dresden und anderswo, eine zerrüttete, führungslose DDR im Auflösungsstadium – im März 1990 erstmals freie Wahlen zur Volkskammer – Kanzler Kohls und Lothar de Maizière's *Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion*, die am 01.07.1990 in Kraft trat – der politische Galopp zur Einheit durch Beitritt am 3. Oktober – die Treuhandanstalt und die Aufbau-Milliarden des Westens für Infrastruktur, Konsum und Investitionen – die Schaffung fünf neuer Länder.

... wird kontrovers beurteilt

Und heute? Zwanzig Jahre Einheit. Zwanzig Jahre „Aufbau Ost“ – die Zeitspanne einer Generation. Fünf Bundesländer. „Blühende Landschaften“ zwischen Rügen und dem Erzgebirge? Ein „deutscher Mezzogiorno ohne Mafia“? Ein „Super-Gau“¹? Eine Erfolgsgeschichte? Deutschland hat doch offenkundig die Einheit geschafft, oder doch nicht? Und alle sitzen im gleichen Boot der derzeitigen „Jahrhundertkrise“, Ostdeutsche wie Westdeutsche. Bedeutet der Unterschied Ost-West noch etwas in der politischen und wirtschaftlichen Realität?

Kaum noch Wirbel um „Aufbau Ost“

Im Lichte dieser geschichtlichen Dramatik ist es erstaunlich ruhig geworden um den „Aufbau Ost“: Verwaltet von kundigen Landes- und Kommunalregierungen unter Mithilfe des Bundes, politisch an sehr hoher Stelle im Staate repräsentiert (neben der Kanzlerin und ihrem Kanzleramtschef ist der Vizepräsident des Deutschen Bundestags ostdeutscher Herkunft; auch die Mehrzahl der Ministerpräsidenten in den östlichen Bundesländern ist mittlerweile heimischer Herkunft), wirtschaftlich kaum beachtet außerhalb der fünf Länder, kaum mehr Anlass für besondere Politikansätze oder gesellschaftliche Aktivitäten. Trügt das Bild vielleicht? Wir meinen ja.

Wohlstandszuwächse, Strukturprobleme, Angleichung, ...

Aus Anlass des heraufziehenden *20. Jahrestags des Mauerfalls* (9. November 1989) lohnt es durchaus, den Blick auf die Entwicklungen in Ostdeutschland zu lenken. Dies geschieht derzeit in zeitgeschichtlicher, biografischer und journalistischer Art und Weise auch sehr oft. Eine genauere Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, verbunden mit einer Einschätzung der aktuellen Lage und der mittelfristigen Perspektiven, kommt dagegen als Rarität daher. Dies erstaunt. Immerhin hat sich der *Lebensstandard in Ostdeutschland* seit 1989 dramatisch erhöht. Erreichte das Pro-Kopf-Einkommen der DDR 1989 gerade mal ein Drittel des westdeutschen Wertes, die Produktivität zwischen 13% und 20% und das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen rund die Hälfte der westdeutschen Werte, so liegt das Pro-Kopf-Einkommen heute bei knapp 68% und das Konsumniveau bei knapp 80% des Westwertes.² Gleichwohl bleibt die *Arbeitslosigkeit* auf sehr hohem Niveau. Viele Menschen pendeln zur Arbeit in westliche Bundesländer, die Lebenszufriedenheit der Bürger in den östlichen Ländern lässt Umfragen zufolge zu wünschen übrig³, und der Angleichungsprozess ist schon seit mehr als einem halben Jahrzehnt ins Stocken geraten. Wie steht es somit um den Aufbau Ost? Welche Perspektiven zeichnen sich ab? Was hat sich in den fünf Jahren seit unserer letzten Bestandsaufnahme getan?⁴ Keine einfach zu beantwortenden Fragen.

... an Themen mangelt es nicht

¹ Müller (2006).

² Schröder (2006): 118f. IWH (2008). Ifo Dresden (2009).

³ Bergheim (2007).

⁴ DB Research (2004). Deutsch (2007).

**Reindustrialisierung, Ende der Bau-
krise und einige Dienstleistungen**

Die Wirtschaftsentwicklung, 2004-2009

Die ostdeutsche Wirtschaft hat in den letzten zwanzig Jahren einen grundlegenden Strukturwandel, ja eine völlig neue Aufstellung erlebt. Wie wir vor fünf Jahren herausgestellt haben, sind nach den Anfangswirren der Privatisierungspolitik, des Aufbaus der Investitionsförderung und der Sicherung bestehender und dem Aufbau neuer Standorte für die Industrieproduktion die östlichen Länder in relativ stetiges und ruhiges Fahrwasser gelangen. Seit gut einem Jahrzehnt vollzieht sich ein Strukturwandel, der mit einer mittelständisch geprägten Reindustrialisierung, wenigen großindustriellen Inseln und einer allmählichen Entwicklung wirtschaftsnaher Dienstleistungen auf der Habenseite einhergeht. Dem standen auf der Sollseite zunächst die Anpassung der Bauwirtschaft auf ein Normalmaß bis 2005 sowie weiterhin der Rückbau des öffentlichen Sektors auf westdeutsche Vergleichsmaße gegenüber. Enttäuschend entwickelte sich der an der heimischen Nachfrage orientierte Bereich der Produktion und der privaten Dienstleistungen (Handel, Gewerbe, Handwerk). Insgesamt betrachtet verläuft der Strukturwandel jedoch ungefähr in den politisch erwünschten, im Fall des öffentlichen Sektors auch politisch bestimmten sowie den wirtschaftlich plausiblen Bahnen.

BIP in den östlichen Ländern

In Mio. EUR

	BB	MV	SN	ST	TH	BE	DE
2004	48.291	31.837	85.608	47.158	44.647	77.624	2.210.900
2005	49.024	32.116	85.509	47.271	44.876	79.234	2.243.200
2006	50.888	32.957	88.962	49.184	46.634	81.675	2.321.500
2007	53.173	34.782	92.747	51.617	48.555	84.757	2.422.900
2008	54.947	35.867	95.119	53.788	49.833	87.519	2.492.000

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder **1**

Pro-Kopf-Einkommen

EUR

	BB	MV	SN	ST	TH	BE	DE
2004	18.796	18.449	19.873	18.790	18.883	22.914	26.798
2005	19.132	18.750	19.960	19.042	19.136	23.361	27.202
2006	19.935	19.383	20.875	20.028	20.076	24.023	28.185
2007	20.921	20.621	21.903	21.262	21.110	24.873	29.453
2008	21.721	21.439	22.620	22.427	21.875	25.554	30.343

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder **2**

Infrastruktur nun weitgehend gut

Wenig Streit gibt es noch über die Frage, ob die wesentlichen Infrastrukturhemmnisse beseitigt werden konnten. Zwar sind noch einige überregionale und kommunale Verkehrsvorhaben, die eine oder andere Autobahnverbindungsstrecke oder andere Verkehrswege fertig zu stellen, aber im Großen und Ganzen verfügen die östlichen Bundesländer heute über eine leistungsfähige Infrastruktur im Verkehrs- und Telekommunikationswesen, in der Rechtsordnung und den Verwaltungen, ein zum Teil überdurchschnittlich erfolgreiches Schulwesen, eine substantielle private und öffentliche Wissenschafts- und Forschungslandschaft und ein insgesamt klar erkennbares Standortprofil (mehr dazu weiter unten).

Lebensstandard liegt bei zwei Dritteln des Westniveaus

Gehälter schon weiter angeglichen

Schaut man auf die **gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse**, so zeigen die Kennziffern⁵ folgendes auf:

Die 5,7 Mio. Erwerbstätigen (bei 13,1 Mio. Ostdeutschen, knapp 16% der deutschen Bevölkerung) erwirtschafteten 2008 knapp 12% der **Wirtschaftsleistung** Deutschlands (inkl. Berlin 20% der Bevölkerung und 15% der Wirtschaftsleistung).

Das **Pro-Kopf-Einkommen** als einfachstes Maß des Lebensstandards hat sich in allen fünf Ländern über die gesamten 20 Jahre deutlich erhöht und schwankt heute zwischen EUR 21.700 in Mecklenburg-Vorpommern und EUR 22.620 in Sachsen. Das entspricht einer Spanne von 66% bis 68% des Durchschnitts der alten Bundesländer im Jahr 2008. Die letzten Jahre waren durch eine sehr langsame Konvergenz zu den westlichen Ländern geprägt.

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer liegen seit einigen Jahren bei rund 80%, pro Stunde ist der Abstand etwas größer (76%). Immerhin erfolgten auch in Ostdeutschland in den Jahren 2007 und 2008 Steigerungen von mehr als 3% pro Jahr. Auch die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen wuchsen ähnlich kräftig, während die Sozialleistungen leicht rückläufig waren. Insgesamt entwickelten sich die Masseneinkommen kaum spürbar positiv.

Die **Wachstumsbeiträge** der letzten Jahren kamen überwiegend vom Verarbeitenden Gewerbe und den wirtschaftsnahen Dienstleistungen wie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen. Gute Jahre der Land- und Forstwirtschaft, des Baugewerbes ab 2007 und im Handel, Gastgewerbe und Verkehr gab es ebenfalls.

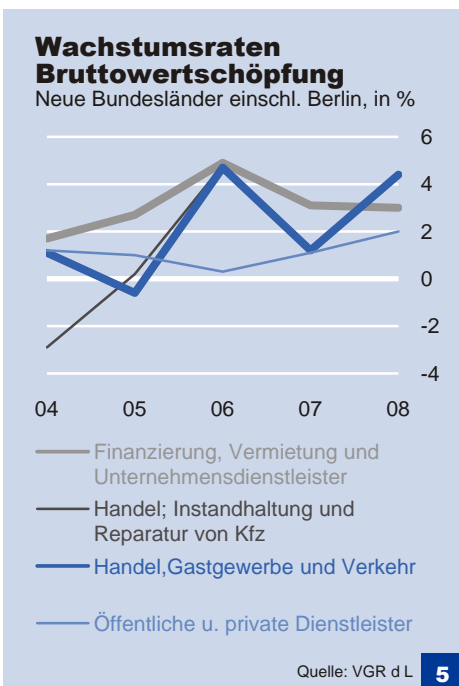
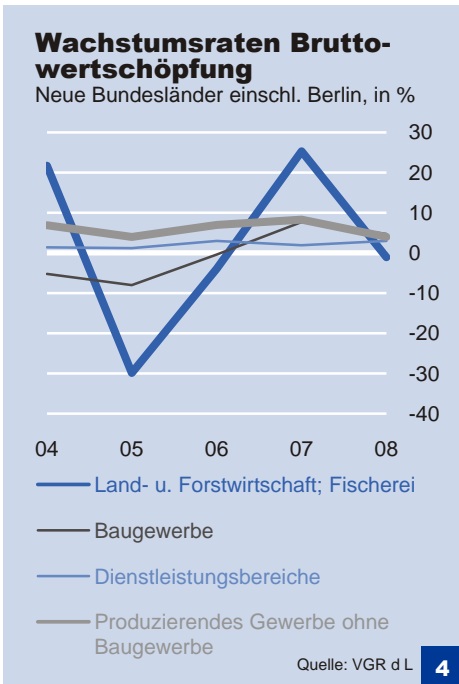
Das **Verarbeitende Gewerbe** trägt mittlerweile zu einem Fünftel der Wertschöpfung bei und erwirtschaftet rd. EUR 50 Mrd. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist auf 164 Mitarbeiter angewachsen. Rund 16% der Beschäftigten sind in der Industrie tätig.

	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Berlin	Deutschland
Fläche (km²)*	29.480,33	23.185,40	18.418,04	20.447,05	16.172,10	891,02	357.104,07
Einwohner*	2.535.737	1.679.682	4.220.200	2.412.472	2.289.219	3.416.255	82.217.837
Einw. (km²)*	86	72	229	118	142	3.834	230
Erwerbstätige (Tsd.)**	1.203	757	1.913	1.083	1.067	1.504	38.163
Arbeitslosenquote (%)***	13,7	15,4	14,2	14,8	12,7	14,4	8,6

*21.12.2007
 ** Jahresdurchschnitt 2007
 ***März 2009, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bundesagentur für Arbeit **3**

⁵ Die Daten entstammen überwiegend den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (VGR d L), BMVBS (2008) sowie IWH (2008).



Der **Kapitalstock** je Erwerbstätigen lag 2005 in Ostdeutschland bei 84% des Westniveaus. Insgesamt gesehen verliefen die **Bruttoanlageinvestitionen** in den neuen Ländern jedoch enttäuschend. Allein die Ausrüstungsinvestitionen zogen 2004 und 2006 an, schwächten sich aber bereits danach wieder ab. Insbesondere die Vorleistungs- und Investitionsgüterbranchen übertrafen den Schnitt.

Das Muster in der **Industrieproduktion** entsprach diesem Bild vollständig. Auch hier sahen die Elektrotechnik, die Metallindustrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die chemische Industrie die höchsten Zuwachsraten. Sie schwammen auf der konjunkturellen Boomwelle 2006/07 gut mit und konnten zudem von einer wachsenden Wettbewerbsfähigkeit gegenüber westdeutschen Standorten bei den Lohnstückkosten profitieren (2007: 13 Prozentpunkte). Im Sommer 2008 zeichnete sich jedoch bereits eine Eintrübung des Klimas ab.⁶ Rückgänge bei den Auftragsengängen folgten recht bald. Während die Umsätze im Jahr 2008 für drei Viertel und die Gewinne für zwei Drittel der Firmen zufriedenstellend waren, wurden die Geschäftsaussichten der Vorleistungsproduzenten, gefolgt von den Investitionsgüterherstellern, hart getroffen. Die am Inlandsgeschäft orientierten Branchen liefen dagegen weiterhin geradeaus.

In allen östlichen Bundesländern lässt sich ein Anstieg der **Exportquoten** feststellen. Ostdeutsche Produkte werden hauptsächlich in die westlichen Bundesländer, die EU und die Golfregion geliefert. Während sich die Güterstruktur der Ausfuhren westdeutschen Mustern annähert, gibt es noch einige Unterschiede in der Regionalstruktur. Der durchschnittliche Auslandsumsatz variiert zudem stark zwischen den Ländern: Brandenburg liegt mit einer Exportquote von 25,5% am unteren, Sachsen mit 36,9% im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe am oberen Ende.

Die **Produktivität** in der Gesamtwirtschaft, gemessen an der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, hat sich in den östlichen Ländern seit 2000 um 13% erhöht, in den westlichen Länder nur um 9%; insbesondere in den letzten fünf Jahren kamen die fünf östlichen Länder mit 2,4% p.a. schneller voran als die westlichen mit 2,0%. Gleichwohl klafft noch eine Lücke von rd. 22% in der Gesamtwirtschaft.

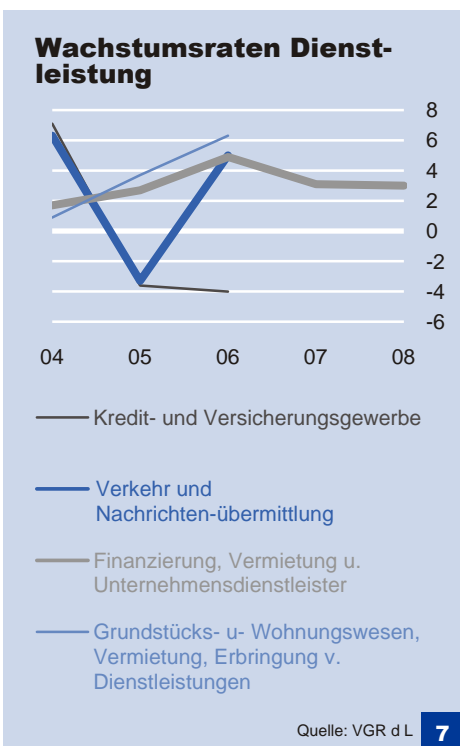
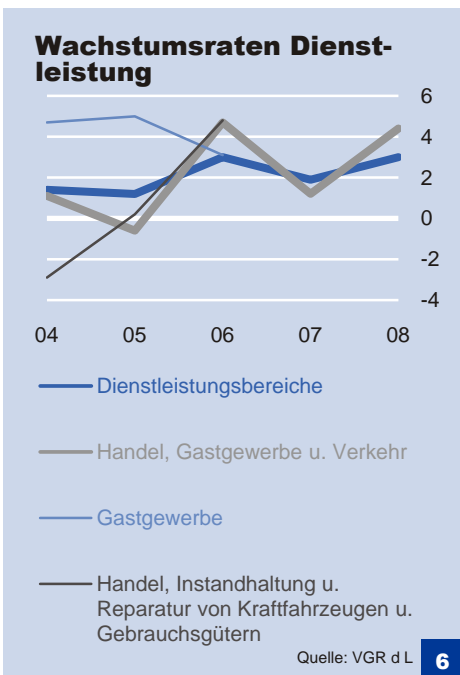
Trotz einer rückläufigen Bevölkerungszahl und eines im Zuge geburtenchwacher Jahrgänge und zunehmender Rentnerzahlen sinkenden Arbeitsangebots wuchs die **Erwerbstätigenzahl** seit 2006 in allen Ländern moderat an. Dennoch blieb der Pendlersaldo mit rd. 400.000 Menschen auf hohem Niveau.

So sank auch die Zahl der **Arbeitslosen** von über 1,3 Mio. 2004 auf rd. 900.000 im Sommer 2008, und stieg erst im Winter 2008/09 wieder an. Gleichwohl liegt die Arbeitslosenquote nun im zweiten Quartal des Abschwungs im März 2009 mit Werten zwischen 13,7% (Brandenburg) und 15,4% (Mecklenburg-Vorpommern) der zivilen Erwerbspersonen noch immer weit über dem westdeutschen Schnitt von 8,6%.

Die **Beschäftigungsbilanz** Ostdeutschlands ist nach wie vor unbefriedigend. Rechnerisch fehlten 2007 1,8 Mio. Arbeitsplätze für rd. 7,4 Mio. Personen im Erwerbspersonenpotenzial. 5,7 Mio. Erwerbstätige arbeiteten in den neuen Ländern, 400.000 pendelten heraus,⁷

⁶ IWH (2009a).

⁷ Berechnungen des IWH (2008). Die Erwerbstätigen umfassen auch Teilnehmer an ABM/SBM sowie an Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzar-



Dienstleistungen insgesamt mit schwacher Entwicklung

1 Mio. war arbeitslos gemeldet und weitere 390.000 Personen waren unterbeschäftigt oder befanden sich in der stillen Reserve. Trotz mehrerer konjunkturell guter Jahre konnte diese Schwachstelle noch nicht behoben werden.

In einer vergleichenden Untersuchung zur **Standortqualität** Ostdeutschlands kam zuletzt das ifo-Institut zum Schluss, dass sich Deutschlands Osten insgesamt in puncto Rechtssicherheit, Infrastruktur, Kapitalkosten, Lohnflexibilität, lokaler Kaufkraft, Forschung und persönlicher Sicherheit durchaus mit vergleichbaren Standorten (nach Produktivität und Faktorausstattung) gut oder sehr gut behauptet, jedoch recht hohe Arbeitskosten aufweist und kritisch in Bezug auf die *Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte* eingeschätzt wird.⁸ Gleichwohl besitzt der Standort aus Sicht internationaler Investoren durchaus seine Vorzüge, was sich an bestimmten Ansiedlungsaktivitäten auch nachweisen lässt (siehe auch die einzelnen Länderabschnitte).

Auch die Bundesregierung hat in ihren Jahresberichten⁹ darauf hingewiesen, dass es mittlerweile eine ganze Reihe von *leistungsfähigen, vorrangig mittelständisch strukturierten Industrien* gibt, die im Weltmarkt gut mitmischen und über hohe technische Kompetenz verfügen. Neben der Automobilindustrie, der Mikroelektronik und Chemie sind hier sicherlich die Optik, die Luft- und Raumfahrt, die Fotovoltaik und die Branchen der Gesundheitswirtschaft zu nennen. Wir hatten – im Einklang mit anderen Forschern – bereits in unserer Studie vor fünf Jahren darauf hingewiesen, dass für die Entwicklung dieser Branchen eine abgestimmte Standortpolitik, die neben der klassischen Ansiedlungspolitik (Gewerbeflächen, Investitionsförderung etc.) auch die nachhaltige Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte trotz rückläufiger Schulabgängerzahlen, die Förderung komplementärer Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen der öffentlichen Hand (Universitäten, Großforschungseinrichtungen) sowie die Fokussierung der Landespolitik auf gute Rahmenbedingungen für solche *Wachstumsstars* berücksichtigt, sehr wichtig werden wird. Wie wir in den Länderabschnitten argumentieren, ist dies bei aller Vielfalt der industriellen Strukturen in den fünf Ländern auch durchweg so erfolgt. Zudem weisen jüngste Forschungen darauf hin, dass sich zumindest in Jena, Dresden, Greifswald und Potsdam sowie in geringerem Umfang in mehreren anderen Kreisen ein erhebliches regionales *Innovationspotenzial* vorfinden lässt.¹⁰

Die letzten fünf Jahre haben in dieser Hinsicht große Fortschritte erbracht, die zwar nicht bestimmte Strukturdefizite – viele kleine und mittlere Unternehmen mit Problemen im Zugang zu Auslandsmärkten und Finanzierung; unzureichende F&E-Tätigkeit in den Unternehmen selbst; Werkbankstatus vieler Firmen im verarbeitenden Gewerbe – ungeschehen machen konnten, die aber dennoch zur Herausbildung eines im Kern innen- und kreditfinanzierten, technologisch versierteren, auf Auslandsmärkten stärker präsenten und robusteren Mittelstand führen konnten. Dazu hat die gute Konjunktur für viele dieser Branchen erheblich beigetragen.

Strukturell schwach bleiben dagegen bislang wichtige Bereiche der **Dienstleistungen**.¹¹ Die Produktivität liegt rund 20% unter Westni-

beiter, Personen in Altersteilzeit und mit Ein-Euro-Jobs. Alle Angaben für Ostdeutschland ohne Berlin.

⁸ Ifo Dresden (2007).

⁹ Siehe zuletzt BMVBS (2009a und 2008).

¹⁰ IWH (2009b).

¹¹ DIW (2007a).

veau, die Wachstumsraten ebenfalls. Die öffentlichen Verwaltungen weisen noch immer mehr Arbeitskräfte als westdeutsche Länder auf. Die Landesregierungen senken daher die Beschäftigung systematisch ab. Die privaten Konsumdienste und einfachen Unternehmensdienste haben sich zwar weitgehend an westdeutsche Muster angenähert, aber die größten Lücken bestehen bei *anspruchsvollen unternehmensbezogenen Dienstleistungen* weiter fort. Im Finanzgewerbe und dem Großhandel, der Informationstechnologie, der Rechts- und Wirtschaftsberatung und der Werbung etwa macht sich der Mangel an Konzernzentralen kräftig bemerkbar. So stellt das DIW fest, dass von den 700 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands nur 5% in den östlichen Ländern ansässig sind und sich unter diesen sogar noch einige Tochterunternehmen befinden. Das DIW sieht Chancen für ein überdurchschnittliches Wachstum in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen und für mäßiges Wachstum in haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Viel wird davon abhängen, ob sich die mittelständische Wirtschaft weiterhin gut entwickelt, denn weder ist mit einer Umsiedlung von Konzernzentralen noch mit einer nennenswerten Anzahl von Ansiedlungen von großen Unternehmen zu rechnen. In den meisten Bundesländern sind typische Neuansiedlungen Unternehmen mit rd. 80 Beschäftigten zu Beginn – also durchaus veritable Mittelständler.

Verkehrsinfrastruktur schon gut, aber weitere Verbesserungen in Umsetzung

Im Bereich der **wirtschaftsnahen Infrastruktur** ist heute den östlichen Ländern ein vielfach guter Zustand zu attestieren. Die wichtigsten Verkehrswege sind gebaut. Von den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit (VDE) werden zwar noch Projekte im Volumen von ca. EUR 10 Mrd. zu Ende geführt werden, aber für den Personen- und Güterverkehr sind die wesentlichen Verkehrsachsen ausgebaut. Der Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Erfurt-München soll bis 2015 erfolgen, der Ausbau des Flughafens Schönefeld bis 2011 und die Verlängerungstrecken der Bundesautobahn 14 von Schwerin nach Wismar und südlich vom Kreuz Magdeburg nach Wolmirstedt sind ebenfalls projektiert bzw. im Bau. Die Telekommunikation ist bereits seit vielen Jahren auf neuestem Stand.

Förderkulisse sorgt für Planungssicherheit

Der „Aufbau Ost“ ist von Beginn an durch erhebliche Mittel des Bundes, der EU und des Länderfinanzausgleichs unterstützt worden. In Ergänzung kam es auch in vielen sozialen Sicherungssystemen zu Transfers zwischen Ost und West. Die Entwicklung bis 2004 ist in unserer ersten Studie ausführlich abgehandelt worden. Darin zeigten wir, dass trotz einer oberhalb von EUR 300 Mrd. liegenden Förderung von Investitionen keine selbsttragende gesamtwirtschaftliche Investitionsdynamik ausgelöst werden konnte und die Höchststände um das Jahr 2000 herum und seither weit unterschritten wurden. In den letzten fünf Jahren hat sich am gesamten Förderrahmen nur noch wenig geändert. Zu nennen sind hier insbesondere eine Einigung über die genaue Abgrenzung in der Verwendung der Mittel aus Korb II des Solidarpakts II bis 2019 (EUR 51 Mrd.), die Fortführung der Investitionszulage bis 2013 und die Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe um EUR 200 Mio. im Rahmen des Konjunkturpakets I insgesamt, wovon EUR 100 Mio. den östlichen Ländern zugute kommen sollen. Zudem fließen in die östlichen Länder über EUR 18 Mrd. (2007-2013) an EU-Strukturfondsmitteln und weitere EUR 4,7 Mrd. im Rahmen der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, was einem rechnerischen Schnitt von rd. EUR 3,2 Mrd. p.a. entspricht.¹²

¹² BMVBS (2009a).

Allmähliche Anpassung bis 2019

Wachstumskern Autobahndreieck Wittstock/Dosse

Auf halbem Weg zwischen Hamburg und Berlin gelegen, prägen eine schwache ökonomische Basis, erheblicher Fachkräftemangel und massiver Bevölkerungsschwund insbesondere durch Abwanderung junger Menschen die wirtschaftliche Lage der Prignitz.

Um diesen Abwärtstrend zu stoppen, tragen inzwischen fünf örtliche Kommunen und 36 Unternehmen der Prignitz gemeinsam das Netzwerk „Wachstumskern Autobahndreieck Wittstock/Dosse“. Ziel dieser 2005 ins Leben gerufenen Initiative ist zum einen, die überregionale Profilierung der Region mit ihrer gut ausgebauten Schienen- und Straßeninfrastruktur sowie ihrer guten Anbindung an die Häfen an Nord- und Ostsee als Logistikstandort durch Messeauftritte und intensive Medienpräsenz.

Daneben hat das Netzwerk die Sicherung des Fachkräftebedarfes für die ansässigen Unternehmen durch ein koordiniertes Fachkräftemanagement zum Ziel. Dies umfasst die Unterstützung bei der Gewinnung von Schulabgängern aus der Region für die örtlichen Wirtschaft, Personalvermittlung zwischen den Mitgliedsunternehmen sowie die unternehmensübergreifende Entwicklung von Konzepten zur langfristigen Mitarbeiterbindung. Um Schulabgängern auch die Möglichkeit der tertiären Ausbildung in der Region zu ermöglichen und den Austausch zwischen Wissenschaft und Unternehmen zu befördern, gelang es dem Netzwerk daneben, eine Außenstelle der Fachhochschule Brandenburg in Pritzwalk anzusiedeln. Die Agentur für Arbeit sowie die IHK sind daneben weitere Netzwerkpartner.

Die steigende Mitgliederzahl sowie die Vielfalt der inzwischen entwickelten Projekte des Vereins dokumentieren den Erfolg dieser in der Region von Unternehmen und öffentlicher Hand geborenen Initiative. Nicht zuletzt trägt das Netzwerk auch dazu bei, den Menschen in der Region neues Selbstbewusstsein und Zukunftsvertrauen zu vermitteln.

Berlin schaffte 2005 die Wende zum Wachstum

Insbesondere die Investitionsförderung hat nach einhelliger Auffassung einen wesentlichen Beitrag zur Investitionstätigkeit, zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Herausbildung einer mittelständischen Industrie beigetragen. Die sehr großzügige Förderkulisse war wohl auch sehr wichtig für die Ansiedlung einiger kapitalintensiver junger Industrien in den östlichen Ländern, z.B. der Fotovoltaik. Auch nach 2013 dürften die meisten Regionen Ostdeutschlands weiterhin hohe Fördersätze zahlen können. Allerdings sind die Dotierungen im Rahmen des Solidarpakts II rückläufig. Diese Perspektive hat bereits in den letzten beiden Jahren zu einer vorausschauenden Anpassung des Fördergeschehens auf Landesebene geführt, die *von reinen Zuschüssen zu Darlehen umgeschwenkt* ist.

Die Fördermaßnahmen seitens des Bundes umfassen vor allem die normale Wirtschaftsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe, Verkehrsmaßnahmen (u.a. die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit), die Innovations- und Technologieförderung im Rahmen von Bundeswettbewerben, die Finanzierung von Unternehmensnetzwerken, die Zukunftskonferenzen über bestimmte Technologien mit vermutetem Potenzial in den östlichen Ländern und die Ansiedlungsentscheidungen von Forschungseinrichtungen mit Bundesbeteiligung. Zudem sind natürlich die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II, v.a. das Kredit- und Bürgschaftsprogramm für KMUs sowie die Investitionsprogramme, und zusätzliche gesamtdeutsche Fördermaßnahmen etwa in der Mittelstands- und Hochtechnologieförderung zu nennen.

Wie wir bereits vor fünf Jahren argumentiert haben, dürfte bereits heute die Orientierung der Politik auf Bundes-, aber vor allem auf Landesebene an Maßnahmen, die die langfristige Attraktivität des Standorts insbesondere im Hinblick auf die Qualifikation der immer weniger werdenden Erwerbsfähigen, die weitere Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungswesens im Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft und die Förderung von wirtschaftsnaher Forschung und Entwicklung eine größere Rolle spielen als die schlichte Subventionierung des Faktors Kapital.

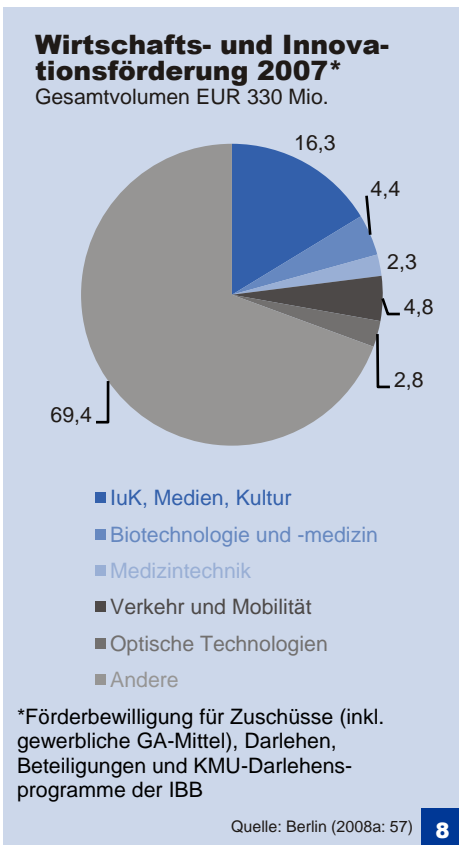
Länderentwicklungen

Berlin

Die Wirtschaftsentwicklung Berlins hat im Jahre 2005 nach einem Jahrzehnt des Niedergangs eine Wende zum Besseren genommen.¹³ So wuchs das BIP mit durchschnittlich 1,8% p.a. seither, die Beschäftigung um 1,6%. Die Zahl der Erwerbstätigen wuchs bereits ab 2003 und nahm bis 2008 um 111.000 auf 1,637 Mio. zu. Gleichwohl waren zuletzt (April 2009) 245.000 Menschen arbeitslos gemeldet, die *Arbeitslosenquote* lag bei 14,5% und damit weit über Bundesdurchschnitt. Mehr als 80% der Arbeitslosen fiel unter das SGB II; die Zahl der Leistungsempfänger der Grundsicherung ALG II (442.000) und Sozialgeld (155.000) lag mit insgesamt 597.000 über dem Zehnfachen der Arbeitslosengeld-Empfänger (45.000). Ein klares Zeichen der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit in der Hauptstadt mit 3,4 Mio. Einwohnern.

Berlins Wirtschaftsentwicklung zeigt – bei allen Unterschieden in der Ausgangsposition - im Vergleich zu den fünf östlichen Bundesländern – ähnliche Muster auf. Weit überdurchschnittlich wuchsen die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (+17%) und in Verkehr

¹³ Zur Wirtschaftsentwicklung bis 2004 siehe Just (2005).



Technologische Kompetenzfelder und Cluster werden gefördert

Gute Standortfaktoren, aber langsames Wachstum des Gesundheitswesens

und Nachrichtenübermittlung (+16%), während die Beschäftigung v.a. bei Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistern (+11%) sowie Erziehung und Unterricht (+13%) zulegte. Daneben verzeichnet Berlin seit vier Jahren ein sehr hohes Gründungsgeschehen: Jährlich sind 11.000 bis 17.000 neue Unternehmen (Saldo) hinzugekommen, und die *Selbständigenquote* liegt mit 14% mittlerweile auf einem bundesdeutschem Spitzenplatz. Dies liegt v.a. an der Kulturwirtschaft.

Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung liegt mit 11% noch immer auf niedrigem Niveau, wächst nach Jahren des Rückgangs aber immerhin wieder. Berlins Industrie ist durch sieben vorwiegend zyklische Branchen geprägt (nach Umsatzstärke 2007: Ernährung und Tabak; Chemie/Pharma; E-Technik; Papier-, Verlags- und Druckgewerbe; Maschinenbau; Fahrzeugbau und Metallindustrie), wovon nur die Chemie/Pharma- und Metallbranchen und mit Abstrichen der Maschinenbau echte Wachstumsstories geschrieben haben. Unter den kleineren Branchen haben sich die Medizintechnik und die Optik sehr gut entwickelt. Die Regionalstruktur des Außenhandels (USA, gefolgt von Frankreich, Russland, Polen und Italien) ist zuletzt stärker von Osteuropa geprägt worden. Bei den Dienstleistungen haben sich insbesondere die Verkehrstelematik und -systemtechnik, die Softwarebranche, die Film- und Fernsehbranche und die Printmedien sehr gut entwickelt.

Die Berliner Wirtschaftspolitik und -förderung hat seit einigen Jahren versucht, ausgewählte wachstumsstärkere Branchen gezielt voranzubringen.¹⁴ So ist über die seitens der TSB Technologiestiftung Berlin geförderten, technologisch orientierten *Kompetenzfelder*¹⁵ hinaus der Fokus auf die Förderung sogenannter *Cluster* gesetzt worden. Diese umfassen die „Gesundheitswirtschaft“, „Verkehr und Mobilität“ sowie „Kommunikation, Medien und Kulturwirtschaft“. Gleichwohl entfällt bislang nur knapp ein Drittel der gesamten Förderung auf die Kompetenzfelder. Entsprechende Daten liegen für die Cluster noch nicht vor.

Gesundheitswirtschaft. Die Wertschöpfung im Gesundheitswesen weist seit 1991 die stärkste Wachstumsrate von kumulierten 35% unter allen großen Wirtschaftsbereichen Berlins auf, wobei in den letzten Jahren nur langsame Fortschritte gelangen. Auch wuchs die Berliner Gesundheitswirtschaft im bundesdeutschen Vergleich unterdurchschnittlich. Gleichwohl wurden 2004 mit knapp EUR 13 Mrd. rd. 21% der Bruttowertschöpfung der Stadt in der Gesundheitswirtschaft erzielt.¹⁶ Dies verwundert kaum, sind doch die Standortfaktoren für das Gesundheitswesen besonders gut ausgeprägt: Mit den Charité-Universitätskliniken als größter universitärer Klinik Europas im Zentrum des Geschehens weist Berlin 24 F&E-Einrichtungen in der Gesundheit mit ca. 10.000 Forschern auf. Mehrere große Pharmaunternehmen (Bayer Schering Pharma AG, Berlin Chemie/Menarini Group, Sanofi-Aventis u.a.) nutzen dies für ihre For-

¹⁴ Berlin (2008a, 2009).

¹⁵ Informations- und Kommunikationstechnologie/Medien, Biotechnologie, Medizintechnik, Verkehrssystemtechnik, optische Technologien sowie Mikrosystemtechnik und neuerdings auch die Energietechnik (u.a. Fotovoltaik, Turbomaschinen, Antriebe, Netze und Lichttechnik).

¹⁶ Dazu zählen nach einer Studie sowie nach der Senatsabgrenzung neben dem Gesundheits- und Sozialwesen und dem medizinischen Groß- und Fach-Einzelhandel auch die Pharmaindustrie und Medizintechnik, die Forschung und Entwicklung und weitere Bereiche, siehe Ranscht/Oswald (2007a, b) und Berlin (2008a).

Förderthemen und -kulisse passen gut

Berlin: Kultur als Wirtschaftsfaktor

	Be-schäf-tigte*	Um-sätze**	Um-satz-entw. '00/06 (%)
Musik-wirtsch.	6.044	970	-2,4
Darst. Künste	5.486	423,4	2,4
Film- u. Rundfunk-wirtsch.	13.559	2.372,9	-11,5
Kunstmarkt	4.524	421,9	23,9
Design	1.630	380,6	-18,7
Architektur	4.744	539,5	-15,5
Buch- u. Pressemarkt	22.188	4.563,4	84,5
Software/ Games/TK	25.747	6.746,7	32,3
Werbung	9.848	1.125,5	21,6
Summe Kultur-wirtsch.	93.763	17.544,2	25,0

*Tsd.: Summe aus sozialversicherungs-pflichtigen und geringfügig Beschäftigten, 2007

**EUR Mio., 2006

Quelle: Berlin (2008b) **9**

schung. Die Biotechnologie ist ebenfalls gut entwickelt,¹⁷ und die Medizintechnik profitiert von diesem Umfeld ebenfalls. Beide Felder werden von Netzwerkmanagern der TSB (BioTOP und TSBmedici) seit Jahren betreut. In diesen Feldern bestehen der „Rürup“-Studie¹⁸ nach auch die besten Chancen Berlins: Weniger in einer noch immer großzügigen stationären Versorgung (Kliniken), im eher unterdurchschnittlichen Groß- und Fachhandel oder in der gesundheitsbezogenen Verwaltung. Die Landespolitik hat das Potenzial vor einigen Jahren erkannt. Nach einem Grundsatzbeschluss des Senats von 2004 über die Förderwürdigkeit des Gesundheitswesens wurde ab 2007 ein Handlungsplan zwischen Berlin und Brandenburg vereinbart, mit dem die einzelnen Bereiche vorangetrieben werden sollen.¹⁹ Besondere Förderung genießen die Biotechnologie, die Medizintechnik, Telemedizin und die Bereiche Prävention und Rehabilitation (Schwerpunkt Brandenburg). Technologieparks und die komplette Palette der Förderung vom öffentlichen Risikokapital bis zur Bürgschaft stehen ebenfalls zur Verfügung.

Verkehr und Mobilität. Neben dem ÖPNV der Hauptstadtregion und den Fahrzeugherstellern zählen hierzu insbesondere die Schienenverkehrstechnik, die Verkehrstelematik, die Logistik und die Luft- und Raumfahrt. An dieser Stelle kann nicht den Verästelungen der Branchen und der Förderung nachgegangen werden²⁰, aber die verfügbaren Indikatoren zeigen, dass die Bemühungen von Förderern, Unternehmen und Forschungseinrichtungen sich bislang in wachsenden Umsätzen und Beschäftigtenzahlen niedergeschlagen haben. Die Frage, ob das Cluster heutzutage krisenanfällig ist, muss wohl differenziert beantwortet werden. Zumindest der Kfz-Bereich, die Luft- und Raumfahrt sowie die Logistik dürften derzeit zyklisch betroffen sein. Gleichwohl dürfte das Cluster aus 450 Unternehmen mit rd. 50.000 Arbeitsplätzen robust sein und auf Dauer Chancen bieten. Das Cluster wird von der TSB und der Zukunftsagentur Brandenburg geleitet. Eine treffsichere statistische Erfassung steht gleichwohl noch aus.²¹

Kommunikation, Medien und Kulturwirtschaft. Nach einer Zusammenstellung des Senats²² erwirtschafteten rd. 24.500 Unternehmen Umsätze von über EUR 20 Mrd. und beschäftigten rd. 190.000 Menschen. Das Umsatzwachstum 2000-2007 lag bei 22%. IT- und Telekomdienste sowie das Verlags- und Pressewesen dominieren dieses Cluster nach Umsatz, Beschäftigung und Wachstumsdynamik.

Auch der Werbemarkt ist gewachsen, während die Film- und Rundfunkwirtschaft seit 2000 leicht geschrumpft ist. Gleichwohl hat Berlin Marktanteile in Deutschland in der TV-Produktion erobern können und lag 2006 bei bereits 18% der produzierten Minuten.

Ein *Clustermanagement* („Projekt Zukunft“) ist seit 2005 aktiv, ein Lenkungskreis aus Regierungs- und Branchenvertretern seit 2007. Aufgrund allgemeiner Nachfragetrends und der Vorteile des Berliner

¹⁷ Siehe HIERO (2008: 135-149) generell zur Branche in Ostdeutschland.

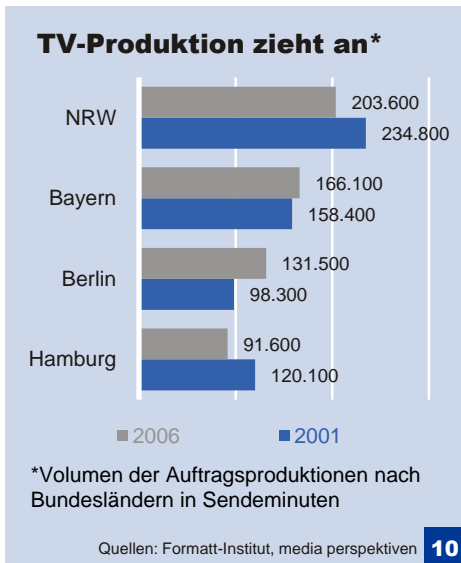
¹⁸ Ranscht/Oswald (2007a), beides ehemalige Mitarbeiter des Lehrstuhls von Professor Rürup an der TU Darmstadt.

¹⁹ Berlin (2007).

²⁰ TSB (2008) und Just (2005).

²¹ Genauere Angaben finden sich in Mertens (2007), Berlin (2008a) und TSB (2008).

²² Zu diesem Bereich werden Buch & Presse, Film & Rundfunkwirtschaft, der Kunstmarkt, Software/Computerspiele/Telekommunikation, die Musikwirtschaft, der Werbemarkt, die Architektenbranche, die Designwirtschaft und der Markt für Darstellende Künste gezählt, siehe Berlin (2008b). Die jüngsten Daten entstammen Berlin (2008a).



Einzelne Erfolgsstories – Berlin braucht mehr davon

Kreativstandorts dürften in vielen kulturwirtschaftlichen Branchen auch weiterhin gute Wachstumschancen vorzufinden sein, zumal auch das Förderinstrumentarium von Land, Investitionsbank Berlin, der IHK Berlin und anderer Einrichtungen sukzessive verbessert wurde.

Über die Clusterstrategie hinaus gibt es auch andere nennenswerte Inseln der Wertschöpfung und Innovation. Zu diesen zählt u.a. der aus der Akademie der Wissenschaften der DDR heraus fortentwickelte *Technologiepark Adlershof*, in dem heute über 400 Firmen mit über 14.000 Mitarbeitern arbeiten.²³ Die Innovationsfirmen erwirtschaften mittlerweile eine knappe halbe Mrd. EUR Umsatz, die Medienbetriebe knapp EUR 200 Mio., die übrigen Gewerbe leicht über EUR 1 Mrd. Der Park ist mit den naturwissenschaftlichen Fakultäten der Humboldt-Universität (ca. 1.000 Mitarbeiter) verbunden. Zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (ca. 800 Wissenschaftler) bereichern die Arbeit in den Branchen IuK, Photonik/Optik, Material- und Mikrosystemtechnologie und Umwelt-, Bio- und Energietechnologie. Zudem ist Adlershof als Medienstandort v.a. mit seinen TV-Produktionsstudios bundesweit gut bekannt.

Berlin weist auch einige sehr erfolgreiche Dienstleistungsbereiche außerhalb der Cluster vor. Dazu zählen der Tourismus und das *Kongresswesen*, in dem günstige Kostenstrukturen in der Hotellerie, ein reichhaltiges Kulturangebot und ein aktives Kongressmarketing für gute Wachstumsraten gesorgt haben. Seit 2008 bemüht man sich in der Wirtschafts- und Technologieförderung auch um Akzente in der Optik und in der Energiewirtschaft als sechstem Kompetenzfeld und ist insbesondere bei der Fotovoltaik vorangekommen. Zu erwähnen ist zudem noch die Wasserbranche, die sich in den letzten Jahren gut aufgestellt hat.²⁴

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise dürfte Berlin nicht so stark treffen wie stärker industrie- und exportorientierte westliche Bundesländer. Das Land steuert auch mit konkreten Finanzierungslösungen über die Förderbanken gegen. Für die mittelfristigen Wachstumsperspektiven wird es jedoch mehr darauf ankommen, dass es gelingt, die *humankapitalintensiven Industrie- und Dienstleistungsbranchen* in und um die Cluster herum rasch genug weiterzuentwickeln, um die Lücken zu vergleichbaren Metropolen in puncto Wertschöpfung und Beschäftigung allmählich schließen zu können. Pharma und Software haben gezeigt, dass dies möglich ist, aber im Schnitt läuft der Trend zu weniger industrieller F&E-Intensität, was wiederum mit der spezifischen Struktur der Berliner Industrie zu tun hat. Verschiedene Politikansätze und ein besseres Monitoring der Clusterentwicklung könnten dazu einen Beitrag leisten.²⁵

Brandenburg

Das Land Brandenburg hatte einen schweren Start im „Aufbau Ost“. Aufgrund der über viele Regionen verteilten kleinteiligen Wirtschaftsstruktur benötigten die verschiedenen Landesregierungen etwas länger, ein zu ihrer Wirtschaftsstruktur passendes Konzept für die Landespolitik zu entwickeln. Dies gelang nach unserer Einschätzung im Wesentlichen der Koalitionsregierung von SPD und CDU unter Ministerpräsident Matthias Platzeck ab 2004. Schon zu Beginn

²³ Wista (2008) und DIW (2008).

²⁴ Berlin (2009) zu diesen Feldern.

²⁵ Neben eigenen Aktivitäten von DBR, IHK, IBB und Senat wird auf den Punkt auch in Geppert et al. (2009) verwiesen.

Umsatz und Arbeitsplätze in Branchenkompetenzfeldern

	Arbeitsplätze*	Umsatz**
Biotech	9,2	k.A.
Energie	3,3	k.A.
Ernährung	12,8	k.A.
Geoinformation	11,0	2,9
Holz	2,2	0,1
Chemie	3,8	1,4
Logistik	5,6	1,5
Luft- u. Raumfahrt	117,0	k.A.
Metallindustrie	2,5	1,5
Medien/IKT	15,9	3,2
Mineralöl	11,4	k.A.
Optik	2,5	0,4
Papier	3,0	1,1
Schienerverkehrstechnik	3,4	0,4
Tourismus		
Mikroelektronik***	1,9	

* Tsd. 2007

** EUR Mrd.

***schließt Solarindustrie ein

Quelle: Brandenburg, 2007 **11**

Bruttowertschöpfung 2004-2008

	2004	2008	Zuwachs, %Pkte
BWS	102,5	110,4	7,9
Verarb. Gew.	101,8	127,9	26,1
Bau	68,1	60,3	-7,8
Handel, Rep. v. Kfz	102,6	104,6	2,0
Gastgew.	109,2	111,9	2,7
Verkehr, Nachr.-überm.	108,3	24,3	16,0
Kredit- u. Vers.gew.	88,1	104,2	16,1
Grundst.-wesen, Vermietung, Untern.-dienstleist.	127,8	147,2	20,6
Öffentl. u. priv. Dienstleist.	96,3	94,5*	-1,8
Gesundh. u. Sozialwesen	111,2	120,3*	9,1

*2007

Quelle: Brandenburg, 2007 **12**

der Regierungstätigkeit wurde 2005 die Wirtschaftspolitik neu ausgerichtet und unter das Motto „Stärken stärken“ gestellt. Die Förderpolitik des Landes wurde an 15 Regionalen Wachstumskernen mit mindestens 20.000 Einwohnern und 16 Branchenkompetenzfeldern an 62 Branchenschwerpunktorten ausgerichtet. Ab Herbst 2007 wurde in der Investitionsförderung auch mit einem differenzierten Konzept gearbeitet. So wurde neben einer Grundförderung in Höhe von 15% ein Zuschlag in Höhe von 5-15% in der Gemeinschaftsaufgabe Gewerbliche Wirtschaft vorgesehen, falls die geplanten Investitionen sich in die Schwerpunkte einordnen lassen und bestimmte Kriterien der Wertschöpfung und Beschäftigung erfüllen. Ergänzende Zuschläge in Höhe von 20% für Kleinunternehmen bzw. 10% für Mittelständler kommen hinzu.²⁶ Mancherorts entstand ein gesunder Wettbewerb von Unternehmen in Regionen, auch in den Kreis der geförderten Felder einbezogen zu werden und ggf. sich selbst zu organisieren.

Eine breite Palette ergänzender Maßnahmen kam hinzu: Dazu zählen die Förderung von Netzwerkstrukturen in den 16 Feldern, eine abgestimmte Innovationsförderung v.a. für zehn technologisch anspruchsvolle Felder, die Ausarbeitung von branchenbezogenen Strategien durch Expertenteams der Wirtschaft selbst sowie spezielle Programme für Unternehmensgründungen und Nachfolgeregelungen in der Unternehmensleitung. In fünf strategischen Feldern (*Gesundheit, Energie, Medien/IKT, Optik und Verkehrssystemtechnik*) sind eine Vielzahl von Fördermaßnahmen zudem mit Berlin abgestimmt.

Insgesamt betrachtet ist es der Förderpolitik seit 2004 gelungen, die Wirtschaftsentwicklung mit anzuregen und vor allem ein realistisches Urteil in der Wirtschaft über die Förderkulisse zu ermöglichen, obgleich das naturgemäß schwer zu beziffern und zu belegen ist. In jedem Fall gelang es, sich von der Rettung von DDR-Überbleibseln zu verabschieden und dem Land ein neues Image jenseits der „Förderruinen“ zu geben. Und zugleich hat sich der Austausch zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Landespolitik intensiviert. Die Wirtschaftspolitik ist seither durch ein hohes Maß an Konsens und Kooperation gekennzeichnet.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten fünf Jahren selbst zeigt ebenfalls, dass neben einigen konjunkturell bis zumindest Herbst 2008 sehr gut laufenden Branchen (Automobile, Luft- und Raumfahrt, Metalle, Kunststoffe/Chemie, Papier) und einigen stabilen Branchen (Ernährungswirtschaft, Schienenverkehrstechnik, Kohle, Holz, Mineralöl, Optik) auch strukturelle Fortschritte in vielen Feldern erzielt werden konnten: So gediehen z.B. die von der Berliner Gesundheitswirtschaft sowie der TSB-medici-Initiative²⁷ profitierende Medizintechnik und die Biotechnologie, die Solarindustrie und die Windkraftanlagenbauer, die Filmwirtschaft in Babelsberg, die Softwareszene um Oracle, Ebay und das Hasso-Plattner-Institut in Potsdam und das Tourismusgewerbe gut. Die Solarindustrie mit zehn Unternehmen, darunter einige der größten Firmen der Welt, zeigt zudem, dass auch mittelständische Hochtechnologie außerhalb der Berliner Metropolregion im Schnitt mit gutem Erfolg angesiedelt und erfolgreich weiterentwickelt werden konnte.

Generell gilt im Verarbeitenden Gewerbe: Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg an, die Firmen wurden professioneller, Forschung

²⁶ Brandenburg (2008a).

²⁷ Die Technologiestiftung Berlin managt verschiedene Kompetenzfelder, u.a. die Medizintechnik, nun im Verbund beider Länder.

und Entwicklung wurden aufgebaut oder in Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Firmen fokussiert und Netzwerke in mehr als zehn Branchen etabliert. Mittlerweile gibt es erste Beispiele für die Wirksamkeit aktiven Netzwerkmanagements. So ist die Entwicklung eines anspruchsvollen Telemedizin-Vorhabens oder der Zusammenschluss von 18 KMUs aus mehreren östlichen Bundesländern zur Berlin Brandenburg Aerospace Technology AG im Jahre 2008 zu nennen, was im Rahmen der Initiative „Triebwerkstechnik“ des Luft- und Raumfahrt-Netzwerks entstanden ist. Dies zeigt, dass die durch Rolls Royce, MTU und Lufthansa Technik geprägte Branche zur Reifung ihrer Zulieferindustrie beiträgt. Gerade solche Entwicklungen hatten wir bereits in unserer Studie von 2004 als notwendige Prozesse hin zu größeren mittelständischen Strukturen angeregt.

Wirtschaftsnahe Dienste expandierten

Gleichwohl bleibt der Industriebesatz pro Einwohner noch immer auf dem zweitniedrigsten Niveau der Republik, und negative Ausstrahlungseffekte der wachstumsschwachen Hauptstadt wirkten in den letzten 20 Jahren nur wenig unterstützend.²⁸ Immerhin trugen die fünf guten Jahre dazu bei, die reale Wertschöpfung in bestimmten Dienstleistungsbranchen (Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Kredit- und Versicherungsgewerbe; Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen) mit über 2% p.a. über fünf Jahre oberhalb des mäßigen gesamtwirtschaftlichen Wachstumstempos (im Schnitt 1,6% p.a.) voranzubringen.

Industrie sollte relativ krisenstabil sein

Zwar werden in der derzeitigen Wirtschaftskrise auch einige der zyklischen Industrien nicht um deutliche Umsatzrückgänge herumkommen, es zeigt sich jedoch, dass die klein- und mittelständische Struktur von Unternehmen in sehr vielen Branchen einen gewissen *Puffer gegen die Krise* bildet. Zudem hat das Gros der Unternehmen in den letzten guten Jahren Fortschritte in der Liefer- und Absatzdiversifizierung machen können. Darüber hinaus gibt es einzelne Beispiele, in denen Standortüberprüfungen von Großunternehmen oder großen mittelständischen Betrieben anderswo zur Stärkung brandenburgischer Betriebe bzw. zu Neuansiedlung vor Ort führen, wohl auch, weil die Mischung aus attraktiven Kostenstrukturen, einer überdurchschnittlich flexiblen Arbeitnehmerschaft, einer noch bis 2013 sehr guten Förderkulisse und der guten Zusammenarbeit zwischen Land, Forschungseinrichtungen und Unternehmen in einzelnen Feldern Chancen und Vorteile gerade im Vergleich zu westdeutschen Standorten bietet.

Regionale Differenzierung schreitet voran

Die regionale Differenzierung des Landes – das Berliner Umfeld, die eher an Hamburg-Rostock orientierten Regionen im Nordwesten, die sich entwickelnde Ost-West-Achse südlich Berlins, der Osten des Landes (Frankfurt/Oder, Cottbus) sowie der mit Sachsen wirtschaftlich verflochtene Südosten des Landes – hat in den letzten Jahren eher weiter zugenommen. Die Landeshauptstadt Potsdam hat eine überdurchschnittliche Entwicklung vollzogen und verfügt heute über ein attraktives Angebot an Dienstleistungsfirmen v.a. aus den IuK-, Medien- und Biotechbranchen sowie an Forschungseinrichtungen u.a. im Bereich Geoinformation und Klima. Im Osten Berlins wird mit dem Flughafen Schönefeld (BBI) im Vorfeld und ab Inbetriebnahme 2011 nicht nur für die ohnehin bereits gut aufgestellte Logistik ein weiterer Standortvorteil entstehen, sondern ebenfalls Potenzial für die Ansiedlung von weiteren industriellen Mittelständlern und Dienstleistungsfirmen.²⁹ Der BBI bietet Chancen für eine

Flughafen Schönefeld sorgt für Impulse

²⁸ DIW (2007b), Brandenburg (2008b).

²⁹ Ausführlich Heymann (2008).

Energiepolitik setzt Akzente bei CCS und Erneuerbaren

neue Stadt-Umland-Gestaltung im *Länderverbund Berlin-Brandenburg* und eine bereits heute im Aufbau befindliche kommunale Flächennutzungs- und Landesinfrastrukturplanung. Gleichwohl wird der Erfolg des BBI letztlich von Standortentscheidungen der großen Fluggesellschaften und von der Positionierung des BBI als Sekundärhub im Passagierflugverkehr abhängen. Bereits seit mehreren Jahren weist der Landkreis Dahme-Spreewald, in dessen Gebiet der Flughafen fällt, die stärksten Wachstumsraten der Brandenburgischen Kreise auf.

Zudem hat sich das Land vergleichsweise früh um das Themenfeld Energie gekümmert.³⁰ Dies lag angesichts der langen Historie der Braunkohleförderung und der Aktivitäten der Vattenfall Europe Mining & Generation (23% der dt. Förderung) in diesem Bereich auch nahe. Gegenwärtig und zukünftig spielt für die Braunkohleverstromung die Kohlendioxidabscheidung und -speicherung³¹ eine zentrale Rolle, um die Braunkohle als Energieträger auch langfristig in Einklang mit den strengen Klimaschutzvorgaben Deutschlands und der EU zu bringen. Vattenfall betreibt im Industriepark „Schwarze Pumpe“ bereits ein Demonstrationskraftwerk, ein Pilotvorhaben ist in Jänschwalde für 2015 vorgesehen, und nach der Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen (CCS-Gesetz des Bundes) dürften weitere Investitionen in diese Technologie anstehen. Das Land und seine Hochschulen unterstützen die Entwicklung dieser zukunftsweisenden Technik in der Forschung und durch das Pilotprojekt in Ketzin in der Nähe Potsdams, in dem die Speicherungsmöglichkeit untersucht wird. Speicherstätten befinden sich zudem im nahegelegenen Sachsen-Anhalt.

Darüber hinaus hat sich das Land aufgrund einer guten Ressourcenausstattung und der komfortablen Förderkulisse auch zu einem sehr guten Standort für erneuerbare Energien gemausert. Neben der erwähnten Ansiedlung von Solarunternehmen sind die Windkraftanlagenbauer sowie die Biomassehersteller erheblich vorangekommen. Gerade im Kontext des Kompetenzfelds Mineralölwirtschaft (geprägt durch die hochmoderne Raffinerie in Schwedt) wird zudem auch erheblich in die Biokraftstoffproduktion und -forschung investiert, wenn auch die Biodiesel-Erzeugung durch steuerliche Änderungen mittlerweile unprofitabel geworden sein dürfte. Zwischen Wirtschaft, Land und Hochschulen wird auch eng an der Modernisierung des Stromnetzes und seines Managements gearbeitet. Darüber hinaus hat das Land ein ganzes Maßnahmenbündel zur Umsetzung von Energieeinsparungen und Klimaschutzmaßnahmen ergriffen. Forschungseinrichtungen und industrielle Forschung runden das Bild ab.

Bildungsinnovationen à la Brandenburg

Nach den Landtagswahlen im September 2009 stehen somit wohl – bei jedem Wahlausgang – insgesamt eher behutsame Anpassungen in der Wirtschaftspolitik an, zumal sich die Kontroversen in der Großen Koalition nicht auf die Förderung bezogen. Klar ist, dass in der derzeitigen Wirtschaftslage und angesichts der zukünftig abnehmenden Fördermöglichkeiten zunächst Krisenbekämpfung, v.a. durch Konjunkturmaßnahmen und Finanzierungslösungen, dann Bestandspflege und weitere Fokussierung in der Mittelstands- und Innovationspolitik und schließlich die zielgenaue Qualifizierung von jungen Menschen und Arbeitskräften für die Brandenburger Wirtschaft anstehen. Bereits heute arbeiten Land, IHKs, Bildungsträger und Unternehmen sehr konkret daran, die Ausbildung der Arbeit-

³⁰ Siehe Brandenburg (2007b und 2002), Diekmann, Braun (2008).

³¹ Zum Thema generell siehe Auer (2007) und BMVBS (2009: 79-80).

Enge Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft hilft Wertschöpfung

nehmer auf das Niveau der Nachfrage zu verbessern und klassische Lösungen der „dualen Ausbildung“ auch auf Fachhochschul-Niveau anzustreben. Zudem werden Studenten in vielen Fällen über Praktika nah an die Unternehmen herangeführt. Ähnliche Programme für die Lösung der Unternehmensnachfolge sind ebenfalls in Arbeit.

Die enge Kooperation zwischen Land und Unternehmen könnte gerade in der immer wichtiger werdenden Klimathematik ein wichtiges Asset werden. Nicht nur bei den CCS-Technologien, sondern auch bei dem Umbau der Stromwirtschaft hin zu erneuerbaren Energien kommt es auf eine gut funktionierende Abstimmung von Rahmenbedingungen, öffentlichen Infrastrukturen und privaten Investitionen an. Klar ist auch, dass sich in der Filmwirtschaft und dem Tourismus noch weitere Beschäftigungschancen bieten. So hat das Land insbesondere den Rad- und Wassertourismus als ausbaufähig identifiziert und setzt entsprechende Aktivitäten um. Und vermutlich dürften sich im ordentlich expandierenden Gesundheits- und Sozialwesen der Hauptstadtregion auch noch weitere Chancen ergeben.

Mecklenburg-Vorpommern über- rascht immer wieder**Mecklenburg-Vorpommern**

Mecklenburg-Vorpommern ist zwar seit Beginn der deutschen Einheit das ärmste deutsche Bundesland, hat es aber zugleich vermocht, dem Image eines Armenhauses zu entkommen und trotz widriger Voraussetzungen immer wieder mit positiven Nachrichten zu überraschen. So wuchs MV im Verbund der östlichen Länder in den letzten fünf Jahren gut mit, brachte den Strukturwandel weitgehend hinter sich und verfügt heute neben einer leistungsstarken Landwirtschaft – die Produktivität liegt fast 30% über Bundesdurchschnitt – in Verbindung mit der nachgelagerten Ernährungswirtschaft und Logistik über eine recht breite Palette an industriellen und dienstleistungsbezogenen Aktivitäten, die ein gutes Potenzial für weiteres Wachstum von Wertschöpfung und Beschäftigung aufweisen. Dies ist angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auch weiterhin dringend erforderlich.

Lage auf dem Arbeitsmarkt besserte sich in den letzten fünf Jahren

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Fünfjahreszeitraum um 3,4% bzw. rd. 20.000 auf 732.000 an, darunter 90% Arbeitnehmer. Die Arbeitslosigkeit fiel 2008 auf ein Rekordtief von 15,5% der zivilen Erwerbspersonen bzw. 124.000, von denen 70% die Grundsicherung beanspruchten. Immerhin war die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsdauer in MV deutlich unter dem ostdeutschen Schnitt, lag aber gleichwohl über einem Jahr.

Industrie zog an, Finanzierung und Gesundheit liefen gut

In den letzten fünf Jahren legte die Wertschöpfung (real)³² um rund acht Punkte zu. Gebremst wurde die Entwicklung v.a. durch die Land- und Forstwirtschaft (-25%)³³ und vom Bau (-9%), während das Verarbeitende Gewerbe um 37% zulegen konnte. Die gewichtigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen stagnierten insgesamt. Die sonstigen Dienstleistungen liefen mit plus sieben Prozent insgesamt leicht unterdurchschnittlich, wobei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (+14%) sowie das Gesundheitswesen (zumindest bis 2006) sich überdurchschnittlich entwickelten. Die Wertschöpfung im Tourismus stagnierte zuletzt dagegen auf sehr hohem Niveau.

³² Daten nach VGR der Länder, Bruttowertschöpfung preisbereinigt und verkettet. Für nominale Betrachtungen siehe auch Herrmann (2008).

³³ 2004 war ein besonders gutes Jahr des Sektors. Gegenüber 2000 beläuft sich der Rückgang auf 8,6%.



Ernährungsbranche liegt vorn

Wachstumstreiber war das Verarbeitende Gewerbe, das heute 13% der Wertschöpfung und 11% der Beschäftigten stellt.³⁴ Auf die **Ernährungswirtschaft** entfällt rd. ein Drittel des Umsatzes. In den letzten Jahren sind größere Ansiedlungsinvestitionen getätigt worden, v.a. im Back- und Süßwarenssegment sowie in der Kartoffelverarbeitung, neuerdings nun auch in der Fleischverarbeitung. Die Expansionsstory der Branche setzt sich somit fort. Die Branche profitiert von der guten Verkehrsanbindung der jeweiligen Standorte sowie von der Nähe großer Absatzmärkte in Nord- und Ostdeutschland.

Maritime Wirtschaft hatte gute Jahre

Gut entwickelt haben sich die **maritimen Branchen**, die mit EUR 4 Mrd. Umsatz und rd. 31.000 Beschäftigten (2007) die Wirtschaftsleistung binnen vier Jahren verdreifachen konnten. Insbesondere die Industrie hat sich mit einer klaren Marktpositionierung in einem von Japan, Korea und China dominierten Weltmarkt (zusammen 78% der Schiffsauslieferungen 2007) lange Zeit gut behauptet und erhebliche Umsatzsteigerungen erzielen können; rd. 20% des deutschen Schiffbaus entfallen auf MV.³⁵ Die langjährigen Bemühungen von Bund, Land und Kreditwirtschaft zur Standortsicherung der Werften haben sich für MV bereits in erheblichen Beiträgen zur Wertschöpfung ausgezahlt.³⁶ Der Schiff- und Bootsbau ist auf der Produktseite sehr differenziert und technisch anspruchsvoll aufgestellt. Der Schwerpunkt liegt bei Passagierschiffen, Yachten sowie Spezialschiffen, die weniger vom Preis- und Subventionswettbewerb durch China und Korea geprägt sind. So sind jüngst gute Erfolge mit RoPax-Fähren und eisgängigen Schiffen gemacht worden.

F&E und beruflicher Nachwuchs sind noch Schwachpunkte

Land, Tarifparteien, Kammern, Unternehmen und die drei Hochschulen des Landes arbeiten zudem noch einige unbewältigte Aufgaben ab, insbesondere die Erhöhung der F&E-Aktivitäten sowie die passgenaue Qualifizierung des Nachwuchses für die Berufswege in der maritimen Wirtschaft. Arbeiten an einem nationalen Masterplan für die Branche sind ebenfalls unterwegs, und auf der 6. Maritimen Konferenz im März 2009 in Rostock wurden die Zukunftsthemen diskutiert.³⁷

Krise schlägt voll zu

Gleichwohl ist durch Brancheneffekte (v.a. ein Bestellboom der Reedereien in den Jahren 2005-07) und durch den aktuellen Einbruch von Weltindustrieproduktion und -handel auch ein massiver Umsatzeinbruch hervorgerufen worden. Neubaufträge sind vollständig zum Erliegen gekommen, und viele Aufträge sind storniert worden. Sind die derzeitigen Aufträge abgearbeitet, droht ein enormer Einbruch in der Produktion. Die weltweite Schiffsindustrie weist deutliche Überkapazitäten auf, und selbst Nischenanbieter geraten in Schwierigkeiten. Daher bleibt der Schiffbau mittelfristig ein sorgenvoller Bereich, der weiterhin auf Unterstützung von staatlicher Seite angewiesen bleiben dürfte.

Finanzierungsprobleme und Auftragsstornierungen prägen das Bild

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die maritime Wirtschaft haben sich zudem rapide eingetrübt. Der Bund stellt zwar über spezielle Förderprogramme des Wirtschafts- und Forschungsministeriums Mittel bereit und hat bestimmte maßgeschneiderte Finanzierungsmodelle unterstützt. Auch haben Bund und Länder in der Vergangenheit gemeinsam von der Europäischen Kommission genehm-

³⁴ Außer Herrmann (2008) siehe auch Mecklenburg-Vorpommern (2008a).

³⁵ Mecklenburg-Vorpommern (2008b). VSM (2009).

³⁶ Siehe dazu bereits unsere Studie von 2004.

³⁷ Siehe Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009b).

	<p>migte Anti-Subventionsmaßnahmen durchgeführt.³⁸ MV selbst hat über das Landesbürgschaftsprogramm Risiken mitübernommen. Modernisierungsbeihilfen des Bundes, GA- und EFRE-Mittel sowie F&E-, Technologie- und Netzwerkförderprogramme des Landes kommen hinzu. Die private Schiffsfinanzierung ist jedoch durch die Rezession und die Schieflage wichtiger Banken in große Schwierigkeiten geraten. Die Finanzierung derzeitiger Aufträge kann zwar aus Mitteln des Sonderprogramms Unternehmensfinanzierung aus dem Konjunkturpaket mit bis zu 90-prozentiger Haftungsfreistellung auch für die Bauzeitfinanzierung gestützt werden. Zudem gibt es Sonderprogramme von Bund und Ländern für die Schiffsfinanzierung. Gleichwohl sind die Fremdfinanzierungsprobleme für die Eigenkapital-schwachen Werften bereits heute gravierend.³⁹</p>
Restrukturierung als Dauerthema	<p>Die Werftindustrie hat in den letzten fünf Jahren auf der Eigentümerseite noch immer keine Stabilität erreicht. Hervorzuheben ist insbesondere der Eigentümerwechsel bei den Werften in Rostock und Wismar. Diese waren bis 2007 in norwegischer Hand (Aker Yards). Nach mehrmaligen Eigentümerwechseln der Wadan-Werften konnte eine Insolvenz der Gruppe trotz politischer Protektion und privater Kreditlinien nicht verhindert werden. Nun scheint sich durch eine strategische Partnerschaft mit einem russischen Investor eine neue Perspektive zu entwickeln. Berichten zufolge sollen rund 1.600 der 2.500 Arbeitsplätze erhalten werden (vgl. Märkische Allgemeine vom 18.08.2009). Eine Fertigstellung von Aufträgen sowie die Fortführung des Unternehmens durch einen neuen Investor wird seither angestrebt.⁴⁰ Auch die Volkswerft Stralsund wechselte aus dänischen in deutsche Hände zurück (Hegemann-Gruppe), zu der auch die Peene-Werft zählt.</p>
Wadan-Insolvenz: Produktions-zukunft offen	
Langfristige Chancen gut	<p>Die durch die Weltrezession ausgelösten Schwierigkeiten stellen jedoch nicht grundsätzlich das langfristig robuste Wachstumsszenario für die Containerschiffahrt deutscher Reeder (Weltmarktanteil: ein Drittel), für den Bau technisch anspruchsvoller und energieeffizienter Containerschiffe – z.B. LNG-Tanker – und hochwertiger Spezialschiffe und Yachten, für die maritime Logistik und die Hafenwirtschaft in Frage. Insofern sind flankierende Finanzierungs- und Krisenmaßnahmen durchaus gerechtfertigt. Sollte die Weltrezession und die Nachfrageschwäche für Schiffe jedoch länger anhalten, dürften einige der Anbieter nicht nur in MV, sondern in ganz Deutschland von Kurzarbeit und Insolvenz bedroht werden.</p>
Wichtig für Zulieferer	<p>Betroffen wäre auch die mittlerweile große Zuliefererbranche in MV (260 Unternehmen, 7.000 Beschäftigte). Diese ist jedoch noch nicht so gut aufgestellt. Bund (über InnoRegio), Land (Zulieferernetzwerk), Unternehmen, Hochschulen und Kammern arbeiten noch daran, das Zusammenwirken der Marktteilnehmer vor allem im Hinblick auf zukünftige technische Kompetenzen, Innovation und F&E zu verbessern und die Ausrüstung der Finalisten durch Zulieferer vor Ort zu erhöhen.</p> <p>Eng verbunden mit der maritimen Industrie sind zudem positive Entwicklungen in der Hafenwirtschaft und Logistik, in der es zu einigen neuen Ansiedlungen v.a. in Rostock kam. In Lubmin soll</p>

³⁸ Siehe Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009a).

³⁹ Siehe die Rede der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Dagmar Wöhrl anlässlich der 6. Nationalen Maritimen Konferenz, 30.3.2009, verfügbar unter <http://www.bmwi.de>. Zur Übersicht siehe Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009b): 9-11. Zur wirtschaftlichen Lage siehe VSM (2009).

⁴⁰ Pressemitteilung 142 der Landesregierung vom 5.6.2009.



Windenergiebranche gut aufgestellt

zudem ein weiterer Industriehafen entstehen, der u.a. im Zusammenhang mit einem CCS-nachrüstbaren Kohlekraftwerk wirtschaftlich werden soll.

Darüber hinaus spielt die **Windenergie** eine wichtige Rolle in MV. Anbieter für Festland-Windanlagen sowie die gesamte Palette an Zulieferern aus Maschinenbau, Gießereiwesen, Rohrbau, Tiefbau etc. und Dienstleistern sind vor Ort tätig. Etwa 1.200 Windenergieanlagen zu Land sind bereits installiert und können im Schnitt 30% des Strombedarfs bereitstellen. Der größte Wachstumsschub dürfte jedoch von Offshore-Anlagen ausgehen, deren Produktionskapazität auf rund das Dreifache der heutigen Onshore-Anlagen im Jahr 2020 geschätzt wird.⁴¹ Anders als bei Onshore-Windkraft liegen hier Dänemark und Großbritannien vorn. Die Niederlande, Irland und Schweden sind ebenfalls in der Umsetzung vorangekommen. Die deutschen Umsetzungsvorhaben liegen angesichts einer ganzen Palette von zu lösenden Fragen hinter Plan, aber jüngst sind Fortschritte im politischen und rechtlichen Rahmen⁴² sowie bei der Durchführung der zahlreichen Vorhaben erzielt worden, sodass die ersten kommerziellen Windparks bald in Betrieb gehen können sollten. In MV befinden sich bereits zwölf Vorhaben in der Planung. Ein Vorhaben ist bereits im Bau (Baltic I von EnBW 13 km nördlich vom Darß) und soll ab Ende 2010 Strom liefern. Die Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale der Branche in der Erstellungsphase sind somit ganz erheblich und dürften angesichts ähnlicher technischer Anforderungen an die Beschäftigten angesichts der temporär leidenden Schiffsindustrie schon in Kürze zumindest einigen Arbeitnehmern Jobalternativen bieten.

Baltic I: erstes Offshore-Projekt

Trotz insgesamt guter natürlicher Standortvoraussetzungen für die **Biomasse- und Biokraftstoffproduktion** stecken die beiden Branchen noch in den Kinderschuhen. Die Biomasseanlagen sind klein und rentabel, liefern aber noch keinen großen Beitrag zur Energieversorgung. Die Biokraftstoffproduktion war bereits gut angelaufen, ist aber aufgrund des Preisverfalls für Rohöl bzw. Diesel sowie durch die Korrektur der bundespolitischen Vorgaben ins Schleudern geraten.

Die **Holzindustrie** hat sich zumindest in den letzten fünf Jahren bis zur Wirtschaftskrise ebenfalls dynamisch entwickelt und profitiert von der guten Verkehrsinfrastruktur zur Straße und zur See, leidet aber teilweise am Nachfrageeinbruch im Wohnungsbau in Übersee. Die **Metall- und Elektrobranche** konnte in den letzten fünf Jahren ihren Umsatz mehr als verdoppeln. Zusammen mit den Automobilzulieferern stellen sie bereits rd. 13.000 Arbeitsplätze bereit. Gut hat sich die **Kunststoffverarbeitung** entwickelt. Die vom Land seit Jahren hervorgehoben geförderten Branchen **Biotechnologie** und **Medizintechnik** haben ebenfalls positive Entwicklungen durchlaufen, liegen aber nach wie vor quantitativ zurück.

Potenziale im Gesundheitswesen werden allmählich gehoben

MV weist auch einige bemerkenswerte Dienstleistungsbranchen mit überregionaler Bedeutung auf. Wie anfangs erwähnt, zählt dazu der vom Land auserkorene **Gesundheitsbereich**, der in der Tat auch eine wachsende Wertschöpfung aufweist und 86.000 Menschen beschäftigt (75.000 in der klassischen Versorgung). Der Fokus der

⁴¹ Mecklenburg-Vorpommern (2008a).

⁴² So sind unter anderem die Vergütungsregelungen in der EEG-Novelle neu justiert worden, rechtliche und praktische Fragen des Netzanschlusses geklärt, Anreizregelungen für den Netzausbau angepasst und Genehmigungs- und Raumordnungsverfahren durchgeführt worden. Siehe Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009b) sowie Mecklenburg-Vorpommern (2008b).

Aktivitäten liegt neben der Industrie (s.o.) vor allem auf der Nutzung von gesundheitsstauglichen Standortfaktoren und weichen Faktoren (Reha-Tradition der DDR; ökologische Landwirtschaft und gesunde Ernährung; Prävention; Wellness). Ob sich die ambitionierten Vorstellungen von Regierung und Marktteilnehmern im Gesundheitswesen gerade auch im Vergleich zu den Berliner Entwicklungen in F&E, Kliniken und Industrie realisieren lassen werden, ist nicht eindeutig zu beantworten. Immerhin bietet die umfangreiche politische Planung zu diesem Thema im Lande⁴³ die Chance, allein schon durch besseres Management Angebotsstärken vor anderen Bundesländern herausbilden zu können, die dann ihre eigene Nachfrage nach sich ziehen. Dies scheint uns umso plausibler, je stärker man an die Verflechtung mit dem Tourismus oder an die durch die spezielle demografische Entwicklung vorausschauend in Angriff genommene und erstmals auch umgesetzte Lösung in der Telemedizin denkt, die den bildhaften Namen „Schwester AGnES“⁴⁴ trägt, und weniger an forschende Industrie und Hochschullandschaft erinnert.

Tourismus sehr stark entwickelt

Für gute Nachrichten sorgt zudem der alljährliche Sommer. So hat sich der bereits vor fünf Jahren auf hohem Niveau liegende **Tourismus** nochmal mit Raten weit über dem Bundesdurchschnitt steigern lassen. MV war in den letzten Jahren häufig auf Platz 1 der innerdeutschen Sommerurlaubsreisen und hat in dieser Branche 130.000 Arbeitsplätze anbieten können. Mit fast 9% des Volkseinkommens hat der Sektor weit überdurchschnittliche Bedeutung (3% im Bundeschnitt). Dies gelang durch neue Angebote vor allem in den Bereichen Erholung und Wellness sowie durch eine Ausweitung der Saison. Es würde nicht verwundern, wenn angesichts der vergleichsweise günstigen Kosten und Preise, der durch die Wirtschaftskrise zu erwartenden Erhöhung des Inlandtourismus und weitere Angebotsausweitungen und Qualitätsverbesserungen die Erfolgsgeschichte Tourismus noch weiter fortgeschrieben werden wird.

Weitgehend unbemerkt vom Auge der Öffentlichkeit hat sich die IuK-Branche gut gemausert und weist über 600 Unternehmen mit knapp 15.000 Beschäftigten auf, von denen sich viele auf spezielle **Softwarelösungen** konzentriert haben. Eine weitere überraschende Entwicklung hält die **Callcenter-Branche** bereit⁴⁵, die es vermocht hat, mit einem Minimum an staatlicher Förderung von einfachen Telefondiensten zu höherwertigen Dienstleistungsangeboten im Zuge der Auslagerung solcher Aktivitäten aus anderen Unternehmen vorzustoßen. Dabei sind deutlich höhere Qualifikationsanforderungen an die knapp 15.000 Beschäftigten gestellt worden, mit entsprechend besserer Bezahlung.

Förderpolitiken unterstützen

In der Landespolitik hat die Große Koalition in den letzten Jahren die Palette der Standortpolitik gut ausgeschöpft und Infrastrukturvorhaben vorangetrieben. Die allmählich abnehmenden GA-, EFRE- und ESF-Mittel wurden koordiniert eingesetzt, und die Verbundforschung und Netzwerkförderung standen im Vordergrund. Die GA-

⁴³ Unter anderem in Gestalt eines „Masterplan Gesundheitswirtschaft 2010“, des Netzwerkmanagements durch das BioConValley-Projektbüro, der gezielten finanziellen Förderung der Biotechnologie und Life Sciences, der Hochschulförderung und -spezialisierung, der Kooperation im baltischen Raum und vieler weiterer Aktivitäten.

⁴⁴ Zur Sicherung der ärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen hat MV es fertiggebracht, die „Arztentlastende, Gemeindenahe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention“ (AGnES) auf den Weg zu bringen, in dem Krankenschwestern telemedizinisch unterstützt mobile medizinische Versorgung ins Land bringen.

⁴⁵ MV (2005).

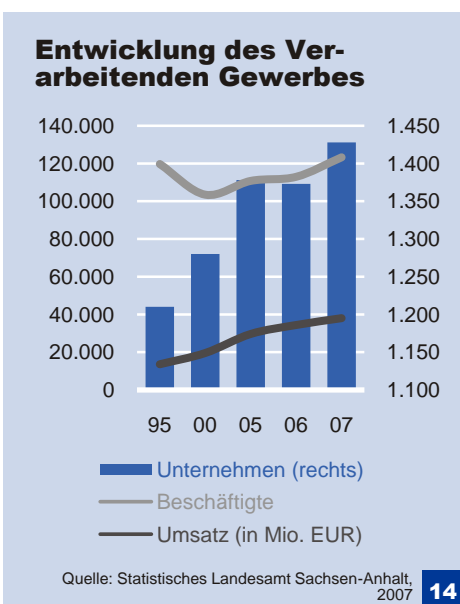
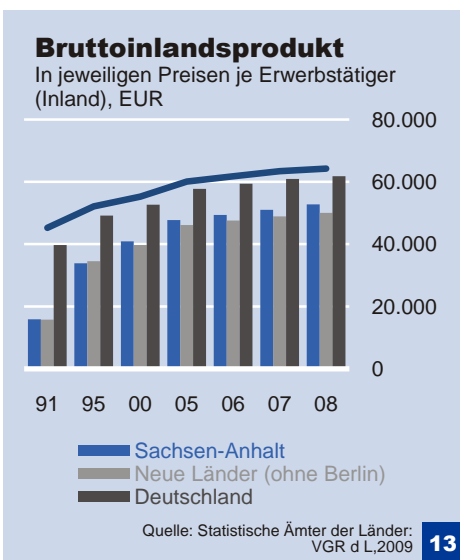
Förderung stärkte die Zulieferindustrien und die zweite Reihe (nach maritimer Industrie und Ernährung). Angesichts knapper Fördermittel hat das Land zudem sehr zielgenau die branchenspezifischen Förderregeln angepasst. Von großer Bedeutung ist bereits heute die möglichst gute Ausbildung der jungen Menschen und ihre *passgenaue Qualifizierung für Arbeitsplätze* in MV. Angesichts von Rückgängen in den Schulabgängerzahlen auf ein Drittel des Niveaus von 1991 zeichnen sich mittelfristig verfügbare und gut qualifizierte junge Menschen als wichtigster Engpassfaktor ab. Land, Bildungsträger und Selbstorganisationen der Wirtschaft arbeiten bereits intensiv an diesen Themen.

Sachsen-Anhalt

Die Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt war in den letzten fünf Jahren insgesamt positiv. In sämtlichen Bereichen wie Arbeitsmarkt, Wohlstand und Standort haben sich die Zahlen teilweise deutlich verbessert. Ein *Bundesländerranking* sieht das Land Sachsen-Anhalt jedoch auf dem letzten Platz im bundesstaatlichen Vergleich (Bestandsranking); betrachtet man die Veränderungsraten der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre (Dynamikranking), so hellt sich dieses Bild deutlich auf.⁴⁶ Die schlechten Bestandszahlen belegen, dass die Wirtschaftsstruktur noch überproportional stark von den Umwälzungen der Wiedervereinigung getroffen ist. Der Umbau von der einseitigen Schwer- und Grundstoffindustrie hatte große Arbeitsplatzverluste und eine immense Abwanderung von Menschen zur Folge.

Die Einbindung des südlichen Sachsen-Anhalts in das Drei-Länder-Eck mit Thüringen und Sachsen kann daher als ein Glücksfall bezeichnet werden. Durch die Orientierung an Halle/Leipzig, Chemnitz/Zwickau und Erfurt/Jena entsteht ein homogener Lebens- und Wirtschaftsraum⁴⁷, der das Lebensgefühl vieler Menschen widerspiegelt. So arbeiten nicht wenige in Halle und wohnen in Leipzig, was selbst nur wiederum eine Zugstunde von Berlin entfernt ist. Halle selbst weist ebenfalls eine gute Forschungslandschaft, Expertise in Biotechnologie und Pharmazie auf. Diese Assets sind außerhalb der Region nur unzulänglich bekannt; hierin besteht eine Hauptaufgabe des Standortmarketings für die mittlere Zukunft. Denn die geographischen und logistischen Vorteile des Standortes Sachsen-Anhalt liegen auf der Hand: viel Raum, eine wirtschaftsfreundliche Ausschreibungspolitik für Gewerbegebiete und eine ausgezeichnete (Verkehrs-)Infrastruktur. Zunehmend wurde Sachsen-Anhalt daher auch Zielgebiet für In-Shoring-Überlegungen – also die Rückübertragung von Wertschöpfungsketten aus Regionen wie Asien. In diesem Zusammenhang werden weniger F&E-Projekte als personalintensive Fertigungskapazitäten ins Land geholt. Dem Norden Sachsen-Anhalts gelingt es sehr gut, sich an Niedersachsen und Hamburg anzubinden. Investitionsgüterhersteller und die Ernährungswirtschaft sind hier besonders stark. Die Landeshauptstadt Magdeburg verbindet beide Teile miteinander – nicht nur politisch, sondern vornehmlich durch universitäre Hochtechnologieforschung und als kultureller Identitätsraum. Die Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg ist auf Neurowissenschaften, mathematische Verfahrens- und Systemtechnik und Automobil- sowie Maschinenbau spe-

Wirtschaftliche Fortschritte bemerkenswert



⁴⁶ Das Bestandsranking kategorisiert nach Niveaugrößen, das wichtigere Dynamikranking nach den relativen Veränderungen, vgl. IW Köln (2008).

⁴⁷ Die Region Sachsensdreieck ist eine von 11 Metropolregionen in Deutschland und Mitglied im Initiativkreis Europäischer Metropolregionen, vgl. Ministerkonferenz für Raumordnung des Bundes und der Länder (2006).

Außenhandel Sachsen-Anhalts in 2007

	Ausfuhr absolut in EUR Mio.	Einfuhr absolut in EUR Mio.
Europa	9.428,3	9.589,4
Afrika	246,8	19,4
Amerika	537,7	367,3
Asien	1.077,3	831,6
Australien	38,9	3,3
Gesamt	11.329,0	10.811,1

Quelle: Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (2008)

15

zialisiert. Über EU-Projekte⁴⁸ sollen die umliegenden Wissenschaftsstandorte besser miteinander verknüpft werden. Gegenwärtig wird im Rahmen der Internationalen Bauausstellung IBA 2010 ein Architekturwettbewerb vorbereitet. Für die in Dessau angesiedelte Stiftung Bauhaus, die eng mit der Bauhaus-Universität in Weimar zusammenarbeitet, bieten sich dadurch ausgezeichnete Chancen, weiteres internationales Renommee zu erlangen.

Die in Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich lange wirtschaftliche Durststrecke mit nominalen Wachstumsraten von rund 1% seit 1998 ist vorüber. Seit 2005/06 stieg das BIP Sachsen-Anhalts um nominal 4 bis 5% p.a. 2007 wuchs die Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche im zweistelligen Bereich, was allerdings auch auf die konjunkturelle Sondersituation der Weltwirtschaft zurückzuführen ist. So zogen in dem Zeitraum die Preise für Nahrungsmittel und chemische Grundstoffe stark an. Haupttreiber der positiven wirtschaftlichen Entwicklung war also das Verarbeitende Gewerbe, dessen Umsatzsteigerungen auch zu einem deutlichen Beschäftigungsaufbau geführt haben.⁴⁹ Gegenüber 1991 wird mit nur einem Drittel der Belegschaft nominal dreimal so viel umgesetzt.

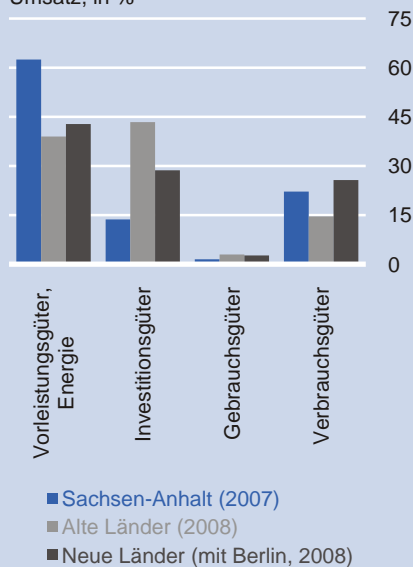
Trotz des erfolgreichen Arbeitsplatzaufbaus mit deutlich höherer Produktivität liegt der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von knapp 25%. Die Steigerung von 13,6% auf nunmehr gut 21% ist vor allem der Spezialisierung auf industrielle *Vorleistungsbranchen* mit stark zyklischem Charakter geschuldet. Der Großteil des Außenhandels findet mit den europäischen Nachbarn statt.

Die Produktion von Vorleistungsgütern bestimmt fast zwei Drittel des Industrieumsatzes, was gut 20 Prozentpunkte über den Werten in den neuen Ländern und im Bundesvergleich liegt. Daraus resultiert die auch im Neue-Länder-Vergleich sehr schwache Position in der Investitionsgüterbranche. Sowohl nach Umsatz als auch nach Beschäftigtenzahl nimmt die *chemische Industrie* nach der Ernährungsbranche den zweiten Platz ein. Kritisch ist anzumerken, dass es in dieser Branche lange keine Neuansiedlungen mehr gegeben hat. Ähnliche Fragezeichen stehen hinter einem weiteren beschäftigungsstarken Wirtschaftszweig: dem *Fahrzeugbau*. Zwar wuchs der Bereich stark, dennoch sind keine Originalausrüstungshersteller (OEM) ansässig.

Die Vorleistungsgüterindustrie ist tendenziell weniger F&E-lastig als andere Bereiche. Dennoch lässt sich auch Innovatives finden. So wird etwa Wernigerode, bekannt für die Biermarke Hasseröder, auch zunehmend zu einem Standort für Automobilzulieferer, Metallveredelung und Leiterplattenherstellung. Dazu kommt ein Ausbildungszentrum für die deutsche Bauindustrie.

In Bernburg genießt die dortige Fachhochschule Anhalt einen überregionalen Ruf und bildet mit Firmen der Grundstoffindustrie und der Arzneimittelherstellung ein gut funktionierendes Netzwerk. Die Top-Positionen Wernigerodes und Bernburgs im Innovationsindex⁵⁰ zeigen, dass Innovation auch in ländlichen Räumen funktionieren kann. Sachsen-Anhalt hat aber wenig stark ausgebildete Cluster; eher empfiehlt es sich, von Wirtschaftsschwerpunkten zu sprechen. Die Landesregierung hat erkannt, dass ein großflächiges Land mit we-

Anteilsvergleich der Hauptgruppen der Industrie Umsatz, in %



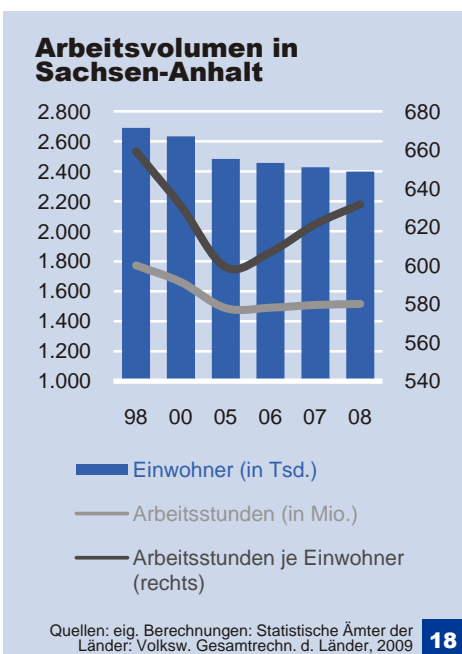
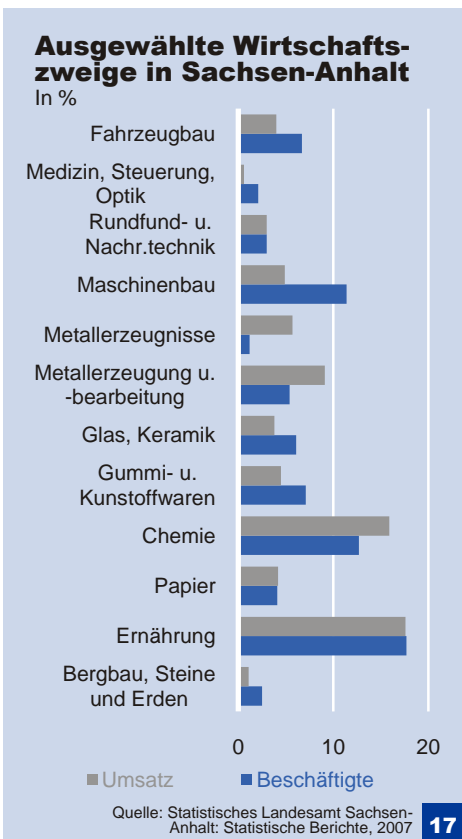
Quellen: eigene Berechnungen; Statist. Bundesamt, Statist. Landesamt Sachsen-Anhalt, 2009

16

⁴⁸ Restructuring districts into science quarters (REDIS) ist Teil des europäischen Programme for Urban sustainable Development, vgl. www.urbact.eu.

⁴⁹ Vgl. Ostdeutscher Bankenverband (2008).

⁵⁰ Vgl. Günther et al. (2009).



nig Bevölkerung in seiner Wirtschaftsaufstellung nicht zu sehr in die Breite gehen darf.⁵¹ So ist die Konzentration auf die Ernährungswirtschaft und die Grundstoffindustrie als beschäftigungsstarken Sektoren sowie das Exzellenz-Cluster Energiewirtschaft ein zukunftsfähiger Ansatz.

Erfreulich ist auch die Entwicklung des Arbeitsvolumens. Seit einigen Jahren steigen die geleisteten absoluten Arbeitsstunden wieder an – trotz weiterhin leichter Abwanderung. Dennoch werden aktuell rund 250 Millionen Arbeitsstunden p.a. weniger geleistet als noch 1998. Die demografischen Effekte⁵² eingerechnet ergibt sich für die geleisteten Arbeitsstunden pro Einwohner und Jahr die erfreuliche Tendenz einer Stabilisierung bei rund 631 Arbeitsstunden p.a. Sachsen-Anhalt bleibt also ein Land der Frühaufsteher.⁵³ Die Zeitarbeit war dabei positiver Treiber der vergangenen Jahre. Es ist anzunehmen, dass zahlreiche Stellen in der konjunkturellen Sonderphase seit 2005 nicht zuletzt wegen der flexiblen Regelungen der Zeitarbeit besetzt wurden. Denn gerade in den exportstarken Bereichen (Fertigungsberufe) kam es zu einem außerordentlichen Wachstum. Bei den Direktanstellungsverhältnissen waren daher auch erste Anzeichen eines Facharbeitermangels zu konstatieren, was gerade im Vergleich zu den Zeitarbeitern zu nicht unerheblichen Lohnspreizungen geführt haben könnte. Die kommenden Monate werden zeigen, wie stark sich die Zeitarbeit in der Wirtschaftskrise verändert. Zu erwarten sind überproportionale Einschnitte in der Zeitarbeitsbranche und der Versuch, die übrigen Facharbeiter möglichst lange in den Betrieben zu halten. Die Erwerbstätigenzahl stieg in 2008 um 0,7% auf knapp 1.020.000 Personen, was unter dem Bundesdurchschnitt (plus 1,4%) und unter dem Neue-Länder-Durchschnitt (plus 0,8%) liegt. Der Grund ist vor allem in dem grundsätzlich positiv zu beurteilenden Personalabbau im öffentlichen Dienst (minus 0,8%) zu sehen. Sachsen-Anhalt holt in der öffentlichen Verwaltung⁵⁴ damit vieles von dem nach, was in anderen neuen Bundesländern bereits ein paar Jahre vorher vollzogen worden war.

In 2008 lag die Arbeitslosenquote mit etwa 14% sowohl im ostdeutschen Ländervergleich (13,1%) als auch im Deutschlandvergleich (7,8%) ausgesprochen hoch, wobei zusätzlich große regionale Unterschiede das Gesamtbild prägen. In den Kernstädten Magdeburg und Halle bewegt sich die Arbeitslosigkeit etwa auf Landesniveau; am günstigsten sind die Werte zur niedersächsischen und zur sächsischen Landesgrenze (Pendlersaldo von gut 80.000 nach Westen und etwa 30.000 nach Sachsen), erreichen aber auch dort selten Werte von deutlich unter 10%. Von der Rekordarbeitslosenquote aus dem Jahr 2003 von 20,5% hat man sich jedoch deutlich entfernt. In den ersten Monaten 2009 stieg die landesweite Quote leicht auf 14,5% an. In Boomjahren lag die Arbeitslosenquote bei Frauen einen guten Prozentpunkt über der der Männer; in der wirtschaftlichen Abschwungphase dreht sich dieses Bild nunmehr.⁵⁵ Offen-

⁵¹ Vgl. Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (2007).

⁵² Weiterhin leidet Sachsen-Anhalt unter Bevölkerungsrückgang: In 2008 war ein Geburtenunterhang von 10.880 Personen und ein Wanderungsverlust von 17.117 Personen zu verzeichnen, vgl. Statistisches Landesamt (2009).

⁵³ *Land der Frühaufsteher* ist die Kampagne der Landesregierung, wonach die Menschen in Sachsen-Anhalt tatsächlich Frühaufsteher sind: drei Minuten vor den Sachsen und 21 Minuten vor den Hamburgern, vgl. FischerApelt (2005).

⁵⁴ Per 30.09.08 waren die öffentlichen und privaten Dienstleistungen mit 238.816 Beschäftigten der größte Arbeitgeber des Landes, vgl. Statistisches Landesamt (2009).

⁵⁵ Vgl. Statistisches Landesamt (2009).

**ST: Sozialversicherungs-
pflichtig Beschäftigte**

	Juni 2002	Juni 2008	Steige- ge- rung, %
Fertigungs- berufe	6.584	18.363	279
Techn. Berufe	170	303	178
Dienstleist.- berufe	1.925	5.777	300
Sonstige	107	422	394
Gesamt	8.786	24.865	283

Quelle: Statistisches Landesamt (2009)

19

**Leistungsstarke Ernährungsindustrie
spielt große Rolle**

Fleisch und Backwaren dominieren

**ST: Kennzahlen des
Ernährungsgewerbes**

	2001	2007
Betriebe	112	113
Beschäftigte	17.236	19.239
Umsatz (in EUR Mio.)	4.124	6.781
Exportquote	7,8%	14,1%
Monatslohn/Be- schäftigter (EUR)	1.561	1.764

Quelle: Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (2008)

20

sichtlich wirkt der hohe Anteil von Frauen an den Teilzeitbeschäftigten und an den Dienstleistungsberufen stabilisierend.

Die Hauptaufgaben für die Wirtschaftspolitik werden sich – noch stärker als bisher – auf die energetische und logistische Erschließung der Fläche und das damit verbundene Standortmarketing konzentrieren müssen. Der Mangel an Großunternehmenszentralen ist kein Sonderfall, führt aber zu einer unterdurchschnittlichen Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleistungssektoren. Über verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und Verzahnung der Landesförderung könnte sich zudem der Forschungsstandort weiter etablieren.⁵⁶

Ernährungswirtschaft – über den Tellerrand schauen. Die Ernährungsbranche arbeitet hochprofitabel und verteilt sich relativ gleichmäßig über die Landesfläche. Für eine effiziente Produktion stehen große Anbauflächen und eine ausgezeichnete Infrastruktur zur Verfügung. Seit 2001 hat der Umsatz kontinuierlich um 60% zugelegt und wird zunehmend auch vom Export unterstützt. Rund ein Fünftel des gesamten Verarbeitenden Gewerbes wird durch die Ernährungswirtschaft bestimmt.

Der Erfolg spiegelt sich sowohl in steigenden Beschäftigtenzahlen als auch in zuletzt über die Inflationsrate hinaus steigenden Löhnen und Gehältern wider. Dieser im Bundesvergleich günstige Trend deutet auf eine sehr gute Wettbewerbssituation dieser Branche hin. Die durchschnittliche gesamtdeutsche Exportquote von 17,4% zeigt allerdings auch, dass die Ernährungswirtschaft in Sachsen-Anhalt noch etwas zulegen könnte.

Dominiert wird die Branche von der Fleischverarbeitung (EUR 2,48 Mrd. Umsatz) und dem sonstigen Ernährungsgewerbe (vornehmlich Zucker und Backwaren mit rund EUR 1,45 Mrd. Umsatz). Dem Ernährungsgewerbe gelingt es zunehmend, traditionelle Ostprodukte zu vermarkten: So steht die Backmischung KATHI Vergleichsprodukten in nichts nach. Die Getränkeherstellung ist ebenfalls sehr gut aufgestellt. Marken wie Hasseröder und Rotkäppchen sind internationale Marken, die es ermöglichen, rückläufige Inlandsumsätze durch ein starkes Exportgeschäft zu kompensieren. Auch sind die Vorteile gut funktionierender Netzwerke erkannt: Das Cluster Ernährungswirtschaft der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland wird etwa durch das Projekt Netzwerkmanagement Ost, das Querverbindungen mit Unternehmen aus dem Tourismussektor schafft, ergänzt. Das Netzwerk Ernährungsgewerbe Sachsen-Anhalt Süd und die Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt (AMG) sind positiv hervorzuheben. Es ist zu erwarten, dass über diese Netzwerke die Primärproduzenten und die Verarbeiter ihre Kooperationen weiter ausbauen. Zusammen mit der in der Pflanzenzüchtung und -forschung recht erfolgreichen grünen Biotechnologie besteht Potenzial. Das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IKB), das Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie (IPB) in Halle, die auf Agrar- und Biowissenschaften ausgerichtete Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) und das Agrochemische Institut in Piesteritz (ein An-Institut der MLU) bilden eine solide wissenschaftliche Basis. Die Zahl der Unternehmensausgründungen in diesem Bereich war in den letzten Jahren aber eher gering. Immerhin gibt es z.B. mit SKW Piesteritz auch größere Produzenten in der Branche. Zudem muss dem erkennbaren Facharbeitermangel begegnet werden.

⁵⁶ Vgl. Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (2007).



Stabile Grundstoff-Chemie

ST: Kennzahlen der Chemischen Industrie

	2001	2007
Betriebe	43	66
Beschäftigte	10.876	14.058
Umsatz (in EUR Mio.)	3.434	6.138
Exportquote	40,1%	43,1%
Monatslohn/Be- schäftigter (EUR)	2.547	3.030

Quelle: Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (2008)

21

Chemische Industrie – alte Besen kehren gut. Das sehr erfolgreiche Chemie-Cluster im Süden eignet sich hervorragend als Modellskizze für die Transformation einer planwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur zu einer marktwirtschaftlichen. Die auf Größenvorteile basierende Grundstoffindustrie legte einen Umbau mit einem starken einzelnen Player im Kern der Struktur nahe – dieser Prozess wurde Anfang der 1990er Jahre politisch unterstützt. Die Neuausrichtung der Produktion und Modernisierung der Infrastruktur in das mitteldeutsche Chemiedreieck (plus Schwarzheide in Brandenburg und Böhlen in Sachsen) zog einen immensen Investitionsbedarf nach sich und forderte von den Menschen tiefgreifende Anpassungen. Dieser Prozess ist seit knapp 10 Jahren abgeschlossen, und die Industrie baute im Zuge der Verdoppelung des Umsatzes knapp 50% Arbeitsplätze auf.⁵⁷ Die Folge ist eine über dem bundesdeutschen Schnitt liegende Umsatzproduktivität, sodass auch die Löhne und Gehälter seit 2001 um etwa 20% zulegen konnten. Die Exportquote steigt seit Jahren kontinuierlich an, liegt aber noch um 12%-Punkte unter der bundesdeutschen Quote.

Knapp zwei Drittel der chemischen Produktion steuern die Hersteller von Grundstoffen bei. Diese wuchsen nur unterdurchschnittlich, und gerade das Auslandsgeschäft litt zuletzt etwas. Erfreulicher entwickelten sich die pharmazeutischen Erzeugnisse, deren Anknüpfungspunkte an die **Gesundheitsbranche** zum wirtschaftlichen Aufholprozess der Region beitragen könnten. In der jüngeren Vergangenheit wurde dieses Wachstum auch von Direktinvestitionen ausländischer und deutscher Weltkonzerne getragen.⁵⁸ Das eng mit der Gesundheitswirtschaft verbundene Cluster *Rote Biotechnologie* hat über das Kompetenzzentrum für Neurowissenschaften (Leibniz Institut für Neurologie und Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) hinaus noch kaum wirtschaftsrelevante Bedeutung. Die F&E-Aktivitäten der chemischen Industrie insgesamt waren verhältnismäßig gering, was vor allem an der Dominanz der Grundstoffindustrie in Sachsen-Anhalt liegt.

Potenzial für Kohlenstoffspeicherung

Energiewirtschaft – grün wirkt. Aufgrund der *Einspeiseverpflichtung für Erneuerbare Energien* in die Stromnetze kommt es zunehmend zu Verdrängungseffekten für traditionelle Energieträger, v.a. die von der MIBRAG geförderte Braunkohle. Auf mittlere Sicht scheinen die Tagebaustätten in Sachsen-Anhalt jedoch gesichert. Mit dem Bergbau eng verbunden sind die Abfallverwertung bergbau-fremder Stoffe in unter- und übertägigen bergbaulichen Betrieben und die Erdgasuntergrundspeicherung. Die Verdrängung der Braunkohle und die sich erschöpfenden Rohgasvorkommen bieten ein interessantes Szenario für die anwendungsorientierte Forschung im Bereich der CO₂-Speicherung (*CCS-Technologie*).

⁵⁷ Rechnet man die in den Chemieparcs ebenfalls ansässige Kunststoffindustrie hinzu, so erreicht das Cluster Chemie/Kunststoffe etwa 22.000 Beschäftigte und etwa EUR 8 Mrd. Umsatz, vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2007).

⁵⁸ Vgl. VDI Technologiezentrum et al. (2008).

ST: Braunkohle-, Erdgasförderung und -speicherung

	Braunkohle (in Mio. t)	Rohgas (Mrd. m ³)	Kavernen	Erdgasspeicher	
				Poren- speicher	Bergwerk- speicher
2004	6,6	1,2	52	1	1
2005	6,2	0,9	57	1	1
2006	5,7	0,7	54	1	1
2007	6,4	0,5	54	1	1

Quellen: eigene Darstellung; Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (2008)

22

Die Erneuerbaren Energien haben in Ostdeutschland über das *Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)* hinaus vor allem auch aufgrund der exzellenten kapitalseitigen Fördermaßnahmen Fuß fassen können. So trug auch Sachsen-Anhalt seinen Teil zur Erfolgsgeschichte des *Solar Valley* bei. Da die Solarzellenhersteller rund 90% des Umsatzes auf sich vereinigen, sind die Kennzahlen für die Rundfunk- und Nachrichtentechnik ausgezeichnet. Der Umsatz explodierte förmlich von EUR 52 Mio. (in 2001) auf EUR 1,1 Mrd. in 2007. Die Entwicklung der Solarbranche hin zu einer industriellen Fertigung ermöglichte die Anstellung breiter Arbeitnehmerschichten (seit 2001 vervielfachten sich die Beschäftigtenzahlen auf gut 3.000). Zuletzt stagnierte das Umsatzwachstum in der Fotovoltaik. Der Grund dürften die in den vergangenen Jahren (übermäßig) aufgebauten Kapazitäten sein, die auch zu einem Preisverfall geführt haben. Die Branche befindet sich nunmehr mitten in der Bereinigung.⁵⁹ Da von technischer Seite auf mittlere Sicht weitere Effizienzsteigerungen und damit der Verzicht auf staatliche Förderung möglich erscheinen, dürfte sich die Sonnenallee Sachsen-Anhalts unter Schwankungen weiter gut entwickeln.

Solar- und Windbranchen stark vertreten

Während die sachsen-anhaltinische Solarbranche im Prinzip die gesamte Wertschöpfungskette abdeckt, hat sich der Bereich Windkraft in eine andere Richtung entwickelt. Der deutsche Marktführer Enercon sitzt in Magdeburg. Den rund 4.000 Beschäftigten in Magdeburg stehen 12.000-15.000 Mitarbeitern der Zulieferindustrie gegenüber. Die Erneuerbaren Energien sind somit für den jüngeren Erfolg des in Sachsen-Anhalt traditionell starken **Maschinenbaus** verantwortlich.⁶⁰ Der Erfolg der Windkrafthersteller fällt nicht nur landschaftlich ins Auge: Von den 19,2 Mio. MWh Nettostromerzeugung in 2007 trug die Windkraft rund 4,5 Mio. MWh bei.⁶¹ Viele Neugenehmigungszahlen von Windparks sind – aus politischen Gründen – nicht zu erwarten; vielmehr ist mit einem zunehmenden Repowering, d.h. der Austausch von Altanlagen durch neue effizientere Maschinen, zu rechnen. Das Wachstum der Windstromproduktion könnte sich in den nächsten Jahren daher abschwächen.

⁵⁹ Im sachsen-anhaltinischen Thalheim wird etwa die Hälfte der deutschen Solarzellen produziert, vgl. VDI Technologiezentrum et al. (2008).

⁶⁰ Vgl. Ostdeutscher Bankenverband e. V. (2009).

⁶¹ Vgl. Daten & Fakten (2009).

Überblick F&E-Indikatoren für Erneuerbare Energien in Ostdeutschland

	Forschungseinrichtungen (in % aller Forschungs- einrichtungen)	F&E-Ausgaben von Bund und Land (in % BIP)	Patente für EE (pro 1 Mio. EW)	EE-Studiengänge (in % aller Studiengänge)
BE	11,76	15,58	29,3	1,48
BB	5,56	13,3	18,58	2,64
MV	5,88	0	21,47	0,93
SN	9,52	40,54	29,14	1,76
SA	16	13,79	23,96	0,21
TH	18,18	23,59	26,5	1,42
bester Wert	30	47,71	82,09	3,27
schlechtester Wert	3,57	0	18,58	0,21

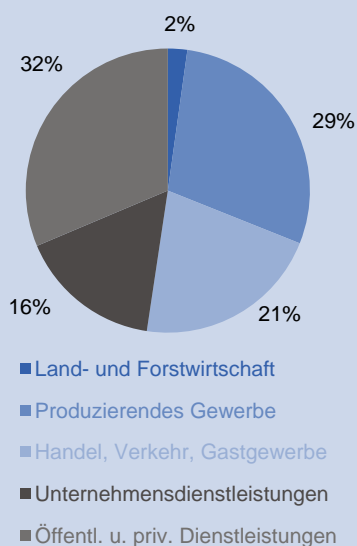
Quelle: Ragnitz J. et al. (2009) **23**

ST: Kennzahlen der Rundfunk u. Nachrichtentechnik

	2001	2007
Betriebe	5	10
Beschäftigte	602	3.006
Umsatz (in EUR Mio.)	52	1.117
Exportquote	k.A.	k.A.
Monatslohn/Be- schäftigter (EUR)	2.710	k.A.

Quelle: Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (2008) **24**

ST: Beschäftigungsanteile der Dienstleistungsbranche



Quelle: Statistisches Landesamt (2009) **25**

Um das Ziel des *Energiekonzepts der Landesregierung* – Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien auf 20% im Jahr 2020 – zu erreichen, benötigt Sachsen-Anhalt ein Wachstum von etwa 10% p.a.⁶² Sachsen-Anhalt stellt etwa ein Sechstel der deutschen Biodieselmenge her. Die rechtlichen Anpassungen bei der Besteuerung von Biokraftstoffen begrenzen die Potenziale der Biodieselproduktion nicht unerheblich. Günstiger scheint das Bild beim Bioethanol, bei dem Sachsen-Anhalt mit gut 60% fast eine Monopolstellung einnimmt. Energiepolitisch relevant ist jedoch lediglich die Biomasse, die über Biogas, feste Biomasse und flüssige Biomasse etwa 7-8% zur Nettostromerzeugung des Landes beiträgt. Zudem stammen etwa drei Viertel des Primärenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien von der Biomasse.⁶³ Sachsen-Anhalt hat ein exzellentes Potenzial für Biomasse, insbesondere dann, wenn die anwendungsorientierte F&E sowie die universitären Studiengänge weiter ausgebaut werden.⁶⁴

Dienstleistungen. Magdeburg hat sich zu einem kleinen, aber feinen Standort für Informations- und Kommunikationstechnologien entwickelt. Typisch für die Branche ist ihre Kleinteiligkeit. Dennoch gibt es herausragende regionale Strukturen, die sich z.B. auf Software-Lösungen für elektronische Bankensysteme oder IT-Lösungen für Energiemärkte konzentrieren. Das in Magdeburg ansässige *Center for Digital Engineering*, das gemeinsam von der Otto-von-Guerike-Universität und dem Fraunhofer Institut gegründet wurde, entwickelt sich zunehmend zum Zentrum der deutschen *Virtual Reality-Forschung*. Auch Google scheint diese Kapazitäten erkannt zu haben und bezieht aufbereitete Geoinformationen für sein *Google Earth* aus Sachsen-Anhalt. Die Chancen dieses Leuchtturmprojekts sollten für das weitere Standortmarketing genutzt und der Technologietransfer in den Mittelstand verbessert werden. Darüber hinaus werden in Halle Zukunftskongresse für die Computerspielbranche abgehalten.

Größer und bedeutender – aber ebenso unbekannt – ist die Kreativwirtschaft, die mehr Arbeitsplätze stellt als die Textilbranche oder die Möbelindustrie. Die Unternehmen dieses Sektors kamen bisher gut bis sehr gut aus der New-Economy-Krise. Mit etwa 2.500 Firmen

⁶² In der Vergangenheit wurden 50% erreicht, vgl. VDI Technologiezentrum et al. (2008); Institut für Energetik und Umwelt (2007).

⁶³ Vgl. Daten & Fakten (2009); Daten & Fakten (2009a).

⁶⁴ Vgl. Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (2007). Zu den Perspektiven des Wachstumsmarktes Cleantech vgl. Ragnitz et al. (2009).

stellt die Branche der Anzahl nach mehr Unternehmen als die Ernährungswirtschaft. Mit mehr als 12.000 Beschäftigten findet sich die Branche unter den TOP 3 wieder. Das Umsatzvolumen ist mit EUR 625 Mio. jedoch noch übersichtlich. Herausragend sind das Umsatzwachstum des Segments Software/Games und der Journalistenbüros in Halle. Der Medienstandort Halle stellt mittlerweile mehr dar als die Produktion des *MDR-Hörfunkprogramms*. Für Animations- und Medienkunst ist Halle ein begehrter Studienort. Daneben stößt vor allem auch die Design-Ausbildung auf großes Interesse. In Tradition des *Dessauer Bauhauses* gibt es in der Region auch erfolgreiche Ausgründungen. Die geringe Sichtbarkeit dieser Aktivitäten nach außen begrenzt das wirtschaftliche Vorankommen der Branche. Da große Medienunternehmen weitestgehend fehlen, gibt es wenig Beschäftigungschancen und tendenziell eine *Humankapitalflucht* aus der Region.

Seit 1991 hat sich die Bedeutung des Dienstleistungssektors stark erhöht und liegt bei etwa 73% der Beschäftigten und 68% der Bruttowertschöpfung. Stellenabbau im Handel und die im Vergleich zu anderen neuen Bundesländern nachholenden Einsparungen im öffentlichen Dienst führten in den letzten Jahren zu einer Stagnation des Dienstleistungssektors. Da die *unternehmensnahen Dienstleistungen* auf einem sehr niedrigen Niveau – regionale Ausnahmen sind Städte wie Magdeburg oder Halle – starteten, fielen die prozentual recht guten Zuwächse in der Gesamtstatistik kaum ins Gewicht. Die landesweit mittelständische Wirtschaftsstruktur spricht nicht für eine überdurchschnittliche Entwicklung dieses Sektors.

Sachsen

Lange industrielle Tradition mit neuen Firmen wiedererweckt

Das Bundesland Sachsen liegt zwar nach Fläche nur an vierter Stelle der östlichen Bundesländer, weist dafür aber mit 4,2 Mio. Einwohnern eine doppelt so hohe Dichte der Bevölkerung auf (229 zu 104 Einw./km² im Schnitt der vier anderen Länder). Es liegt damit im gesamtdeutschen Durchschnitt. Die Sachsen blicken auf eine sehr alte *Industrietradition* zurück, die selbst zu DDR-Zeiten fortgeführt wurde. Und seit der Einheit lag auch der Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Bemühungen der sächsischen Regierungen in der Wiederaufrichtung des Industrielandes Sachsen. Der Anteil der Industrie am BIP liegt mit knapp 19% jedoch eher im Mittelfeld der Vergleichswerte der östlichen Länder (deutlich oberhalb der 12% in MV, aber auch unter den 21% in Thüringen). Heute liegt das Land beim Pro-Kopf-Einkommen immerhin leicht vor den anderen Ländern.

Die Industrie boomte, aber die Dienste nicht

In den letzten fünf Jahren hat Sachsen seine insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung fortsetzen können. Die Wertschöpfung im Land wuchs mit 1,8% p.a. (2004-2008) im guten Bundesdurchschnitt, aber hinter dieser Zahl verbergen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen im Einzelnen. So hat das Verarbeitende Gewerbe einen enormen Höhenflug hingelegt (+49,6%), während die Dienstleistungen beinahe stagnierten (+4,2%); unter diesen verzeichneten allein Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen zweistelliges Wachstum über fünf Jahre (+10,5%).

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes ist die Dynamik ganz überwiegend auf den *Fahrzeugbau* zurückzuführen, gefolgt mit Abstand vom *Maschinenbau*, der *Metallbranche* und der *Mikroelektronik*. Entwickelt hat sich in den letzten fünf Jahren zudem die Logistik, die nicht nur durch die Ansiedlung von DHL in Leipzig, sondern auch durch die Erfordernisse der Industrien nachfrageseitig voran-



Verwundbarkeit in Rezession entsprechend hoch

getrieben worden ist. Fahrzeug- und Maschinenbau in Sachsen sind exportstarke Branchen mit entsprechenden Logistikanforderungen.

Allein schon diese Betrachtung ganz elementarer Wirtschaftskennziffern lässt erkennen, dass die Produktions- und Exportstärke der entsprechenden Industrien nun auch die überdurchschnittliche Verwundbarkeit der sächsischen Wirtschaftsentwicklung gegenüber der Weltrezession begründet. Die Umsätze der Industrie waren im Februar 2009 gg. Vj. bereits um eine Drittel zurückgegangen. Hinzu kommt, dass *firmenspezifische Probleme im Kern der Mikroelektronik*, insbesondere die Insolvenz der Infineon-Tochter Qimonda AG, aber auch Schwächen des AMD-Mutterkonzerns mit entsprechenden Folgen für die Dresdner AMD-Entwicklung,⁶⁵ noch zusätzliche Einbrüche in der Produktion der mehr als 200 Zulieferer im „Silicon Saxony“ verursachen.

Autos aus Sachsen derzeit in Schwierigkeiten

Schaut man auf die Entwicklung der einzelnen Branchen, so kann man zunächst festhalten, dass in der **Fahrzeugbranche** v.a. mit den Ansiedlungen von BMW und Porsche in Leipzig und VW in Zwickau (Motoren) und Dresden (Gläserne Fabrik) auch einige Zulieferer, insbesondere die Metallbranche sowie die Werkzeugmacher, mitgezogen sind bzw. Werksneugründungen in Sachsen erfolgten. Die Fahrzeugbauer gaben mit zuletzt 31.000 Beschäftigten und EUR 12 Mrd. Umsatz (rd. ein Viertel der Industriebeschäftigten und der Umsätze) einen starken Impuls für die vorgelagerten Branchen, litten aber bereits 2008 an Umsatzrückgängen. Die Autobauer kämpfen derzeit mit Einbrüchen von 50% gg. Vj. (Stand Mai 09), was angesichts einer Exportquote von 50% nicht weiter verwundern kann. Die Zulieferer wiederum haben für sich den osteuropäischen Markt, insbesondere Russland, als weiteres Betätigungsfeld erschlossen. Zudem produzieren einige dieser Firmen auch für die Luft- und Raumfahrtbranche. Insofern bestehen auch gewisse Chancen, sich der Absatzkrise der Endhersteller durch Diversifizierung zumindest teilweise zu entziehen.

Maschinenbau und Metaller gut unterwegs

Der **Maschinenbau** ist ebenfalls gut aufgestellt und mit fast 42.000 Beschäftigten eine große Branche. Er profitiert von vielen deutschen und internationalen Investoren, leidet aber ebenfalls am Kollaps der ausländischen Absatzmärkte. Die **Metallbranche** ist sehr stark positioniert (46.000 Beschäftigte), exportorientiert tätig und nicht ausschließlich von der Fahrzeugbranche abhängig. Sie wies 2008 sogar noch Umsatzzuwächse auf (+7%). Einbrüche dürften auch hier nicht zu vermeiden sein.

„Silicon Saxony“ in Schwierigkeiten

Die nach der Einheit durch tatkräftiges sächsisches Regierungshandeln neu aufgestellte **Mikroelektronik** schrieb gut fünfzehn Jahre eine großartige Erfolgsstory der einzigen europäischen Chipproduktionsstätte mit hoher technischer Kompetenz der drei großen Firmen Qimonda (Ram-Bausteine), AMD (Prozessoren) und Infineon (Logikbausteine) sowie der rd. 200 Zulieferer und Dienstleister und vieler Forschungseinrichtungen im „Silicon Saxony“. Dieses Wachstumszentrum geriet dann aber durch eine Vielzahl von Faktoren in Schwierigkeiten. Nicht zuletzt trug die (noch großzügigere) Subventionspolitik in asiatischen Wettbewerbsstandorten hierzu bei.

⁶⁵ Beide Firmen sind letztlich durch den raschen Technologiesprung von der 200mm-Waver- auf die 300mm-Waver-Technologie in ihren Investitionsplänen und Absatzchancen nachhaltig getroffen worden. Absatzprobleme des AMD-Mutterkonzerns sowie der Qimonda-Mutter Infineon kommen erschwerend hinzu.

Die Branche stellte 2006 14% der Umsätze und 15% der Beschäftigten der sächsischen Industrie.⁶⁶ Bislang entfiel auf die Branche auch ein Viertel der *Patente aus Ostdeutschland*. Nun steht die Wertschöpfung von über 14.000 Arbeitnehmern allein in der Chipindustrie auf dem Spiel, bereits 2008 waren der Umsatz mit 10% und die Beschäftigung mit knapp 6% rückläufig. Eine Weiterführung der Produktion durch einen neuen Investor bei der mittlerweile insolventen Qimonda wird derzeit noch angestrebt, und AMD hat Investoren aus Abu Dhabi mit ins Boot geholt. Die Erfolgsaussichten sind derzeit noch unklar. Infineon als dritter Produzent vor Ort wird *Silicon Saxony* allein nicht retten können. Die Forschungsaktivitäten von Universitäten und Einrichtungen sind eng verzahnt mit der Industrie. Das *Silicon Saxony* durchlebt eine schwere Krise.

Mehrere andere Branchen halten gegen den Trend

Erfreulicherweise haben sich einige kleinere Industrien gut entwickelt. Dazu zählen das Ernährungsgewerbe, das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe, die Chemie, das Glasgewerbe, die Gummi- und Kunststoffwaren, die Hersteller von Elektrizitätsgeräten und die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik nebst Optik und Uhrenherstellern.⁶⁷

Landespolitik vor schwierigen strukturellen Weichenstellungen, ...

Ähnlich wie schon zu Beginn der deutschen Einheit steht die sächsische Landesregierung heute erneut vor der Aufgabe, zum einen zu retten, was zu retten ist, zum anderen aber auch Teile der sächsischen Wirtschaft durch weitblickende Strukturentscheidungen neu aufzustellen. Erfreulicherweise muss nun dieses Mal nicht von vorne begonnen werden. Vielmehr verfügt das Land mit seinen Universitäten und nicht-universitären Forschungseinrichtungen, gut *qualifizierten Arbeitnehmern* – man denke auch an die Pisa-Ergebnisse der schulischen Leistungen – und einer *innovationsfreudigen Unternehmerschaft* über gute Voraussetzungen, die anfänglich erst einmal verpasste Abfahrt des Zuges in Richtung dritte industrielle Revolution gut zu organisieren. Im Maschinenbau arbeitet man am Energieeffizienzthema. Daimler und Evonik haben in die Batterietechnik investiert. Wichtige Forschungsarbeiten zur Lithium-Technologie sowie zur „Biomasse der zweiten Generation“⁶⁸ finden an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg statt. In Leipzig ist ein Fraunhofer-Zentrum für Biomasse-Forschung gegründet worden. Auch entwickelt sich bereits die Fotovoltaik an einigen Standorten recht gut. Im Windkraftanlagenbereich sind sächsische Firmen bereits tätig. Darüber hinaus gibt es im Land eine ganze Reihe von Ingenieurfirmen mit Schwerpunkt Umweltberatung und -dienstleistungen, die grenzüberschreitend aktiv sind und u.a. Kompetenzen in der Uranwirtschaft haben.

... aber mit großem Instrumentenkasten im Einsatz

Entsprechend gibt es auch einen breiten politischen Konsens, die Investitionsförderung und die gesamte Förderkulisse weiterhin stark an F&E, Innovation und Technologiethemata sowie an der Mittelstandsförderung und Eigenkapitalhilfeprogrammen auszurichten. Dazu stehen u.a. die immer noch erheblichen EFRE-Mittel, ESF- und Landeshochschulmittel zur Verfügung. Auch im Rahmen der GA-Mittelvergabe, mit einem mittelständischen Wachstumsfonds (EUR 35 Mio.) und einem Technologiegründerfonds (EUR 60 Mio.) sind entsprechende Akzente gesetzt worden. Angesichts der vielen

⁶⁶ Die statistisch als Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik zusammengefassten Branchen beschäftigten 2006 34.500 Arbeitnehmer (14,7% der Industrie) und trugen mit EUR 7 Mrd. 14% zum Umsatz bei. Siehe Stelzner (2007).

⁶⁷ Sachsen (2009).

⁶⁸ Siehe Auer (2005).



Hochschulen, Unternehmensnetzwerke und Verbundinitiativen⁶⁹ ist die sächsische Szene auch durchaus in einem überdurchschnittlichen Maße zur Selbstorganisation und Umorientierung in der Lage. Gezielte Programme für die strukturschwächeren Regionen kommen hinzu. Darüber hinaus hat Sachsen ebenfalls Maßnahmen ergriffen, die aktuelle Krise abzumildern, etwa durch Bürgschaften für Mittelstandskredite (EUR 300 Mio.) und weitere Finanzierungslösungen. Sachsen hat somit nach Überwindung der Weltrezession mittelfristig gute Perspektiven in der Industrie. Eine Stärkung wissensintensiver Dienstleistungen würde gut zu diesem Profil passen.

Thüringen zwischen Bratwurst und Biotech

Thüringen hat attraktive Standortqualitäten

Die geographische Lage Thüringens bietet zahlreiche *logistische Vorteile*: Die Anbindungen über die Autobahnen A4 (Ost-West), A71 (Nord-Süd) und A9 (Berlin-München) werden ergänzt um eine gute Schieneninfrastruktur und die Nähe zu Regionalflughäfen wie Erfurt bzw. Halle-Leipzig und Großflughäfen wie Frankfurt am Main und Berlin. Im Süden Thüringens gibt es zahlreiche touristische Zentren, die *Ballungsräume* um Erfurt/Weimar/Jena/Ilmenau sind innovative Clusterregionen. Somit besitzt Thüringen nicht nur ein ausgezeichnetes Sach- und Humankapital, sondern auch ein starkes Sozialkapital im Sinne von regionaler Identität und Verwurzelung.

Industrie schrieb zuletzt Erfolgsgeschichte

Es verwundert mithin nicht, dass die volkswirtschaftlichen Kennzahlen der Region in den vergangenen Jahren exzellent waren. Die Dynamik des Standorts wurde von einem *hohen Industrie- und Exportwachstum* getragen. Die überwiegend mittelständisch geprägte thüringische Wirtschaft zeichnet sich durch ein großes Maß an Anpassungsfähigkeit und Innovation aus. Dieser Erfolg schlägt sich auch zunehmend in den Unternehmensbilanzen nieder: Gestiegene Eigenkapitalquoten machen Thüringens *Hidden champions* krisenresistenter. Die *Arbeitslosenquote* liegt bei rund 12% und damit unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Es ist zu erwarten, dass sich durch die weltweite *Wirtschafts- und Finanzkrise* auch in Thüringen Bremsspuren bemerkbar machen. Krisenfestere Branchen wie Ernährung oder Medizintechnik sollten dies abfedern. Die Mischung aus Großunternehmen (z.B. Opel-Standort Eisenach) und vielen kleineren, lokal verwurzelten Unternehmen gibt der Region – von der gegenwärtigen konjunkturellen Sondersituation abgesehen – Beschäftigung und stabile Orientierung. *Staatliche Eigenkapitalhilfen* und frisches externes *Beteiligungskapital* dürften jedoch zunehmend wichtiger werden.

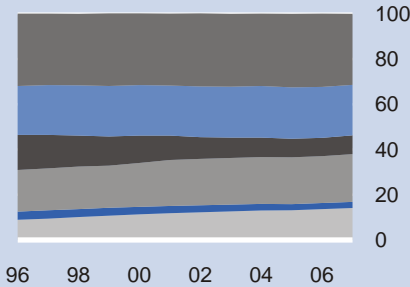
Technologie statt Kosten heißt das Motto

Einhergehend mit dem wirtschaftlichen Erfolg der letzten Jahre entwickelten sich die Unternehmensstrategien zunehmend weg von dem Ziel der *Kostenführerschaft* hin zu einer *Technologieführerschaft*. Die damit verbundenen Notwendigkeiten wie Qualifizierung der Arbeitskräfte und langfristige Investitionssicherheit sind mithin die neuen Aufgaben der thüringischen Wirtschaftspolitik. Mittlerweile gestaltet Thüringen daher seine *Förderpolitik* durch einen größenorientierten Basisfördersatz und einen technologieorientierten Zuschlagsatz. Die Eröffnung des Prüfzentrums für Fahrwerks- und Bremstechnik an der TU Ilmenau und die Erweiterung des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Optik und Feinmechanik (IOF) im Juni 2009 stärkt die thüringischen Cluster weiter.

⁶⁹ Neben dem Automobilbau und dem Maschinenbau sind in den letzten Jahren Bahntechnik, Technische Textilien, Luft- und Raumfahrt sowie Erneuerbare Energie hinzugekommen.

Erwerbstätige am Arbeitsmarkt Thüringen

1996-2007, in % aller Wirtschaftsbereiche



- Öffentliche und private Dienstleister
- Handel, Gastgewerbe, Verkehr
- Baugewerbe
- Produzierendes Gewerbe
- Land- und Forstwirtschaft; Fischerei

Quellen: Finanzministerium Thüringen (2008);
Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit des
Landes Thüringen (2008)

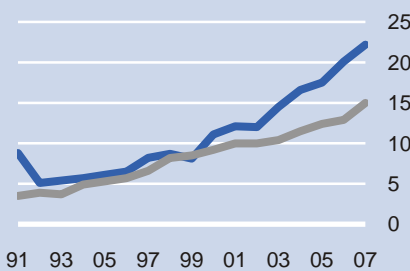
26

Gegenüber 1995 ist in Thüringen das BIP je Einwohner mit 42,1% deutlich stärker gewachsen als in den gesamten neuen Ländern (+36,3%) bzw. im früheren Bundesgebiet (+22,4%). Ein Teil dieser Entwicklung kann auch auf die demografischen Veränderungen und die in der Vergangenheit starke Abwanderung zurückgeführt werden. Dennoch weisen die Arbeitsplätze zunehmend höhere Wertschöpfungsanteile auf. Betrachtet man die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem, das Entgelt je Arbeitnehmer und die Lohnstückkosten in Relation zu den gesamtdeutschen Werten, so sind einige Branchen in ihrer Kostenstruktur bereits auf Augenhöhe.

Die unterdurchschnittlichen Lohnkosten im *Produzierenden Gewerbe* erklären einen Gutteil der starken Entwicklung dieser Wirtschaftsbereiche in den vergangenen Jahren. Zudem scheint unter dem Gesichtspunkt der bereits oben angesprochenen Angleichung der Lebensverhältnisse der wirtschaftspolitische Weg hin zur *Technologieführerschaft* der einzig gangbare. Wegen der fast typischen Knappheit bei den sogenannten *MINT-Berufen*⁷⁰ wird für Thüringen insbesondere in technischen Berufen der Branchen Maschinenbau, Metall und Gesundheit *Fachkräftemangel* erwartet. Begründet liegt dies in oftmals ungünstigen Altersstrukturen von Belegschaften, in einer zunehmenden Humankapitalintensität der Produktion und in regionalen Disparitäten (Stichwort: Clusternähe⁷¹). Fachkräftemangel aufgrund von Kapazitätserweiterungen ist kurzfristig nicht zu erwarten, wird aber – bei Fortschreibung der positiven Entwicklungen der letzten Jahre – wieder relevanter werden.⁷²

Importe und Exporte seit 1991

In % des BIP

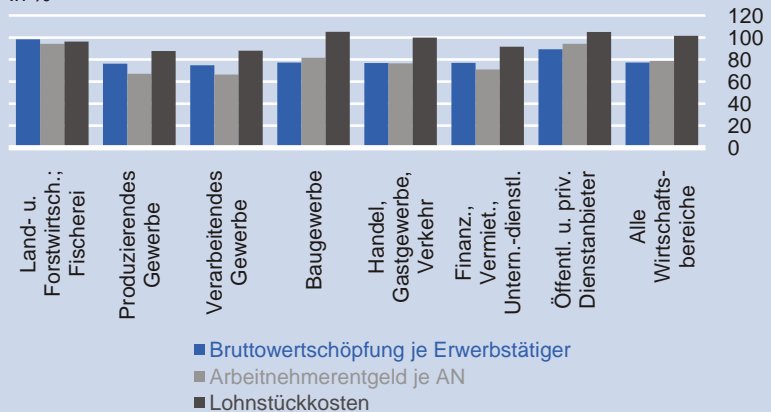


Quellen: Berechnung DB Research; Ministerium für
Wirtschaft, Technologie und Arbeit des Landes
Thüringen, 2008; Landesentwicklungsanstalt, 2008

28

Thüringische Arbeit in Relation zu Gesamtdeutschland

In %



Quellen: Berechnungen Deutsche Bank Research; Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit des Landes Thüringen (2008)

27

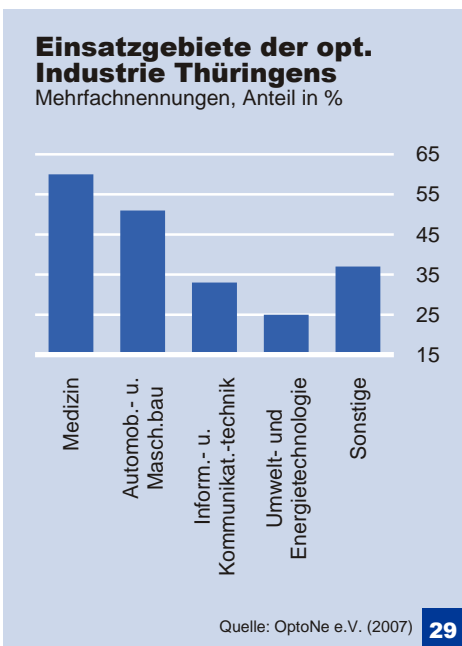
Der konjunkturelle Zuwachs des Verarbeitenden Gewerbes ließ den Anteil an der Bruttowertschöpfung auf 23,7% steigen. Damit ist Thüringen in den neuen Ländern Spitze und hat fast den westdeutschen Durchschnittswert erreicht.⁷³ Auch hinsichtlich der Beschäftigungsstruktur hat das Verarbeitende Gewerbe eine hohe Bedeutung. Während *Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und öffentliche und private Dienstleister* weitgehend stabil blieben, konnten sich die

⁷⁰ Vgl. Meyer (2008).

⁷¹ Diese sind in Thüringen verhältnismäßig groß. So rangieren zahlreiche thüringische Regionen in einem Dynamik-Ranking im oberen Drittel; unter den fünf Schlusslichter-Regionen sind jedoch drei aus Thüringen. Vgl. Günther (2009).

⁷² Vgl. Trocka und Sunder (2009).

⁷³ Vgl. Finanzministerium Thüringen (2008).



Unternehmensdienstleister und das *Produzierende Gewerbe* deutlich nach vorn bringen. Absolut gesehen bewegen sich die Gesamtbeschäftigtenzahlen noch erheblich unter dem Vorwendeniveau; gerade jedoch das Produzierende Gewerbe und die Unternehmensdienstleister legen zu. Die weltweite Wirtschaftskrise dürfte das Produzierende Gewerbe direkt, und die unternehmensnahen Dienstleistungen indirekt negativ treffen. *Handel, Gastgewerbe, Verkehr* erwiesen sich in den vergangenen 15 Jahren als relativ stabil. Die Arbeitslosenquote ist seit einigen Jahren besser als der ostdeutsche Durchschnitt. In Cluster-Regionen sind einstellige Quoten keine Seltenheit, sodass es bisweilen zu Engpässen bei qualifizierten Arbeitnehmern kommen kann. Thüringen bemüht sich, durch gute *Schüler-Lehrer-Relationen* im Schulbereich (13,4 Schüler auf einen Lehrer; Bundesdurchschnitt: 18) dem zu begegnen. Das *Ganztagangebot der Kinderbetreuung* – für 30,4% der Kinder von 0 bis 3 Jahren werden Plätze bereitgestellt; im Bundesdurchschnitt sind dies nur 5,9% – ermöglicht nahezu genauso vielen Frauen wie Männern, erwerbstätig zu sein (insgesamt gut 1 Mio., davon Frauen: 45,3%; Männer 54,7%).⁷⁴ Offensichtlich arbeiten die Frauen in konjunkturstabileren Branchen; in jedem Fall sind sie zuletzt nicht so stark von Arbeitslosigkeit betroffen. In Kurzarbeit sind derzeit jedoch lediglich gut 12.000 Personen.⁷⁵

Die Exportquote ist seit dem Jahr 2000 stark angestiegen. In einzelnen Branchen des Produzierenden Gewerbes werden bis zu 60% exportiert. Zudem spielt die Einbindung in den europäischen Binnenmarkt eine wichtige Rolle. Frankreich und Italien rangieren noch vor den USA im Außenhandel; nach China wird nur in geringfügigem Umfang exportiert.

TH: Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren

	2000	2006
Beschäftigte	7.649	9.125
Betriebe	84	113
Umsatz (EUR Mio.)	927,7	1.425,4
Auslandsumsatz (EUR Mio.)	385,9	684,1
Exportquote (%)	41,6	48
Umsatz/Beschäftigte EUR Tsd.	121,3	156,2

Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (2008) **30**

Optik – eine Querschnittstechnologie für die Zukunft. Mit dem Optik-Cluster um international bekannte und erfolgreiche Firmen wie Carl Zeiss Jena und Jenoptik kann Thüringen auf eine lange Tradition in diesem Bereich zurückblicken und ist Standort einer *Querschnittstechnologie*, die in zahlreichen anderen Branchen ihre Anwendung findet. Die Friedrich-Schiller-Universität⁷⁶ in Jena und die TU Ilmenau genießen einen weltweit guten Ruf. Beide Universitäten sind über institutsspezifische Forschung stark an den industriellen Bedürfnissen ausgerichtet. Ergänzt wird diese *Forschungs- und Anwendungskompetenz* durch das Fraunhofer-Institut für angewandte Optik und Feinmechanik. Um den Fachkräftebedarf zu decken, arbeiten Unternehmen und Forschung in den Bereichen *Facharbeiter-Ausbildung, akademische Ausbildung und langfristige Weiterbildung* sehr eng zusammen. Das mittelständisch geprägte Cluster Optik exportiert nahezu 60% seiner Produktion.⁷⁷ Eng verwoben ist die **Medizintechnik**, die sich zu einem wichtigen und stabilen Zukunftssektor für die Region entwickelt hat. Das Ineinandergreifen dieser beiden Cluster ermöglicht regionale, branchenübergreifende Forschungsk Kooperationen – mithin der zentrale Vorteil voll funktionsfähiger Cluster.

Die statistische Abgrenzung der Cluster voneinander ist nicht immer eindeutig, daher wird an dieser Stelle auf die Branchen-Statistik des Landes Thüringen zurückgegriffen. Der Umsatzanteil an der Thüringer Industrie mit knapp 6% und der Beschäftigtenanteil mit gut 6%

⁷⁴ Vgl. Landesentwicklungsanstalt (2008).

⁷⁵ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (2009).

⁷⁶ Beispielhaft sei hier die langjährige, erfolgreiche Teilnahme am Innovationswettbewerb zur Förderung der Medizintechnik genannt. Vgl. <http://www.uni-jena.de/>.

⁷⁷ Vgl. Landesentwicklungsanstalt (2008a).

TH: Rundfunk- und Nachrichtentechnik

	2000	2006
Beschäftigte	4.441	4.699
Betriebe	42,0	43,0
Umsatz (EUR Mio.)	629,5	812,2
Auslandsumsatz (EUR Mio.)	222,6	358,0
Exportquote (%)	35,4	44,1
Umsatz/Beschäftigte EUR Tsd.	141,8	172,8

Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (2008)

31

sind quantitativ eher vernachlässigbar, unter qualitativen Aspekten wie hohe Wertschöpfung der Arbeitsplätze und Signalwirkung für Investoren jedoch nicht hoch genug einzuschätzen.

Als herausragend ist insbesondere die Entwicklung der Exportquote der Sparte zu bezeichnen. Thüringen hat mit den bezeichneten Branchen einige versteckte Weltmarktführer, die es sich leisten können, aufgrund ihrer hohen Produktivität gute Löhne zu zahlen. Zuletzt ging der rasante Produktivitätsfortschritt einher mit zunehmendem Beschäftigungsaufbau.

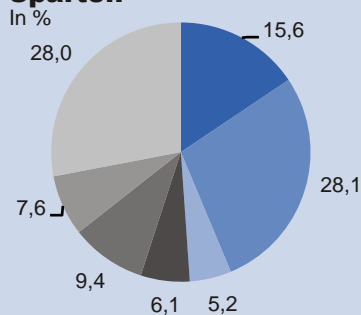
Biotechnologie – forschungsintensives Fragezeichen. In Thüringen ist sowohl die *Rote* (Medizin und Pharmazie), die *Weißer* (biotechnologische Produkte und Industrieprozesse) als auch die *Grüne Biotechnologie* (Agrar und Pflanzenzucht) beheimatet. Gerade in Verbindung zu dem Cluster Medizintechnik ergeben sich hervorragende Kooperationsmöglichkeiten. Der in 1996 gegründete Zusammenschluss von Unternehmen zur *BioRegio Jena e.V.* ist recht erfolgreich. Neben den größeren Unternehmen wie Carl Zeiss Meditec AG oder Analytik Jena AG sind es vor allem die kleinen Firmen, die im Life-Science-Bereich sehr dynamisch wachsen und die die Grundlage dieses erfolgreichen Prozesses sind. Rund 1.000 Arbeitsplätze entstanden in den letzten Jahren. Die recht hohe *Kapitalintensität* und die Abhängigkeit von der nationalen Gesetzgebung und „veröffentlichten“ *Meinung zur Gentechnik* bremsen die weitere Entwicklung.

Solarindustrie – hell und leuchtend. Innerhalb des Technologiedreiecks Erfurt-Jena-Ilmenau haben sich zahlreiche Solarfirmen angesiedelt, die zu den Spitzenreitern des *SolarValley Deutschland* gezählt werden können. Die Konzentration auf Spitzentechnologie und Innovationsführerschaft von Unternehmen wie ersol Solar Energy, SCHOTT Solar und PV Crystalox machen die Sonderstellung der thüringischen Solarbranche aus. Ein wesentlicher Grund für diesen Erfolg ist nicht zuletzt die *Fertigungstiefe der Unternehmen*: von Forschung bis Produktion und Vertrieb. Dadurch ist der Standort nicht nur als Wissenschaftscluster interessant, sondern auch für den Maschinenbau. So arbeiten Solarpanelhersteller und Solar-Maschinenproduzenten in Forschung und Entwicklung Hand in Hand. So verwundert es auch nicht, dass sowohl kristalline Technologien als auch Dünnschichttechnologien erfolgreich angewandt und weiterentwickelt werden können. Im Frühjahr 2010 wird in Erfurt mit dem *Kompetenzzentrum für Hochtechnologie und Solarindustrie* das deutschlandweit erste Zentrum zur Fachkräfteausbildung für Solarwirtschaft, Mikro- und Nanotechnologie eingerichtet werden.

Statistisch findet sich die Solarindustrie in der Branche *Rundfunk und Nachrichtentechnik* wieder. Die Beschäftigtenentwicklung geht zu einem Großteil auf den Erfolg der Solarunternehmen zurück. So sind von den knapp 4.700 Arbeitnehmern rund 66% mit der Herstellung von elektronischen Bauelementen beschäftigt, was sich auch indirekt an der überproportional gestiegenen Produktivität ablesen lässt.

Maschinenbau – aus Erfahrung gut. Der Maschinenbau hat eine lange Tradition in Thüringen. Die zentrale Lage und gute Infrastrukturanbindung begünstigen den Export; die unterschiedlichen Cluster fördern *Innovation* und *Spezialmaschinenbau*. Das Spektrum der Produktionssparten ist sehr breit (vor allem auch Maschinenbau für den Bergbau, Elektronik und Optik) und sehr fertigungstief. So werden in Thüringen vornehmlich von mittelständisch geprägten Unternehmen Spezialmaschinen und Präzisionsteile gefertigt. Diese Ent-

TH: Beschäftigte nach Sparten



- Werkzeugmaschinen für Metallbearbeitung
- Maschinen für best. Wirtschaftszweige
- Lager, Getriebe, Zahnräder, Antriebselemente
- Kälte- und lufttechnische Erzeugnisse
- Hebezeugen und Fördermittel
- Pumpen und Kompressoren
- Übrige

Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (2008)

32

TH: Herstellung von Metallerzeugnissen

	2000	2006
Beschäftigte	15.658	21.578
Betriebe	265	314
Umsatz (EUR Mio.)	1.537	2.894,9
Auslandsumsatz (EUR Mio.)	245,9	665,5
Exportquote (%)	16	23
Umsatz/Beschäftigte	98,1	134,1

Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (2008)

33

wicklung spiegelt sich auch in den Beschäftigtenzahlen wider: Seit 1995 blieben die absoluten Zahlen in etwa konstant bei knapp 15.000 Arbeitsplätzen, wobei sich die Produktivität nahezu verdoppelte, sodass die Exportquote von 22% auf etwa 29% steigen und sich der Gesamtumsatz der Branche verdoppeln konnte. Hauptabatzmärkte sind Europa und Asien.⁷⁸

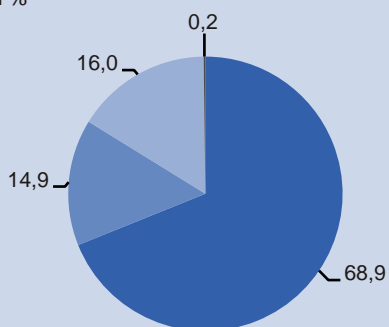
Die Herstellung von Metallerzeugnissen ist weniger durch einen großen Internationalisierungsgrad gekennzeichnet. Nichtsdestotrotz erweisen sich die Unternehmen oftmals als Spezial- oder Nischenanbieter. Gut 10% der knapp 22.000 Arbeitnehmer der Branche (Platz 1 in Thüringen) sind in der Oberflächenveredelung und Wärmebehandlung beschäftigt. Für die Ausbildung der Fachkräfte ergeben sich in diesen Metall verarbeitenden Berufen zahlreiche fachliche Überschneidungen: durch *Ausbildungsverbände* und abgestimmte Studiengänge gelingt Thüringen hier ein attraktives Bildungsangebot. Die **Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren** ist eine weitere in Thüringen ansässige Spitzentechnologie. Die Exportquote stieg von 5,8% in 1995 auf außerordentlich gute 30,6% in 2006. Damit gehört die Branche zu den *Wachstumstreibern* in Thüringen. Die enge Verflechtung zu Fahrzeug- und Maschinenbau, Medizintechnik und Bauindustrie unterstreicht die hohe Bedeutung.

Da der Maschinenbau (rund 10%), die Herstellung von Metallerzeugnissen (knapp 15%) und die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (knapp 10%) ein gutes Drittel der Industriearbeitsplätze in Thüringen bereitstellen, ist die Entwicklung dieser Vorleistungsbranchen ein guter *Gradmesser für die Leistungsfähigkeit Thüringens nach der Wirtschaftskrise*.

Automobil – von der Krise nicht ausbremsen lassen. Das Automobilnetzwerk in Thüringen zählt – Zulieferbranche eingerechnet – etwa 450 Unternehmen mit rund 45.000 Arbeitsplätzen; darunter fallen Großbetriebe mit mehr als 2.000 Beschäftigten, aber auch kleinere, sehr flexibel arbeitende Unternehmen mit wenig mehr als 10 Angestellten. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-teilen waren 2006 knapp 12.000 Arbeitskräfte beschäftigt. Die hohe *Produktivität* der Branche (TEUR 267,5 je AN) ist auf einen sehr großen Anteil von hochqualifizierten Facharbeitern zurückzuführen. Bei Forschung & Entwicklung in dieser Branche besteht aber noch Nachholpotenzial. Der traditionell hohe *Exportanteil* in der Automobilbranche (in Thüringen gut 45%) und der hohe Kapitalbedarf je Arbeitsplatz könnten in der gegenwärtigen Krise eher bremsen. Wann Thüringen den Turbo der letzten Jahre wieder zünden kann, hängt also nicht zuletzt auch von den *Automotives* ab.

Ernährungswirtschaft – essen geht immer. Diese Branche ist das traditionelle Gegenstück zu den *Innovationsclustern der Denkfabrik Thüringen*. Dennoch passt sie gut in die Strategie des Landes hinein: das Qualitätssiegel *Geprüfte Qualität – Thüringen* ist weithin bekannt. Die 18.000 Beschäftigten dieser Branche haben einen Anteil von einem Achtel der Industriearbeitsplätze, was etwas mehr als der bundesdeutsche Durchschnittswert ist. Die hohe Produktivität der Branche ging einher mit einem starken Beschäftigungsaufbau seit 1995. Das Umsatzwachstum der letzten Jahre wurde vornehmlich über den Export erreicht. Zwar liegt das Absatzgebiet weiterhin überwiegend in den neuen Bundesländern, doch offensichtlich zeigt die Steigerung des Auslandsumsatzes um fast 60% in 2006, dass *Thüringer Rostbratwurst, Köstritzer Schwarzbier* und

Erwerbstätige in Thüringen nach Qualifikation
in %

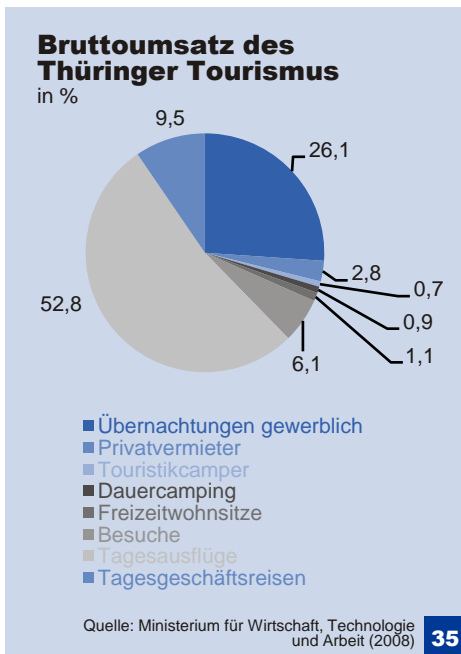


- Facharbeiter
- Fachschule, Meister, Techniker
- Universität, FH
- Ohne Ausbildung

Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (2008)

34

⁷⁸ Ostdeutscher Bankenverband e.V. (2009).



Filichen auch zunehmend jenseits des Rennsteigs auf große geschmackliche Gegenliebe stoßen.

Dienstleistungen – nah am Menschen, nah am Unternehmen.

Der *Tourismus* spielt sowohl für die Darstellung Thüringens nach außen als auch als realer Wirtschaftsfaktor in Thüringen eine große Rolle. Überwiegend *Tagesausflügler*, aber auch zunehmend gewerbliche Übernachtungen prägen das Bild der Branche, die in 2005 rund EUR 2,7 Mrd. umgesetzt hat. Der bundesweite Trend zu kurzfristigen und kurzen Städtetrips setzte sich auch in Thüringen durch. Orte wie Weimar und Eisenach haben sich auf der deutschen Kulturlandkarte etabliert; Wanderregionen wie etwa der Rennsteig sind bekannt, aber durchaus noch entwicklungsfähig. Hier bieten sich Thüringen gerade im höheren preislichen Segment mit *Wellnessangeboten* gute Chancen.

Der *Handel* trägt zu 16% zur Bruttowertschöpfung in Thüringen bei – dies jedoch verhältnismäßig konstant seit 16 Jahren. Insgesamt lässt sich auch in Thüringen die Entwicklung des Dienstleistungssektors als ausbaufähig bezeichnen. Dies liegt an der traditionellen Dominanz der *öffentlichen und privaten Dienstleister* (Verwaltung, Sport/ Kultur, Gesundheit, Sozialwesen). Unternehmensnahe Dienstleistungen sind zunehmend auf dem Vormarsch – vornehmlich Grundstücks- und Wohnungswesen. Seit 2002 entwickeln sich auf den Gebieten der IT-Beratung, Rechts- und Steuerberater und Personalvermittler einige interessante Impulsgeber.⁷⁹ Dennoch begrenzt die kleinteilige Wirtschaftsstruktur Thüringens das weitere Wachstum. So entfielen von den gut 10.000 Selbstständigen in *Freien Berufen* knapp 60% auf Heilberufe und lediglich 18% auf freie wirtschafts- und steuerberatende Berufe. Das aktuelle Bild wird möglicherweise etwas verzerrt, da viele Büros den konjunkturellen Arbeitsmehraufwand durch freie Mitarbeiter- und Praktikantenverträge aufgefangen haben.⁸⁰

Öffentliche Finanzen: strukturelle Konsolidierungspläne konjunkturell konterkariert

Den Haushalten aller neuen Länder ist grundsätzlich zu konstatieren, dass die strukturellen Probleme erkannt wurden und den fiskalischen Anpassungserfordernissen deutlich Rechnung getragen wird. Langfristige Projektionen ergänzen die übliche *Mittelfristige Finanzplanung* der Finanzministerien. So sind für die Einnahmen relevante Regelungen wie das Auslaufen der Solidarpaktmittel rechtzeitig identifiziert. Zukünftige Zahlungsverpflichtungen wie Pensionslasten werden schrittweise in die „Gegenwart gebucht“ und dienen daher – auch für die Haushalte der alten Länder – als gute Orientierungspunkte für eine transparente und generationengerechte Finanzpolitik. Indes, die fiskalischen Verwerfungen der weltweiten Wirtschaftskrise dürften auch an den Bilanzen der neuen Länder nicht spurlos vorüber gehen.

Fiskalische Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als Auftrag. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein föderal organisierter Staat, dessen unterschiedliche Ebenen mit eigenständigen Rechten und Pflichten ausgestattet sind. Zur Erfüllung ihrer durch Grundgesetz und Bundesgesetz auferlegten Aufgaben müssen die Länder über unabhängige und ausreichende Finanzmittel verfügen. Diesen Notwendigkeiten dient der bundesstaatliche Finanzausgleich.

Langfristige Finanzpolitik in neuen Ländern gut verankert

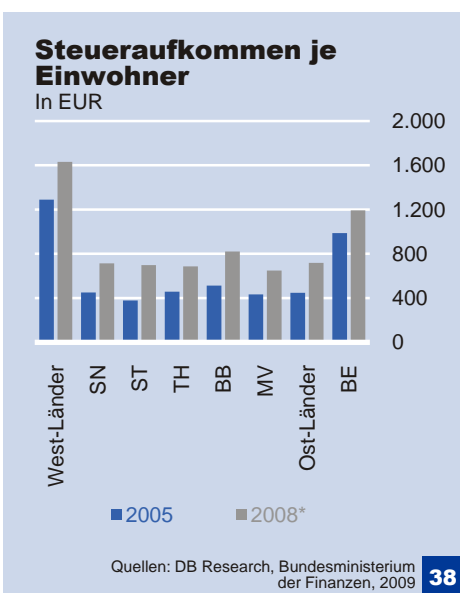
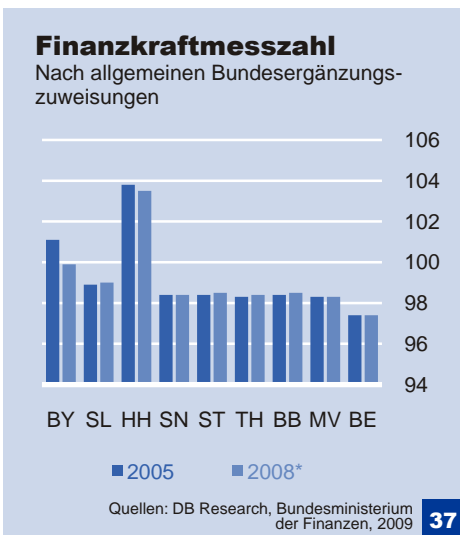
Bundesstaatlicher Finanzausgleich

Finanzkraft je Einw ohner in % der durchschnittl. Finanzkraft je Einwohner	Finanzkraft je Einwohner nach Länderfinanzausgleich	Finanzkraft je Einw ohner nach Länderfinanzausgleich und allg. Bundesergänzungszuweisungen
70	91	97,5
80	93,5	98
90	96	98,5
100	100	
110	104	
120	106,5	
130	109	

Quelle: Bundesfinanzministerium, 2009 **36**

⁷⁹ Vgl. Ostdeutscher Bankenverband (2008).

⁸⁰ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (2008).



Das mehrstufige Verfahren des Ausgleichs der Finanzkraft hat als elementare (Neben-)Wirkung eine fast vollständige Nivellierung der fiskalischen Leistungskraft zur Folge, was Anreize zur Haushaltskonsolidierung entgegen steht.⁸¹

Die neuen Bundesländer sind seit 1995 in diesen Finanzausgleich integriert. Teilungsbedingten Sonderlasten – im Wesentlichen Defizite in der Infrastrukturausstattung – soll durch Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) Rechnung getragen werden. Die Solidarpaktmittel sind somit derzeit ein existenzieller Bestandteil der Haushalte der neuen Länder.⁸² Die Vorteile dieses Instruments liegen vor allem in der freien Verwendung der Mittel (keine explizite Zweckbindung) und im „Nachlaufen“ nach dem Länderfinanzausgleich. Die degressive Ausgestaltung im Rahmen des Solidarpakts II bis zum Jahr 2020 impliziert weniger eine zunehmende fiskalische Eigenständigkeit der neuen Länder als das Ziel, bis dahin alle nachzuholenden Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt zu haben.⁸³ Die Frage der Eigenständigkeit strukturschwacher Regionen mit teilweise stark unterdurchschnittlicher Finanzkraft wird generell für Gesamtdeutschland zunehmende Bedeutung erlangen.

Finanzkraft der neuen Länder: nachhaltige Stabilisierung möglich? Das Steueraufkommen je Einwohner in den neuen Bundesländern ist im Beobachtungszeitraum sowohl absolut als auch relativ zu den Werten in westlichen Bundesländern gestiegen. Dies spricht für eine gestiegene Qualität der Arbeitsplätze und stabilere Unternehmensstrukturen in den östlichen Flächenländern. Allerdings ist dieser Trend zu einem Teil auf die günstige konjunkturelle Entwicklung der vergangenen Jahre zurückzuführen. Zudem wirkt in diesem Fall die Abwanderung von (qualifizierten) Arbeitskräften in zwei Richtungen. Zum einen steigt aufgrund des Basiseffekts bei Abwanderung (potenziell) Arbeitssuchender automatisch das Steueraufkommen je Einwohner; zum anderen begrenzt eben dieser Brain drain das Entstehen zusätzlicher Qualitätsarbeitsplätze. Die Nettoeffekte sind nur schwer quantifizierbar, wie auch die Entwicklung Berlins zeigt: ein großer Bevölkerungsaustausch bei geringen Steueraufkommenszuwächsen je Einwohner. In den Zahlen spiegelt sich in jedem Fall jedoch ein prinzipieller Nachteil strukturschwacher Regionen wider: Wegen der geringen Anzahl von Zentralen von Großunternehmen entstehen Hocheinkommens-Jobs in Freien Berufen wie dem Anwalts- oder Notarwesen nur zögerlich. Unter dieser Entwicklung haben jedoch ländliche oder strukturschwache Regionen generell zu leiden. So sind die Werte für Bundesländer wie Schleswig-Holstein oder das Saarland zwar in absoluten Zahlen besser; die Tendenz ist jedoch eine ähnliche.⁸⁴

Vordergründig scheinen die West-Länder die Ost-Länder beim Umsatzsteuervorausgleich zu alimentieren. Das gestiegene Volumen der Transferzahlungen lässt sich aber im Wesentlichen auf die absolute Steigerung des Umsatzsteueraufkommens nach 2003 zurückführen. Erkennbar sind auch in diesem Fall zudem demografische Verwerfungen, unter denen die ostdeutschen Flächenländer zunehmend leiden.⁸⁵ Berlin gewinnt, etwa wegen der stabilen Bevölke-

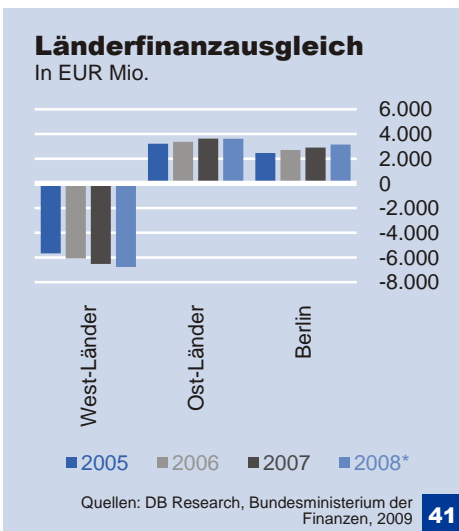
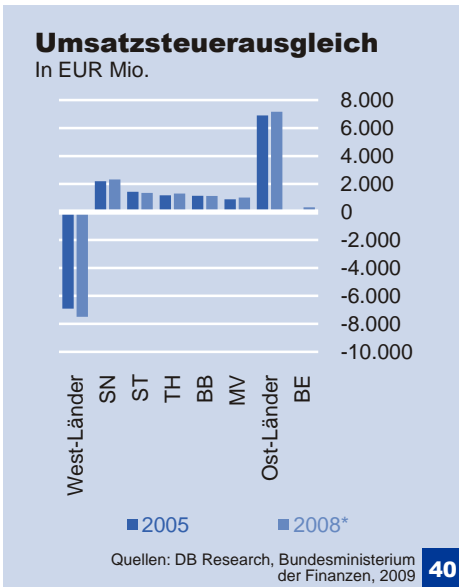
⁸¹ Vgl. DB Research (2004; 2006).

⁸² Vgl. Seitz (2008).

⁸³ Vgl. § 11 Abs. 3 Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, wonach die neuen Länder in den Fortschrittsberichten „Aufbau Ost“ darüber Dokumentation leisten.

⁸⁴ Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2009).

⁸⁵ So wird etwa der Länderanteil der Umsatzsteuer zu mindestens 75% nach der Einwohnerzahl verteilt, vgl. Bundesministerium der Finanzen (2008).



rungszahl, zunehmend bei dieser Stufe des Finanzausgleichs. Den bundesstaatlichen Finanzausgleich neu zu regeln, ist auch deshalb eine dringende Notwendigkeit.

Die verbesserte Situation der Landeshaushalte lässt sich auch an der Erholung der absoluten Finanzkraft bemessen. Diese hat sich seit 2003/4 kontinuierlich verbessert, liegt jedoch relativ zu den West-Ländern mit gut 16% noch unter den Werten der 1990er Jahre (um die 17%). Zurückzuführen ist dies auf den – durch die Finanztransfers verlangsamten – wirtschaftlichen Strukturwandel in den neuen Ländern. Noch deutlicher ist hier ein Blick auf das Steueraufkommen pro Einwohner in Relation Ost zu West: Im Jahr 2008 ist mit 44% der Wert von 1995 (43%) erstmals wieder leicht übertroffen.⁸⁶ Neben konjunkturellen Gründen spricht dies für eine zunehmende Qualität und Nachhaltigkeit der Wirtschaftsstrukturen und Steuerbasis in den neuen Bundesländern.

Die „neue Kraft“ der östlichen Flächenländer wird auch durch die Zahlen des *horizontalen Länderfinanzausgleichs* belegt. Dieser wird immer stärker von Berlin „dominiert“. Aber auch westdeutsche Flächenländer wie Rheinland-Pfalz entwickeln sich zunehmend zu dauerhaften Netto-Empfängern, was wiederum den Betrachtungswinkel von reinen Ost-West-Fragen auf grundlegende regionalpolitische Probleme erweitert.

Wenig überraschend wird das Bild der Bundesergänzungszuweisungen von den neuen Bundesländern plus Berlin geprägt. Hier sind es im Wesentlichen die SoBEZ für die neuen Länder, die bis 2020 auslaufen. Die Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (Allg. BEZ), die explizit zum Ausgleich unterdurchschnittlicher Finanzkraft herangezogen werden, und die Sonderbedarf-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) für politische Führung und strukturelle Arbeitslosigkeit, die vornehmlich zum Ausgleich der Fixkosten der Verwaltung in kleineren Bundesländern und der Kostenübernahme bei der Systemumstellung bei Arbeitslosengeld II⁸⁷ eingesetzt werden, sind grundsätzlich keine typischen Strukturmerkmale der ostdeutschen Länderhaushalte. In der Praxis finden sie dort jedoch eine überdurchschnittliche Verwendung.

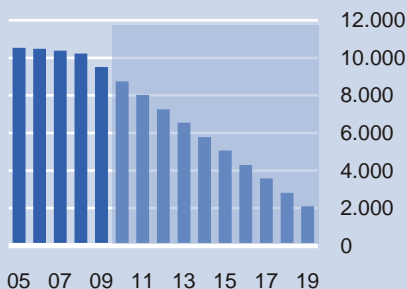
Langfristige Projektion: Handlungsbedarfe der Haushalte sind erkannt. Trotz erfolgreicher Konsolidierungsbemühungen einiger Bundesländer sind für die neuen Länder noch zahlreiche Schritte für eine eigenständige und nachhaltige Finanzierung ihrer Ausgabenbedarfe zu gehen. Die Umschichtungen über den Länderfinanzausgleich und die Ergänzungszuweisungen des Bundes sind derzeit unverzichtbar. Die Mechanismen des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems zeigen jedoch auch, dass sich zunehmend nicht mehr nur mit einem Ost-West-Unterschied argumentieren lässt, sondern dass sich innerhalb Deutschlands Bundesländer mit unterschiedlichem Anteil strukturschwacher Gebiete identifizieren lassen. Diese strukturschwachen Regionen leiden oftmals unter abwanderungsbedingten Lasten, die sowohl die eigene Steuerbasis sowie die Umverteilungswirkung der Umsatzsteuer betreffen. Möglicher-

⁸⁶ Berechnungen DB Research auf Basis des Bundesministeriums für Finanzen (2009).

⁸⁷ Die Fragen um die SoBEZ für strukturelle Arbeitslosigkeit werden in 2010 neu verhandelt. Vgl. Bundesministerium für Finanzen (2008).

Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisung

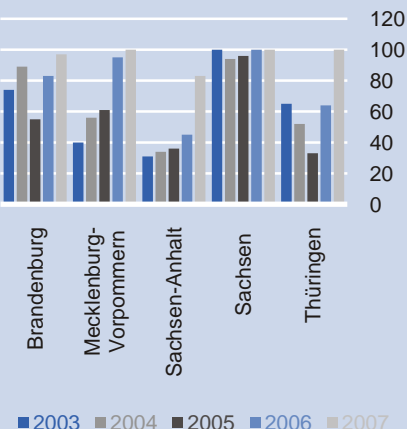
Auslaufen bis 2019 in EUR Mio.



Quelle: Gesetz über den Finanzausgleich zw. Bund und Ländern, Stand: 29.12.2008

43

Nachweisquoten der neuen Länder im Zeitverlauf

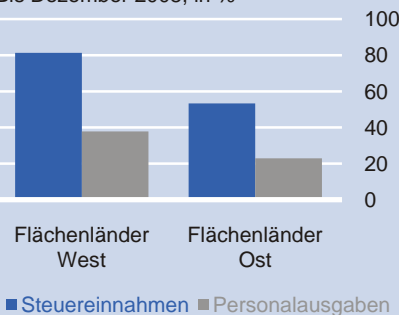


Quellen: DB Research, IW Halle, 2009c

44

Einnahmen und Ausgaben der Länder

Bis Dezember 2008, in %



Quellen: DB Research, Bundesministerium der Finanzen, 2009a

45

weise sind die entsprechenden Landeshaushalte daher dauerhaft strukturell benachteiligt.⁸⁸

Auslaufen der Solidarpaktmittel: Abhilfe nur über die Ausgabenseite möglich. Bis 2019 laufen die Finanzmittel aus dem Solidarpakt II aus. Die Mittel aus Korb I (SoBEZ neue Länder) werden sich im Jahr 2020 auf „Null“ befinden. Dies gilt auch für Korb II, der sich u.a. aus der Gemeinschaftsaufgabe, Investitionszulage und EU-Strukturmitteln speist und ab 2010 degressiv ausläuft.⁸⁹ Steigende Nachweisquoten der Mittelverwendung werden in idealtypischer Weise für die Beurteilung einer verbesserten Eigenständigkeit der öffentlichen Haushalte herangezogen, was mittelfristig ein Sinken der Solidarpaktmittel impliziert. Tatsächlich konnten sämtliche neuen Länder die Werte auf (nahezu) 100% steigern.⁹⁰ Die steigenden Nachweisquoten gingen einher mit einer raschen Konsolidierung der Landeshaushalte. So konnten – auf den ersten Blick widersprüchlich – in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 die fünf neuen Länder mit einem Überschuss abschließen.⁹¹ Daraus sollte jedoch nicht der Schluss gezogen werden, die Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen wären für die Stabilität der Landeshaushalte überflüssig. Vielmehr empfiehlt es sich zusätzlich, „neutralere“ Kennziffern wie Steuerquote, Investitionsquote und Personalausgaben je Einwohner heranzuziehen.

Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“: Politik der Goldenen Zügel. Die Verwendung der Mittel aus dem *Investitions- und Tilgungsfonds*⁹² des Konjunkturpakets steht unter der Prämisse der „Zusätzlichkeit“, d.h. die mit dem Fonds geförderten Investitionen dürfen ohnehin geplante Vorhaben nicht ersetzen. Setzt man die Förderbeträge der Länder in Relation zu deren Finanzkraft, so schneiden die Stadtstaaten gegenüber den Flächenländern tendenziell ungünstiger ab. Überdurchschnittlich profitieren die ostdeutschen Länder von den Mitteln. Lediglich das Saarland erhält Mittel signifikant über dem Durchschnitt von 4%. Das gesamte Volumen von rund EUR 10 Mrd. soll zu 30% durch Kommunen kofinanziert werden. Finanzschwache Kommunen sind von den jeweiligen Ländern zu unterstützen. Da in den neuen Ländern der Anteil finanzschwacher Kommunen höher als im Westen liegt, tendieren die Landesfinanzminister auch zu einer großzügigen Unterstützung der Städte und Gemeinden durch Landesmittel.

Unbestritten ist es sinnvoll, das Programm an die kommunale Investitionstätigkeit zu koppeln. Es erinnert jedoch stark an die *Politik der Goldenen Zügel* zum Ende der 1960er und 1970er Jahre, in denen – vereinfacht gesagt – jede Kommune ihr Hallenbad erhielt. Es bleibt abzuwarten, welche fiskalischen Wirkungen aus den Investitionen für die Länder, Städte und Gemeinden zukünftig erwachsen. Wahrscheinlich ist jedoch, dass der Charakter der *Zusätzlichkeit der Investition* nicht stringent durchgehalten werden kann. Eine Folge daraus könnten mittelfristig wieder fallende Nachweisquoten der neuen Länder für die Solidarpaktmittel sein. Die Entwicklung der

⁸⁸ Strukturschwache Regionen sind die Medaillenseite der Clusterpolitik. Die politische Diskussion darüber wird zunehmen, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (2009).

⁸⁹ Der Korb II umfasst bis 2019 rund 51 Mrd. Euro, wobei 29,1 Mrd. Euro bereits für den Finanzplanungszeitraum 2005-2010 veranschlagt worden sind, vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2006).

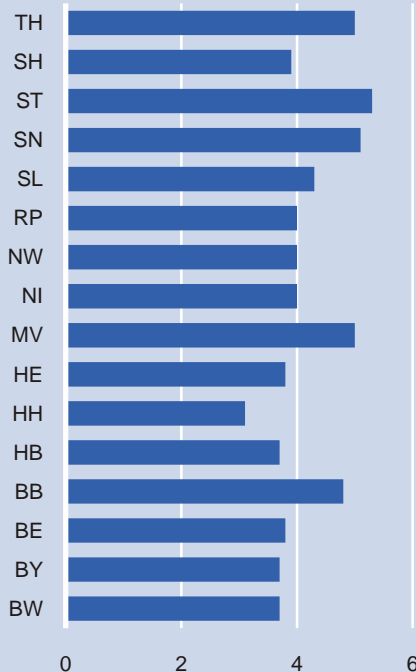
⁹⁰ Zur Legitimität der Nachweisquoten als Indiz für die investive Verwendung. Vgl. IWH (2009) und Ragnitz (2007).

⁹¹ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2009a).

⁹² Vgl. Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, 2009.

Förderbeträge des Bundes für Länder und Gemeinden

%, in Relation zur Finanzkraft nach LFA

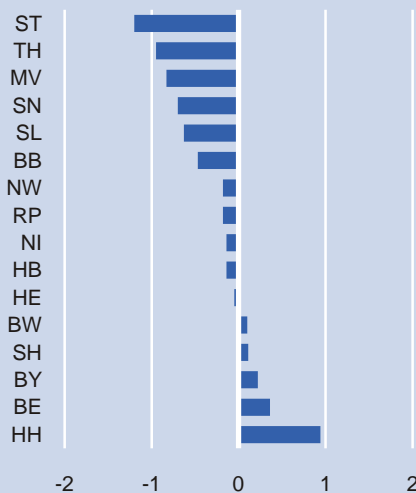


Quellen: DB Research, Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, 2009

46

Relative Bevölkerungsveränderung 2007 gg. 2006

In %



Quelle: Fortschrittsbericht des Landes Berlin für das Jahr 2007, 2008

47

Länderhaushalte am aktuellen Rand lässt wenig Gutes erahnen: Im konsolidierten Vergleich der Flächenländer bis April 2009 gegenüber dem Vorjahr entwickeln sich die ostdeutschen Landeshaushalte äußerst ungünstig. Die steigenden Defizite der Haushalte werden derzeit vor allem durch sinkende Bauausgaben gebremst. Dieser Posten sollte eigentlich durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung stärker wachsen.⁹³ Offensichtlich nimmt die Umsetzung dieses Konjunkturprogramms Zeit in Anspruch, und/oder bereits geplante Investitionen werden in diesen Topf umtituliert.

Öffentliche Investitionen: oftmals lediglich Residualposten im Haushalt. Die öffentlichen Haushalte der neuen Länder sind im Durchschnitt lediglich zu 50% durch das Steueraufkommen gedeckt; gegenüber den alten Ländern (rund 80%) ergibt sich somit eine nicht unerhebliche Finanzierungslücke. Auf den ersten Blick scheinen die neuen Länder sich bei den Personalausgaben zurückzuhalten (relativer Anteil an den Gesamtausgaben leicht über 20%). Unstrittig sind hier die enormen Anstrengungen aller Landesregierungen zu konstatieren. Die in diesem Zusammenhang entscheidende Messzahl sind jedoch die öffentlichen Personalausgaben je Einwohner, die in den folgenden Jahren – aufgrund von Demografie und der Ost-West-Angleichung der öffentlichen Löhne und Gehälter in 2010 - bestenfalls stabil gehalten werden können und in der Regel über den Werten der westdeutschen Länder rangieren. Weitere Anpassungen in den Verwaltungsstrukturen scheinen deshalb unabdingbar.⁹⁴

Traditionell bewegen sich die Investitionsausgaben je Einwohner der neuen Länder deutlich über denen in den alten Bundesländern. In der Wissenschaft ist nicht unstrittig, ob man mit diesem Konzept eine Infrastrukturlücke eindeutig identifizieren kann. Offen bei dieser Kennzahl ist etwa die Frage nach der Höhe der Bestandsinvestitionen und in welchem Maße und in welcher Art diese ersetzt, respektive erweitert werden.⁹⁵ Zudem ergeben sich wie bei der Beurteilung der Personalausgaben pro Einwohner wegen der ungünstigen demografischen Effekte ceteris paribus automatisch steigende *Investitionsausgaben je Einwohner*. Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sollte an Investitionskennzahlen zudem auch die Eigenfinanzierungsfähigkeit abzulesen sein.⁹⁶

Landeshaushalte sind aufgrund der Gesetzeslage kaum fähig, flexibel auf konjunkturelle oder strukturelle Veränderungen auf der Einnahmenseite zu reagieren, da es ihnen weitestgehend an der Steuererhebungskompetenz mangelt. So ist es nicht verwunderlich, dass – trotz vordergründiger guter Investitionsausgaben je Einwohner oder der Nachweisquoten der SoBEZ – die Ausgaben in diesem Bereich den stärksten politischen Anpassungen unterworfen sind. So geht selbst das Finanzministerium des Freistaats Sachsen in seiner Mittelfristigen Finanzplanung von fallenden Investitionsquoten für den Finanzplanungszeitraum 2008-2012 aus (von 23,5% auf 17,6%).

Die politische Strukturfrage, der sich die neuen Länder – und mit einigem Nachlauf auch zahlreiche Regionen in den westlichen Flächenländern – stellen müssen, ist daher weniger die nach der Höhe

⁹³ Vgl. Bundesministerium für Finanzen (2009b).

⁹⁴ Vgl. Bundesregierung (2008); Freistaat Sachsen (2008).

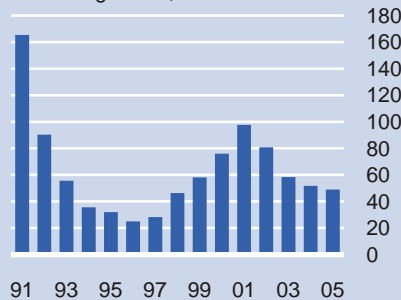
⁹⁵ Vgl. Land Berlin (2008).

⁹⁶ So erscheinen in diesem Zusammenhang Relationen wie Investitionsausgaben je Erwerbstätigem oder Investitionsausgaben je eigener Steuerbasis sinnvoll, vgl. IWH (2009).



Abwanderung aus den neuen in die alten Länder

Wanderungssaldo, in %



Quelle: Statistisches Bundesamt: Demografischer Wandel in Deutschland, 2007

48

Schuldenbremse wird auch in östlichen Ländern wichtig werden

der Ausgaben, sondern nach der Art. So lassen sich beispielsweise durch den Rückbau von Infrastruktur in ländlichen Räumen die laufenden Unterhaltskosten respektive Erhaltungsinvestitionen begrenzen. Hierbei scheinen die Regierungen in den Ländern östlich der Elbe den westlichen gedanklich und politisch ein Stück weit voraus.

Demografie: physische und soziale Infrastruktur anpassen.

Unverändert leiden die neuen Bundesländer am stärksten am demografischen Wandel. Neben der Angleichung der Geburtenrate beschleunigte vor allem der negative Wanderungssaldo diesen Prozess. Das dahinter stehende Muster ist jedoch zunehmend weniger die Flucht in den Westen, sondern ein bundesweit zu beobachtender Drang in die Ballungsräume. So profitieren Hamburg und Berlin besonders, aber auch Regionen mit gut funktionierenden Branchen-Clustern (etwa Baden-Württemberg) zählen zu den Gewinnern. In allen (neuen) Bundesländern gibt es somit erhebliche regionale Disparitäten.⁹⁷

Die Entwicklung der Wanderungsverluste läuft seit 1991 in Wellenbewegungen langsam aber kontinuierlich aus, sodass die demografische Gefahr denn auch weniger von den (aktuellen) realen Verlusten bestimmt wird, sondern von der beschleunigten Vergreisung der Gesellschaften.⁹⁸ Das Arbeitskräftepotenzial und damit auch die Steuerkraft werden in ländlichen Regionen unweigerlich geringer. Bis zu einem gewissen Grad kann dies durch den Rückbau der Infrastruktur ausgeglichen werden. Aufgrund von Unteilbarkeiten von öffentlichen Gütern ergeben sich hieraus jedoch mittel- bis langfristig neue Anforderungen an den bundesstaatlichen Finanzausgleich.

Ein positiver Nebeneffekt von Abwanderung und den zahlreichen Pendlern ist jedoch auch zu vermerken. Die in der ehemaligen DDR künstliche Fokussierung auf (Ost-)Berlin wird zunehmend überwunden. Im westlichen Mecklenburg-Vorpommern und nördlichen Sachsen-Anhalt orientiert man sich verstärkt an Hamburg; im Großraum Dresden entstehen starke Verflechtungen nach Prag oder Posen. Erfurt und Leipzig bilden zusammen mit Halle (Saale) ein stabiles Cluster über drei Landesgrenzen hinweg.

Föderalismusreform II: die neuen Länder bremsen bei der

Schuldenfrage kräftig mit. Die Gesetzestexte zur zweiten Föderalismusreform⁹⁹ sehen neben sinnvollen kleineren Punkten in Fragen der Verwaltungseffizienz (z.B. Mitwirkungsrechte des Bundesfinanzministeriums bei der Steuerverwaltung der Länder und Benchmarking der verschiedenen Länderverwaltungen untereinander) vor allem die Implementierung einer sogenannten Schuldenbremse vor. Für den Bund ist maximal eine strukturelle Neuverschuldung in Höhe von 0,35% des BIP erlaubt, für die Länder gilt gar ein Neuverschuldungsverbot. Für wirtschaftliche Schwächephasen ermöglicht die Konjunkturkomponente antizyklische Kreditaufnahmen bzw. -tilgungen (konjunkturelles Ausgleichskonto). Ein Stabilitätsrat soll über ein Frühwarnsystem entsprechende Handlungsempfehlungen für die Politik liefern. Ab 2016 werden diese Regelungen für den Bund und ab 2020 für die Länder gelten. Stark verschuldeten Länder werden bis 2019 Konsolidierungshilfen von EUR 800 Mio.¹⁰⁰ jährlich eingeräumt. Über den gesamten Zeitraum ergibt sich somit

⁹⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (2006); Statistisches Bundesamt (2006a); Kubis und Schneider (2009).

⁹⁸ Vgl. Freistaat Sachsen (2008).

⁹⁹ Vgl. Bundestagsdrucksache (2009); Bundestagsdrucksache (2009a).

¹⁰⁰ Jeweils jährlich: Bremen (EUR 300 Mio.), Saarland (EUR 260 Mio.), Berlin, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein (jeweils EUR 80 Mio.).

ein – auch von den „starken“ neuen Bundesländern zu tragender – Finanzierungsbedarf von rund EUR 7,2 Mrd. Die Einführung der Schuldenbremse kommt soweit zur Rückführung der Mittel aus dem Solidarpaket II hinzu. Es ist mithin zu erwarten, dass die politische Diskussion – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise – in dieser Frage wieder aufgegriffen wird. Interessanterweise ermöglicht das Reformpaket der Föderalismuskommission II auch eine Öffnung der Finanzhilfen des Bundes (Artikel 104b Grundgesetz). Diese sollen nicht mehr nur auf Bereiche, in denen dem Bund die Gesetzgebungsbefugnis zusteht, beschränkt bleiben, sondern auch bei Notwendigkeiten zur Abwehr einer „außergewöhnlichen Notsituation“ anwendbar sein. Die Länderhaushalte gewinnen hiermit an Sicherheit, aber verlieren auch ein wenig ihrer Selbstständigkeit.

Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung. Seit einigen Jahren wird zunehmend die Diskussion um die Vernachlässigung der Infrastrukturmaßnahmen in den alten Bundesländern geführt. Dahinter steht letztlich die Frage, ob es überhaupt noch eine Infrastrukturlücke der neuen Länder im Vergleich zum Bundesdurchschnitt gibt. Die neuen Länder¹⁰¹ haben sich – gerade weil sie mit einem Auslaufen der Solidarpaketmittel rechnen müssen – diesem Problem angenommen: Clusterpolitik und Programme wie „Stärken stärken“¹⁰² sind längst kein Einzelfall mehr und haben eine Förderpolitik nach der Gießkanne abgelöst. In den Grundsatzabteilungen der ostdeutschen Finanzministerien ist es vor allem die Neustrukturierung der Verwaltungen, durch die man Einsparungen leisten will. Die Modernisierung und Verschlinkung der Personalstrukturen oder die Einführung von E-Government sind neben der Kommunalisierung von Landesaufgaben die Eckpfeiler. Jedoch bleiben Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur, die Städtebauförderung und die Bildungs- und Technologieförderung ganz oben auf der Prioritätenliste aller neuen Länder.¹⁰³ Gerade in Flächenländern und in Ländern mit einem großen industriellen Sektor bleiben Verkehr, Industrie- und Gewerbegebiete wichtige Schwerpunkte der öffentlichen Hand.

Infrastruktur und Demografie

Vor dem Hintergrund der bereits oben aufgeführten demografischen Veränderungen in Deutschland – und in den neuen Ländern im Besonderen – sind weitere Fragen zu beantworten: Lässt sich soziale Infrastruktur linear zurückbauen? Ab welchem Zeitpunkt kommt es zu Unteilbarkeiten? Diese Fragen sind schwer zu beantworten. Denn auch beim Rückbau von Infrastruktur entstehen Kosten, wie beispielsweise der Städteumbau in Berlin-Ost oder in zahlreichen ländlichen (ostdeutschen) Kleinstädten belegt. Vielfach entstehen jedoch nach erfolgreichem Rückbau attraktive Wohn- und Investitionsstandorte. Die Finanzhilfen des Bundes, die derartige Gesundheitsschrumpfungprozesse ermöglichen, können daher nicht hoch genug bewertet werden, denn sie entlasten die Länderhaushalte und die kommunalen Finanzen in nachhaltiger Weise.¹⁰⁴

Vorausschauende Finanzpolitik gut verankert

Im Prinzip beschäftigen sich alle ostdeutschen Länder mit der Identifizierung zukünftiger Ausgaben und der Glättung der Einnahmestruktur. So richteten etwa die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt einen Zukunftsfonds ein, in den die Erlöse aus der Veräußerung von Landeseigentum fließen. Die Stadt Dresden hat sich durch die Veräußerung der kommunalen

¹⁰¹ Vgl. hier z. B. den theoretischen Ansatz von Seitz (2007).

¹⁰² Vgl. Land Brandenburg (2005).

¹⁰³ Vgl. IWH (2009).

¹⁰⁴ Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2006a).



Wohnungsunternehmen schuldenfrei gestellt. Über eine Steuerungswankungsreserve planen diese Länder zudem die Steuereinnahmen über den Konjunkturzyklus zu glätten und damit die Prognosesicherheit der Haushalte zu erhöhen. Allen Ländern gemein ist die Implementierung eines Pensionsfonds für Beamte. Beachtet man die politische Diskussion um die Übergangskonsolidierungshilfen bei der Einführung der Schuldenbremse (s.o.), sollten diese sinnvollen zukunftsgerichteten Fonds institutionell in die Landesverfassungen aufgenommen werden. Denn die Mechanismen des Finanzausgleichs geben keine Anreize für individuelle, sparsame und nachhaltige Haushaltspolitik der Länder.

Förderung: vom Darlehen zum Kredit

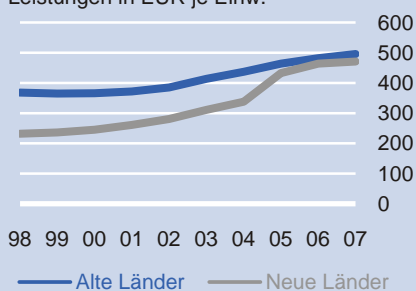
Revolvierende Fonds¹⁰⁵ sind eine Antwort der Landesregierungen auf die rückläufigen Solidarpaktmittel und die voraussichtlich geringeren Mittelzuflüsse aus den EU-Strukturfonds nach der Förderperiode 2007-2013. Der Aufbau von Kapital geschieht fließend in der Übergangsperiode bis 2013. Die Fonds sollen sich anschließend durch den Rückfluss aus den Zielprojekten selbst erhalten.

Der Vorteil dieses Ansatzwechsels in der Förderpolitik liegt zum einen in günstigeren Anreizstrukturen für die öffentliche Hand. Im neuen System müssen die Prioritäten geklärt werden.¹⁰⁶

Der auf den Länderhaushalten lastende Konsolidierungsdruck wird sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen, sodass Länder, die zeitnah ihre Einnahmen- und Ausgabenstrukturen auf den Prüfstand stellen, eine Konsolidierungsdividende werden einfahren können. Die Bereitschaft, auch schwierige Wege bei Krankenhäusern und Öffentlichen Personennahverkehr oder der Einführung einer Gewerbesteuer für Freiberufler zu gehen, wird größer, wie die Pläne des neuen Berliner Finanzsenators zeigen.¹⁰⁷ So werden die Länderhaushalte zunehmend eigenständigere Einnahmebestandteile aufweisen, aber auch starke Finanzierungshilfen von Bundesseite erhalten. Der Druck auf der Ausgabenseite könnte über eine Delegation auf die kommunale Ebene „entweichen“.

Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände

Ohne Stadtstaaten, für soziale Leistungen in EUR je Einw.

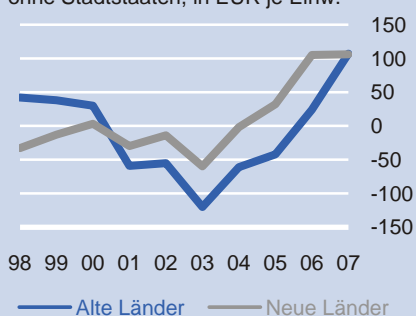


Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2009a)

49

Finanzierungssalden

Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Stadtstaaten, in EUR je Einw.



Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2009a)

50

Kommunalfinanzen: Rettungsanker für die Landeshaushalte?

Seit 2003 haben sich die Kommunalfinanzen im Zuge der guten konjunkturellen Entwicklung erholt. Dabei konnten sich die Finanzierungssalden der neuen Länder denen der alten Länder angleichen. Gleichwohl betragen die Pro-Kopf-Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden-Ost in 2007 lediglich 49,3% der Kommunen-West.¹⁰⁸

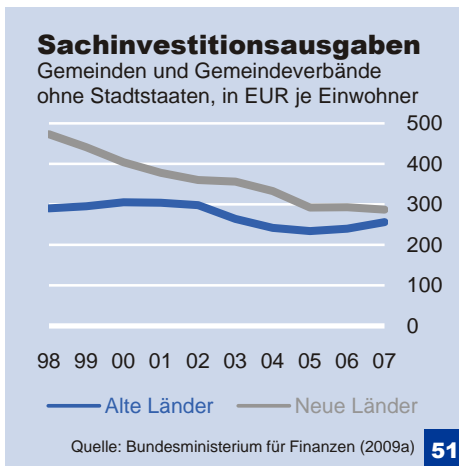
Auf beiden Seiten der Elbe sind die Ausgaben für Sozialleistungen pro Kopf in den letzten Jahren stark gestiegen und bewegen sich in etwa auf dem gleichen Niveau. Bund, Länder und Kommunen haben sich zu einem Ausbau der *Betreuungsinfrastruktur für Kinder* unter drei Jahren entschlossen. Ab 2014 sollen dafür 750.000 Plätze zur Verfügung stehen. Der Bund unterstützt dabei sowohl die anfänglichen Investitionskosten als auch die jährlichen Betriebskosten. Über die Änderung des Umsatzsteuerschlüssels zugunsten der Länder fließen rund EUR 770 Mio. p.a. in diesen Topf. Die Ost-Länder haben traditionell eine höhere Versorgungsquote als die

¹⁰⁵ Vgl. Leßmann und Schirwitz (2008).

¹⁰⁶ Vgl. Leßmann und Schirwitz (2008), S. 14ff.

¹⁰⁷ Vgl. Berliner Morgenpost (2009); Berliner Morgenpost (2009a); Berliner Morgenpost (2009b).

¹⁰⁸ Vgl. Bundesministerium für Finanzen (2008a). Haug (2009) kommt in seiner Studie zu dem Schluss, dass die kommunalen Haushalte im Osten Deutschlands stärker Aufgaben in kommunale Unternehmen auslagern und dadurch in der Gesamtkonsolidierung zusätzliche Erträge, Investitionen und Schulden aufweisen.



West-Länder, sodass mit neutralen bis leicht positiven Auswirkungen auf die Haushalte zu rechnen ist. 2010 ist wegen der Anpassung der *Bundesbeteiligung an den im Rahmen des ALG II anfallenden Kosten der Unterkunft und Heizung* mit fiskalischen Unwägbarkeiten zu rechnen. Derzeit unterstützt der Bund die Kommunen mit rund EUR 2,5 Mrd. jährlich.¹⁰⁹

Konträr dazu verhalten sich die *Sachinvestitionsausgaben*, die sich auf historischen Tiefs bewegen, wobei gerade die Kommunen in den neuen Ländern sehr stark ihre Investitionen zurückgefahren haben.

Ein Grund hierfür mögen die geringeren Erlöse aus Verkäufen von Anlagevermögen (z.B. Grundstücke) sein, weil die Umstrukturierungen der 1990er Jahre abgeschlossen und in der derzeitigen Finanzmarktkrise erfolgreiche Veräußerungen von Wohnungsgenossenschaften wie im Fall Dresden nicht darstellbar sind. Die Kommunen könnten also langfristig fiskalischen Druck spüren.¹¹⁰ Der Anteil der *Investitionszuweisungen* aus den Bundesländern für die Kommunen lag in 2007 bei den neuen Ländern mit 73,4% fast doppelt so hoch wie im Westen (38,9%). Auch ist der generelle Trend zu verstärkter Haushaltsfinanzierung über Kassenkredite in den neuen Länder dynamischer ausgeprägt (seit 1998 eine Verachtfachung der Kassenkredite auf EUR 189 pro Kopf)¹¹¹, was ein Indiz für eine starke Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen ist.

Das Konjunkturpaket II soll neben der Überbrückung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragerücke auch an diesen Punkten ansetzen und den Investitionsstau der Kommunen auflösen (Kriterium der Zusätzlichkeit). Positiv sind sicherlich Investitionen in Umwelt und Energie zu bewerten. Der aus konjunktureller Sicht sinnvolle zeitliche Druck könnte jedoch zu vorschnellen und ineffizienten Projektentscheidungen führen, die auf lange Sicht zu zusätzlichem Kapitalbedarf der Kommunen führen können. Neben den quasi erzwungenen Ko-Finanzierungskosten, die von Bundesland zu Bundesland zudem noch unterschiedlich abgedeckt werden¹¹², können aus Investitionen langfristige Unterhaltungskosten erwachsen. Derartige Fehlentwicklungen gab es in der Vergangenheit nicht wenige – der Politik der Goldenen Zügel aus den 1960/70er Jahren war bekanntermaßen kein Erfolg beschieden.

Ausblick

Die fünf Jahre der wirtschaftlichen Entwicklung vor der aktuellen Krise waren im Rückblick gute Jahre für den Aufbau Ost. Die Investitionen in die Infrastruktur und die gewerbliche Wirtschaft schlugen sich in steigender Wertschöpfung und Beschäftigung nieder. Die Konsolidierung der Landeshaushalte kam ebenfalls weit voran.

Wie in den westlichen Bundesländern stellt sich heute auch in den östlichen Bundesländern allerorten die Frage, wie robust denn diese Entwicklungen sind. Wie können die ostdeutschen Unternehmen die Krise überstehen? Für eine Beantwortung dieser Frage ist es sicherlich noch zu früh. Erste schwere Auswirkungen für die sächsischen Elektronik-, Automobil- und Maschinenbaubranchen, die Thüringer

**Vor der Krise – fünf gute Jahre
Aufbau Ost**

**Erste Schäden der Krise sind
eingetreten**

¹⁰⁹ Vgl. Bundesministerium für Finanzen (2009c).

¹¹⁰ Vgl. Rosenfeld (2009).

¹¹¹ Vgl. Bundesministerium für Finanzen (2008a). In 2008 bilden die Ausnahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände aus Brandenburg und Sachsen, vgl. Bundesministerium für Finanzen (2009c).

¹¹² Vgl. Rosenfeld (2009); Deutscher Städtetag (2009).

**Rezession zieht auch Osten in
Mitleidenschaft ...**

Autoproduktion, die Werften in MV und für zahlreiche mittelständische Firmen sind bereits bekannt.

Zudem wurde das Land Sachsen hart getroffen durch die Verluste bei der *SachsenLB*. Diese wurde zum 01.01.2008 von der LBBW übernommen und zum 01.04.2008 auf diese verschmolzen. Das Land steuerte eine Bürgschaft in Höhe von EUR 2,75 Mrd. bei und stellte EUR 832 Mio. an Rückstellungen für drohende Verluste in den Haushalt ein; ein mittlerer zweistelliger Millionenbetrag an Verlusten wird bereits für 2009 seitens der Landesregierung erwartet. Der Rechnungshof beziffert die Kosten der Rettungsoperation selbst auf EUR 364 Mio. Die anderen Bundesländer blieben aus unterschiedlichen Gründen von Fehlentwicklungen im Sektor verschont.

**...aber mittelständische Flexibilität
sollte helfen**

Gleichwohl ist aufgrund der geringeren Industrialisierung und der niedrigeren Exportabhängigkeit davon auszugehen, dass der Einbruch von Produktion und Beschäftigung in Ostdeutschland etwas *geringer als in Westdeutschland* ausfallen sollte. Zudem dürften viele Mittelständler recht flexibel auf die Absatzeinbrüche reagieren. Die vielen positiven Entwicklungen in einzelnen Dienstleistungsbranchen scheinen derzeit noch nicht gefährdet zu sein. Dennoch gilt natürlich, dass die Konjunkturschwäche in der Welt Deutschland besonders hart trifft und daher auch die östlichen Bundesländer in Mitleidenschaft gezogen werden.

**Kredite sind noch kein allgemeiner
Engpass**

Die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung ist mittlerweile nicht mehr vorrangig von der Wirtschaftsförderung abhängig, sondern wird von einer zunehmend eigenständigen mittelständischen Unternehmensentwicklung sowie von den wenigen großindustriellen Produktionsinseln gestützt. Die differenzierte Branchenstruktur, das Heranwachsen kleinerer und mittlerer Unternehmen mit besserer Kapitaldecke, größerer Mitarbeiterschaft, größerer Expertise in Absatz und Einkauf und deutlich besserem Umfeld von staatlichen Einrichtungen, Netzwerken und Kammern sollte dafür sprechen, dass die östlichen Ländern mit kleineren Schäden durch die Krise kommen werden als die sehr verwundbaren industriellen Kerne der alten Bundesrepublik. Auch die vielerorts befürchtete Kreditklemme ist in den östlichen Ländern noch nicht zustande gekommen.

**Qualifizierte Arbeitskräfte werden
knapp**

Unabhängig von der derzeitigen Krise liegen in den östlichen Ländern die wirklichen Engpässe der Wirtschaftsentwicklung in noch viel stärkerem Maße als noch vor fünf Jahren weniger in der Investitionsfinanzierung als auf dem Arbeitsmarkt. Die *Investitionsförderung* wird über die Zeit abnehmen, da die Finanzausstattung der östlichen Länder über die Degression im *Solidarpakt II* sowie die Umstufung aus der ersten Förderstufe der *EU-Regionalpolitik* sinken wird. Zugleich dürfte jedoch der Fokus ohnehin von Neuansiedlungen zu Erweiterungsinvestitionen nach der Krise wechseln. Für die nächsten ein bis drei Jahre wird dagegen die *Knappheit an Arbeitskräften* insbesondere der mittleren Qualifikationen in jungen Jahrgängen sowie von Universitätsabsolventen außerhalb der attraktiven Städte vielleicht noch nicht überall spürbar werden, da viele Betriebe mit geringer Kapazitätsauslastung produzieren werden. Aber spätestens im Zuge einer Belebung der Weltwirtschaft danach dürfte dies zum beherrschenden Thema werden. Anders als noch vor fünf Jahren sind nun die Unternehmen, Kammern, Stadt- und Landesverwaltungen aber bereits damit befasst, sich um die bestmögliche Qualifikation der Schulabgänger intensiv zu kümmern. Revisionen der Tarifpolitik, gezielte Rückkehranreize, eine auch weiche Standortfaktoren berücksichtigende Stadt- und Landesplanung und viele Elemente mehr werden benötigt werden, um die

Umfassende Standortpflege wird wichtiger

positive Entwicklung in vielen Branchen der gewerblichen Wirtschaft aufrechterhalten zu können.

Die größte Chance für die östlichen Bundesländer besteht im nächsten Jahrzehnt sicherlich darin, die erreichten Erfolge stärker herauszustellen, jungen Menschen den Weg zur Erwerbstätigkeit vor Ort zu ebnen, die mittelständischen Strukturen weiter mit kluger Standortpolitik voranzutreiben und am Image ihrer jeweiligen Länder zu arbeiten.

Unzufriedene Bürger sind nicht gut für die Wirtschaftsentwicklung

Die größten Gefahren dürften mittelfristig von einem weiterhin hohen Niveau der Unzufriedenheit und des Unglücklichseins in vielen Regionen Ostdeutschlands ausgehen, die zur Abwanderung Anlass geben. Dies liegt zwar nicht nur an der wirtschaftlichen Lage, denn in den letzten Jahren ist die Armutsquote in den neuen Ländern ebenso wie in Gesamtdeutschland gefallen. Zudem führt die Orientierung am bundesdeutschen Schnitt zu einem verzerrten Bild, da die niedrigeren Kosten der Lebenshaltung nicht angemessen berücksichtigt werden. Dennoch bereitet die Armut erheblicher Teile der Bevölkerung noch immer große Sorgen. So lebten 2007, also noch vor den Wirkungen der weltweiten Krise, nach einer Studie des Paritätischen Gesamtverbands¹¹³ bereits 24,3% der Bevölkerung in MV unterhalb der Armutsschwelle (60% des mittleren Einkommens¹¹⁴), in Sachsen-Anhalt immerhin über 21%. Ganz Ostdeutschland lag bei 19,5%, Westdeutschland bei 12,9%. Am schlimmsten ist es in Vorpommern (27%). Westsachsen (um Leipzig) und das Obere Elbtal/Osterzgebirge in Sachsen, drei von vier Raumordnungsregionen in Sachsen-Anhalt (außer der Altmark), Nord- und Mittelthüringen sowie Uckermark-Barnim in Brandenburg wiesen ebenfalls mehr als ein Fünftel der Bevölkerung in Armut auf. Perspektiven für Beschäftigung bleiben daher in Ostdeutschland nach wie vor vorrangig. Gleichwohl sank z.B. die Armutsquote in allen Bundesländern seit dem Wachstumsprozess der frühen 90er Jahre bis 2007 deutlich ab.

Arbeitslosigkeit und Armut noch immer gravierende Probleme**Sozialpolitische Neuerungen sind auf dem Weg**

Angesichts des demografisch ohnehin geringen Wachstumspotenzials für die Gesamtwirtschaft in den östlichen Ländern kommt es umso mehr darauf an, über die grundsätzlich positiven Aussichten für das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der ostdeutschen Bevölkerung hinaus auch die soziale und kulturelle Attraktivität vor allem an den langfristig tragfähigen Orten und Städten zu erhöhen und im Rahmen der Landesplanung entsprechend abzustützen. Die Demografie bietet zudem Chancen für soziale Neuerungen, die im Bereich der Telemedizin, der Gesundheitswirtschaft, der Kultur und des Tourismus auch allmählich gehoben werden.

Die Alterung Deutschlands beginnt im Osten

Trotz sehr hoher Transfers über viele Kanäle ist 20 Jahre nach der deutschen Einheit das Lamentieren im Westen über die Leistungen für den Aufbau Ost leiser geworden. Es ist an der Zeit, zwischen Ost und West nun insbesondere die Meisterung der deutschen Alterung einzuüben. Es wäre nicht verwunderlich, wenn das eine oder andere westliche Bundesland von dem einen oder anderen östlichen Bundesland dabei lernen könnte. Darüber hinaus dürfte bei nüchterner Betrachtung auch kaum die Schlussfolgerung zu vermeiden sein, dass selbst nach Auslaufen des Solidarpakts II zum Abbau der teilungsbedingten Sonderlasten ein ökonomisch und politisch vernünft-

Solidarität wird in den nächsten Jahren neu vermessen, aber notwendig bleiben

¹¹³ Der Paritätische Gesamtverband (2009). Die Definition lehnt sich an den Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung an (BMAS 2008). Zur Problematik siehe Schröder (2006: 272-292).

¹¹⁴ Dies entspricht monatlichen Bezügen in Höhe von EUR 764 für Alleinstehende, EUR 1.376 für Paare ohne Kinder und EUR 1.835 für Paare mit zwei Kindern.

tiges Maß an Solidarität erforderlich bleiben wird. Die östlichen Bundesländer haben in den letzten fünf Jahren deutliche Fortschritte in ihrer Wirtschaftsentwicklung verzeichnen können, aber für Quantensprünge, rasches aufholendes Wachstum und eine vollständige Annäherung an den durchschnittlichen Lebensstandard sowie ein ähnlich hohes Niveau an sozialer Sicherheit wie in den westlichen Bundesländern gab es weder 1989/90 noch 2009/2010 eine ökonomisch plausible Perspektive.

Klaus Deutsch (+49 30 3407-3682, klaus.deutsch@db.com)

Sascha Brok (+49 30 3407-4259, sascha.brok@db.com)

Literaturverzeichnis

- Auer, Josef (2007). Technologie macht Kohle fit für die Zeit nach dem Öl. Aktuelle Themen 375. DB Research. (2005). Bio-Energien für die Zeit nach dem Öl. Aktuelle Themen 327. DB Research.
- Bergheim, Stefan (2007). Deutschland zum Wohlfühlen. Viele Gemeinsamkeiten in den glücklichen Regionen. Aktuelle Themen Nr. 401. DB Research.
- Berlin (2009). Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht Berlin 2008/2009. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. (2008a). Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht Berlin 2007/2008. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (2008b). Kulturwirtschaftsbericht. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. (2008c). Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ des Landes Berlin, Berlin. (2007). Masterplan „Gesundheitsregion Berlin – Brandenburg“, verfügbar unter <http://www.healthcapital.de>.
- Berliner Morgenpost (2009). Nußbaum will sparen bei Charité, Vivantes und BVG, 27.05.09.
- Berliner Morgenpost (2009a). Finanzsenator will Steuern erhöhen, 27.05.09.
- Berliner Morgenpost (2009b). Nußbaum fordert Gewerbesteuer für Freiberufler, 19.05.09.
- Brok, Sascha (2006). Föderale finanzielle Solidarität ist neu zu definieren - und das ist gut so! Aktueller Kommentar. DB Research (2004).
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2008). Lebenslagen in Deutschland. 3. Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin.
- Bundesministerium für Finanzen (2008). Der bundesstaatliche Finanzausgleich, Berlin. (2008a). Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunalfinanzen 1998 bis 2007, April 2008, Berlin. (2009). Steuerstatistik, Berlin. (2009a). Entwicklung der Länderhaushalte, www.bundesfinanzministerium.de vom 16.04.2009. (2009b). Entwicklung der Länderhaushalte, www.bundesfinanzministerium.de vom 22.06.2009. (2009c). Bundespolitik und Kommunalfinanzen, www.bundesfinanzministerium.de vom 22.06.2009.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2009a). Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit. Berlin. (2009b). Modellvorhaben „Demographischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“; www.bmvbs.de vom 15.04.2009. (2008). Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008. Berlin. (2006). Pressemitteilung BM Tiefensee: Planungssicherheit für neue Länder, vom 13.12.2006, www.bmvbs.de. (2006a). Statusbericht für den Stadtumbau Ost. Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2009a). Schifffahrt und Meerestechnik für das 21. Jahrhundert. Berlin. (2009b). Bericht zur maritimen Koordinierung. Berlin.



- Bundesregierung (2008). Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ der neuen Länder, Berlin.
- Bundestagsdrucksache (2009). 16/12400 vom 24.03.2009, Berlin.
- Bundestagsdrucksache (2009a). 16/12410, vom 24.03.2009, Berlin.
- Brandenburg (2008a). Mittelstandsbericht 2004-2008 des Landes Brandenburg. Ministerium für Wirtschaft. (2008b). Konjunkturreport des Landes Brandenburg 2008. Ministerium für Wirtschaft. (2007). Jahreswirtschaftsbericht 2007. Ministerium für Wirtschaft. (2007b). Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg. Bericht der Landesregierung. Umsetzung des Beschlusses des Landtages vom 18. Mai 2006. (2005). Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums des Landes Brandenburg vom 09.06.2005, Potsdam. (2002). Energiestrategie 2010. Bericht der Landesregierung.
- Daten & Fakten (2009). Nettostromerzeugung aus erneuerbaren Energien nach Jahren in Sachsen-Anhalt, www.sachsen-anhalt.de vom 10.07.09.
- Daten & Fakten (2009a). Primärenergieverbrauch der erneuerbaren Energien seit 1990 nach Energieträgern, www.sachsen-anhalt.de vom 10.07.09.
- Deutsch, Klaus-Günter (2004). Zur Reform des Föderalismus, Aktuelle Themen Nr. 300. DB Research.
- Deutsch, Klaus-Günter (2007). Der „Aufbau Ost“ – eine Zwischenbilanz im Jahr 17 der deutschen Einheit. Wirtschaftsdienst 87(5): 284-289.
- Deutscher Städtetag (2009). Mitteilungen, 2/2009
- Dieckmann, Jochen und Frauke Braun (2008). Erneuerbare Energien: Brandenburg an der Spitze. DIW-Wochenbericht 75(49): 776-776.
- DIW (2008). Standort Berlin-Adlershof: kräftige Impulse für die Stadt. DIW Wochenbericht 4: 42-46. (2007a). Beschäftigungspotenziale in ostdeutschen Dienstleistungsmärkten. Politikberatung kompakt Nr. 30. Berlin. (2007b). Wirtschaftliche Verflechtung zwischen Berlin und Brandenburg.
- Finanzministerium Thüringen (2008). Fortschrittsbericht 2007.
- FischerApelt (2005). Standortkampagne Sachsen-Anhalt, Berlin.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2009). Da war die Studie weg, S. 11, vom 24.06.2009.
- Freistaat Sachsen (2008). Mittelfristige Finanzplanung 2008-2012, Dresden.
- Geppert, Kurt, Martin Gornig, Ina Drescher-Bonny, Peter Wilke und Peter Ring (2009). Neue Wachstumschancen für Berlin. Wirtschaftskraft, Branchenprofil und industriepolitischen Strategien im Metropolenvergleich. Berlin. Regioverlag.
- Gräf, Bernhard und Ingo Rollwagen. Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach. Aktuelles Thema Nr. 306. DB Research.
- Günther, J., c. Michelsen, C. und M. Titze (2009). Innovationspotenzial ostdeutscher Regionen: Erfindergeist nicht nur in urbanen Zentren zu Hause.

- Günther, J./ Michelsen, C./ Titze, M. (2009). Innovationspotenzial ostdeutscher Regionen – Erfindergeist nicht nur in urbanen Zentren zu Hause, in: *Wirtschaft im Wandel* 4/2009.
- Haug, P. (2009). Kommunale Unternehmen als Schattenhaushalte – wie sieht die tatsächliche Haushaltssituation der deutschen Kommunen aus? In IWH, *Wirtschaft im Wandel*, 5/2009.
- Herrmann, Margit (2008). Zur gesamtwirtschaftlichen Situation Mecklenburg-Vorpommerns 2008. Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (online).
- Heymann, Eric (2008). Verkehrsdrehscheibe Berlin kommt auf Touren. Aktuelle Themen 417. DB Research.
- HIERO (Hanseatic Institute for Entrepreneurship and Regional Development an der Universität Rostock, 2008). *Wirtschaftliche Zukunftsfelder in Ostdeutschland*. Studie im Auftrag des BMVBS.
- Ifo-Dresden (2009). Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2008/2009: Abschwung und Rezession. Ifo Dresden berichtet (1): 3-11. (2007). Die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder im internationalen Standortvergleich.
- Institut für Energetik und Umwelt (2007). *Energiestudie 2007 für das Land Sachsen-Anhalt*, Edition 3/2007.
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2009a). IWH-Industrienumfrage in Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2009: Im Abwärtssog. *Wirtschaft im Wandel* 3: 140-144. (2009b). Innovationspotenzial ostdeutscher Regionen: Erfindergeist nicht nur in urbanen Zentren zu Hause. *Wirtschaft im Wandel* 4: 181-192. (2009c). Auslaufen der Solidarpaktmittel: sind die Neuen Länder ausreichend vorbereitet? *Wirtschaft im Wandel* 3/2009. (2008). Ostdeutsche Wirtschaft: Kein aufgehendes Produktionswachstum 2008 und 2009. *Wirtschaft im Wandel* 6: 205-225.
- IW Köln/ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft/ Wirtschaftswoche: Bundesländer im Vergleich – wer wirtschaftet am Besten? 6. Bundesländerranking, Köln.
- Just, Tobias, Uwe Perlit, Josef Auer und Eric Heymann (2005). *Perspektiven wichtiger Branchen-Cluster in Berlin/Brandenburg*. Aktuelle Themen 318. DB Research.
- Kubis, A. und L. Schneider (2009). Ist Abwanderung typisch ostdeutsch. In: *Wirtschaft im Wandel* 4/2009.
- Landesentwicklungsanstalt (2008). *Thüringen – Daten & Fakten*.
- Landesentwicklungsanstalt (2008a). *Medizintechnik in Thüringen*.
- Leßmann, C. und B. Schirwitz (2008). Revolvierende Fonds als Instrument zur Neuausrichtung der Förderpolitik. In ifo Dresden Bericht 2/2008.
- Mecklenburg-Vorpommern (2008a). *Wirtschaftsbericht 2008*. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus. Schwerin. (2008b). *Konzept: Zukunftsperspektiven der maritimen Industrie in Mecklenburg-Vorpommern*. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus. Schwerin. (2005). *Ergebnisse der Call Center Branchen-Untersuchung MV*.
- Mertens, Hartmut (2007). *Perspektiven wichtiger Berliner Branchen-Cluster im Städtevergleich*. Ibb Berlin aktuell. 10. Juli.

- Meyer, T. (2008). MINT-Fachkräfte: Zwischen zyklischen Engpass und Strukturwandel. E-conomics 67. DB Research.
- Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (2007). Biomassepotenzialstudie Sachsen-Anhalt – Potenziale sowie stoffliche und energetische Nutzungsmöglichkeiten, Magdeburg.
- Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (2007). Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2013, Magdeburg.
- Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (2008). Jahreswirtschaftsbericht 2008 – Fakten & Berichte, Magdeburg.
- Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (2008). Wirtschaftsbericht 2007.
- Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (2009). Arbeitsmarkt Thüringen.
- Ministerkonferenz für Raumordnung des Bundes und der Länder (2006). Metropolregionen.
- Müller, Uwe (2006). Supergau Deutsche Einheit, Hamburg
- Ostdeutscher Bankenverband e. V. (2008): Sachsen-Anhalt. Das Verarbeitende Gewerbe – Motor der Wirtschaft. In Bankenblick 7/2008.
- Ostdeutscher Bankenverband e.V. (2008). Thüringen – unternehmensnahe Dienstleister – vielfältige Wachstumspotenziale. In Bankenblick Dezember/ 2008.
- Ostdeutscher Bankenverband e.V. (2009). Die aktuellen Herausforderungen für den Maschinen- und Anlagenbau im Fokus der privaten Banken. In: Bankenblick Februar/ 2009.
- Ostdeutscher Bankenverband e. V. (2009). Die aktuellen Herausforderungen für den Maschinen- und Anlagenbau im Fokus der privaten Banken. In Bankenblick 2/2009.
- Ostwald, Dennis Alexander und Anja Ranscht (2007a). Wachstums- und Beschäftigungspotenziale der Gesundheitswirtschaft in Berlin-Brandenburg. Eine Studie im Auftrag von HealthCapital Berlin-Brandenburg, verfügbar unter <http://www.healthcapital.de>. (2007b). Clustermonitoring für die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg.
- Partitatischer Gesamtverband (2009). Armutsatlas.
- Ragnitz, J. (2007). Verwendung der Solidarpakt-Mittel 2006. In: IWH-Pressemitteilungen 18/2007.
- Ragnitz, J. et al. (2009). Cleantech in Ostdeutschland: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven. In ifo Dresden berichtet 3/2009.
- Rosenfeld, M. (2009). Die Kommunen in der Finanzkrise: kurzfristig Gewinner, langfristig Verlierer. In IWH, Wirtschaft im Wandel, Themenheft Weltfinanzkrise.
- Sachsen (2009). Wirtschaftstelegramm für den Freistaat Sachsen. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit.
- Schröder, Klaus (2006). Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Berlin und München. Verlag Ernst Vögel.
- Seitz, H. (2007). Benchmark-Ansatz zur Analyse der öffentlichen Finanzen. In IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2007.

- Seitz, H. (2008). Die Demografieabhängigkeit der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte – eine empirische Analyse unter Berücksichtigung der föderalen Verflechtungen. Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh. (2007). Benchmark-Ansatz zur Analyse der öffentlichen Finanzen. In IWH, Wirtschaft im Wandel. 1/2007.
- Statistisches Bundesamt (2006). Bevölkerung Deutschlands bis 2050. Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2006a). 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Berlin.
- Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.1.1., 2008
- Statistisches Landesamt (2009). Zahlen – Daten – Fakten. 6/2009.
- Stelzner, Jürgen (2007). Die Entwicklung in ausgewählten Wirtschaftszweigen der sächsischen Industrie in den Jahren 1995-2006. Statistisches Landesamt Sachsen.
- Trocka, D. und M. Sunder (2009). Koexistenz von Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel? Befunde für Thüringen. In Wirtschaft im Wandel 4/2009.
- TSB (2008). Verkehr und Mobilität in Berlin-Brandenburg. Bericht der TSB-FAV.
- VDI Technologiezentrum et al. (2008). Clusterpotenzialanalyse in Sachsen-Anhalt. Magdeburg.
- VSM (Verband für Schiffbau und Meerestechnik e.V.) (2009). Jahresbericht 2008. Hamburg.
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (<http://vgrdl.de>). Statistische Ämter der Länder und des Bundes.
- Wista-Management GmbH (2008). Bericht über Adlershof. Berlin.

© Copyright 2009. Deutsche Bank AG, DB Research, D-60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verfügt. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die in Bezug auf Anlagegeschäfte im Vereinigten Königreich der Aufsicht der Financial Services Authority unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.

Druck: HST Offsetdruck Schadt & Tetzlaff GbR, Dieburg